

BAND 3

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Herausgegeben im Auftrag des Bundesarchivs,
des Instituts für Zeitgeschichte, des Lehrstuhls für
Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-
Universität Freiburg und des Lehrstuhls für Geschichte
Ostmitteleuropas an der Freien Universität Berlin

von

Susanne Heim, Ulrich Herbert,
Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller, Gertrud Pickhan,
Dieter Pohl, Hartmut Weber und Andreas Wirsching

Oldenbourg Verlag München 2012

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Band 3

Deutsches Reich und
Protektorat Böhmen und
Mähren

September 1939 – September 1941

Bearbeitet von Andrea Löw

Oldenbourg Verlag München 2012

Einleitung

Der 1. September 1939 bedeutete für die Juden im Deutschen Reich eine tiefe Zäsur. Schon seit langem gesellschaftlich isoliert, waren sie nun in einem Land eingesperrt, das Krieg führte: Obwohl sie weiterhin gedrängt wurden auszuwandern, sah sich, wer dies versuchte, immer höheren Hürden gegenüber. Systematisch enteignet und gleichzeitig mit rigiden Einwanderungsbestimmungen möglicher Zielländer konfrontiert, scheiterten die meisten deutschen, österreichischen und tschechischen Juden bei ihren Versuchen, außerhalb des deutschen Machtbereichs Aufnahme zu finden.

Der Romanist Victor Klemperer – ein Protestant, der nach den Nürnberger Gesetzen aber als Jude verfolgt wurde – sagte bereits Anfang September 1939 voraus, mit dem Kriegsbeginn „sei für uns eine Morphiumspritze oder Entsprechendes das Beste, unser Leben sei zu Ende“.¹ In der Zeit von September 1939 bis September 1941, die in diesem Band dokumentiert wird, ging die nationalsozialistische Führung von einer Politik der forcierten Auswanderung und Unterdrückung der Juden zum Massenmord über. Am Ende dieses Zeitraums waren die deutschen Juden durch einen gelben Stern für jedermann kenntlich gemacht, und ihre systematische Deportation in die besetzten Gebiete im Osten stand unmittelbar bevor.

Mit dem Überfall auf Polen gerieten ungleich mehr Juden als bisher unter deutsche Herrschaft; sie waren von den ersten Kriegstagen an mit Terror und Gewalt der deutschen Besatzer konfrontiert. Zugleich nahmen die Behörden im Reich den Krieg zum Anlass, um die Maßnahmen gegen vermeintliche Feinde im Innern – in erster Linie die Juden – zu verschärfen. Gleichwohl bestand lange Zeit keine Klarheit darüber, worin die immer wieder beschworene „Lösung der Judenfrage“ konkret bestehen sollte. Der Band zeichnet die Diskussionen innerhalb der nationalsozialistischen Führung und Verwaltung nach, die Umsetzung der antijüdischen Maßnahmen sowie die Folgen für die jüdische Bevölkerung. Tagebücher, Briefe und Berichte bezeugen deren zunehmenden Schwierigkeiten im Alltag, die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, die Absonderung und Entfremdung von der Mehrheitsgesellschaft, die Demütigungen, das Schwanken zwischen Hoffen und Verzweiflung, wenn es um das Thema Auswanderung geht. Mit der Einführung der Kennzeichnungspflicht im September 1941 entfiel auch der letzte Spielraum für Freiheiten, die der eine oder andere sich bis dahin heimlich genommen haben mochte.

Dokumentiert werden in diesem Band der Edition die frühen Versuche der deutschen Behörden, die Juden an die Peripherie ihres Machtbereichs zu deportieren, sowie das Scheitern dieser Vertreibungsprojekte, das zu immer radikaleren Überlegungen Anlass gab. Die Zeugnisse machen die schwierige Lage der jüdischen Organisationen deutlich: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Israelitische Kultusgemeinde Wien und die Jüdische Kultusgemeinde Prag versuchten ihre geringen Handlungsspielräume zu nutzen, um den Verfolgten zu helfen, um jüdisches Leben im Reich zu organisieren, vor allem aber, um möglichst vielen Juden zur Auswanderung zu verhelfen. Doch standen die jüdischen Funktionäre unter permanenter deutscher Kontrolle und damit unter

¹ Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*, Bd. 1: *Tagebücher 1933–1941*, Berlin 1995, S. 482, Eintrag vom 3.9.1939.

einem ungeheuren Druck, wie die Dokumente, die sie hinterlassen haben, eindrucksvoll belegen.

Das sogenannte Protektorat Böhmen und Mähren galt als Teil des Großdeutschen Reichs, wenn es auch einen Sonderstatus hatte. Da die antijüdische Politik hier einem ähnlichen Muster wie in Deutschland und Österreich folgte, wird die Entwicklung dort in diesem Band sowie in den Bänden 6 und 11 der Edition zusammen mit der im Deutschen Reich behandelt. Die Dokumentation des dortigen Geschehens setzt im vorliegenden Band bereits Mitte März 1939 ein, also mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag. Daher beginnt die Darstellung in dieser Einleitung mit der Geschichte des Protektoratsgebiets.

Böhmen und Mähren

Als Hitler im Münchener Abkommen vom 30. September 1938 die Abtretung des Sudetenlands an das Deutsche Reich durchsetzte, bedeutete dies für ihn nur einen ersten Schritt hin zur Zerschlagung des tschechoslowakischen Gesamtstaats. Bereits im Oktober 1938 gab er Anweisung, die „Erledigung der Rest-Tschechei“ vorzubereiten.² Als Vorwand dienten vor allem der angebliche innere Zerfall der Tschecho-Slowakei – wie sie seit dem Verlust der sudetendeutschen Gebiete offiziell hieß – und die vermeintliche Unterdrückung der dortigen deutschsprachigen Bevölkerung. In der Nacht auf den 10. März 1939 entließ der tschechoslowakische Staatspräsident Emil Hácha die Regierung der nach Selbstständigkeit strebenden, autonomen Slowakei unter Jozef Tiso; dieser reiste daraufhin am 13. März nach Berlin, wo Hitler ihn drängte, die Unabhängigkeit seines Staats auszurufen. Am nächsten Tag fasste der slowakische Landtag einen entsprechenden Beschluss, wohl auch in der Befürchtung, das eigene Staatsgebiet werde ansonsten mit Zustimmung Deutschlands von Ungarn annektiert. Hácha wiederum fuhr am 14. März mit seinem Außenminister František Chvalkovský nach Berlin, wo Hitler ihm mitteilte, der Einmarsch deutscher Truppen stehe unmittelbar bevor. Bereits an diesem Tag hatten deutsche Truppen Mährisch-Ostrau besetzt. So musste Hácha eine Erklärung unterzeichnen, der zufolge er das Schicksal der Tschechen „vertrauensvoll in die Hände des Führers“ legte. Am 15. März 1939 marschierte die Wehrmacht in Prag ein. Damit hatte Hitler seine in München gegebene Zusage, dass die deutschen Territorialansprüche mit der Annexion des Sudetenlands befriedigt seien, gebrochen, und das nationalsozialistische Deutschland vereinnahmte erstmals ein Gebiet mit einer nicht deutschsprachigen Bevölkerungsmehrheit.³ Auch rund 118 000 Menschen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten, gerieten dadurch unter deutsche Herrschaft.⁴

2 Detlev Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Teil 1: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod*, München u. a. 1969, S. 15.

3 Erklärung der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung vom 15.3.1939, Abdruck in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 – 1945, Serie D: 1937 – 1945, Bd. 4*, Baden-Baden 1951, S. 235.

4 Miroslav Kárný, *Zur Statistik der jüdischen Bevölkerung im sogenannten Protektorat*, in: *Judaica Bohemiae*, 22 (1986), H. 1, S. 9 – 19; Eva Schmidt-Hartmann, *Übersicht über die nationalsozialistische „Endlösung der jüdischen Frage“ in den böhmischen Ländern*, in: Ferdinand Seibt, *Deutsche, Tschechen, Sudetendeutsche. Analysen und Stellungnahmen zu Geschichte und Gegenwart aus fünf Jahrzehnten*, München 2000, S. 201.

Juden in Böhmen und Mähren

Die böhmischen und mährischen Juden konnten auf eine jahrhundertalte Geschichte zurückblicken.⁵ Das 19. Jahrhundert brachte ihnen, wie auch den deutschen und österreichischen Juden, die Emanzipation. 1849 hob das Habsburgerreich die diskriminierenden Ehegesetze auf, die seit Anfang des 18. Jahrhunderts dafür gesorgt hatten, dass in Böhmen nicht mehr als 8541, in Mähren höchstens 5106 jüdische Familien wohnten und es nur einem Sohn aus jeder Familie erlaubt war, eine Familie zu gründen. Mit Bildung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn 1867 wurde die Gleichberechtigung der Juden im Gesamtstaat gesetzlich festgeschrieben. Von nun an konnten die böhmischen und mährischen Juden sich frei bewegen, Bildungsangebote nutzen und Berufswege einschlagen, die ihnen vorher verschlossen waren.⁶

In Böhmen schritt die industrielle Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasch voran, und jüdische Unternehmer hatten daran, vor allem in Prag, beträchtlichen Anteil. Ihr wirtschaftlicher Aufstieg ging häufig mit der Loslösung von jüdischen Traditionen und der Assimilation an das deutschsprachige Bürgertum einher – und brachte sie bisweilen in Konflikt mit dem aufkommenden tschechischen Nationalismus. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerungsmehrheit zweisprachig gewesen, doch seit den 1850er-Jahren galt der Gebrauch einer Sprache zunehmend als politisch-nationales Bekenntnis.⁷

Seit den 1880er-Jahren änderten sich die Assimilationsbestrebungen; allmählich orientierten sich immer mehr Juden am Tschechentum. Im Jahre 1890 hatten 74 Prozent der Juden in Prag Deutsch als ihre Umgangssprache angegeben, 1900 waren es nur noch etwas über 45 Prozent. Mehr als die Hälfte der Juden erklärte sich zu Tschechen, unterstützte deren nationale Sache und hoffte damit über kurz oder lang die Feindschaft zu überwinden. Vor diesem Hintergrund entstand die Politische Union der Tschechojuden (*Politická jednota českožidovská*). Insbesondere die Prager Juden strebten eine größere Durchlässigkeit der Grenzen zwischen den verschiedenen Milieus an. Im akademischen Bereich setzte sich die Umorientierung von der deutschen zur tschechischen Kultur erst später durch: Bis 1929 studierte die Mehrzahl der jüdischen Studenten noch an der Deutschen Universität, danach entschied sich die Mehrheit für die tschechischsprachige Karls-Universität.⁸

5 Zur Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren siehe etwa Avigdor Dagan/Getrude Hirschler/Lewis Weiner (Hrsg.), *The Jews of Czechoslovakia: Historical Studies and Survey*, 3 Bde., Philadelphia 1968 – 1984; Ruth Kestenberg-Gladstein, *Neuere Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern*, Tübingen 1969; Wilma Iggers (Hrsg.), *Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein historisches Lesebuch*, München 1986; Natalia Berger (Hrsg.), *Wo sich Kulturen begegnen. Die Geschichte der tschechoslowakischen Juden*, Prag 1992; Tomáš Pěkný, *Historie Židů v Čechách a na Moravě*, 2. Aufl., Praha 2002; Ferdinand Seibt, *Tausend Jahre jüdische Geschichte in Böhmen und Mähren*, in: ders., *Deutsche (wie Anm. 4)*, S. 49 – 62.

6 Rudolf W. Wlaschek, *Juden in Böhmen. Beiträge zur Geschichte des europäischen Judentums im 19. und 20. Jahrhundert*, 2. Aufl., München 1997, S. 18, 45 – 47; Hillel J. Kieval, *Languages of Community. The Jewish Experience in the Czech Lands*, Berkeley u. a. 2000, S. 37 – 94.

7 Hillel J. Kieval, *Die Länder dazwischen: Die Juden in Böhmen, Mähren und der Slowakei bis 1918*, in: Berger (Hrsg.), *Kulturen (wie Anm. 5)*, S. 23 – 52, hier S. 40 – 46; Heiko Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, 4. Aufl., München 1998, S. 89 – 92; Michal Frankl, *Tschechien*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 1: *Länder und Regionen*, München 2008, S. 364 – 370.

8 Hillel J. Kieval, *The Making of Czech Jewry. National Conflict and Jewish Society in Bohemia*,

Theodor Herzl beschrieb 1897 die komplizierte Lage der Juden so: „In Prag warf man ihnen vor, daß sie keine Tschechen, in Saaz und Eger, daß sie keine Deutschen seien. Arme Juden, woran sollten sie sich denn halten? Es gab welche, die sich tschechisch zu sein bemühten; da bekamen sie es von den Deutschen. Es gab welche, die deutsch sein wollten, da fielen die Tschechen über sie her – und Deutsche auch. Es ist, um den Verstand zu verlieren – oder um ihn endlich zu finden ...“⁹

Parteien wie die Jungtschechen machten sich solche nationalistisch-antisemitischen Stimmungen ebenso zunutze wie deutsch-völkische Vereine und Verbände; tschechische und deutsche Katholiken schlossen sich seit den 1890er-Jahren in christlich-sozialen Parteien mit antisemitischer Ausrichtung zusammen. In diesem politischen Klima begann in Polná 1899 ein sogenannter Ritualmord-Prozess, bei dem Leopold Hilsner, ein Jude, zum Tode verurteilt wurde. Der spätere Staatspräsident Tomáš G. Masaryk, damals Professor der Tschechischen Universität in Prag, kritisierte den Vorwurf des Ritualmords ebenso wie das Urteil. Es kam zu einem zweiten Prozess, bei dem Hilsner ein Jahr später erneut verurteilt wurde, diesmal zu lebenslanger Haft. Die Antisemiten fühlten sich dadurch bestärkt, neue Ritualmord-Beschuldigungen zu erheben und Juden und deren meist sozialdemokratischen Verteidiger anzugreifen.¹⁰

In Mähren standen die Juden stärker unter dem Einfluss Wiens. Dadurch blieben sie in höherem Maße in der österreichisch-deutschen Kultur verwurzelt; eine Hinwendung zum Tschechentum wie in Böhmen fand nicht statt. Nur 17 Prozent der Juden in Mähren gaben im Jahr 1900 Tschechisch als ihre Umgangssprache an. Zudem war Religiosität hier von größerer Bedeutung. Anders als in Böhmen wurde die Autonomie der jüdischen Gemeinden durch die rechtliche Gleichstellung 1867 nicht aufgehoben; die Gemeinden blieben vielmehr bis zum Ende des Habsburgerreichs selbstständig.¹¹

Nach dem Ersten Weltkrieg schlossen sich Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien, die Slowakei und die Karpaten-Ukraine zur Tschechoslowakei zusammen. Bei allen Unterschieden einte die Mehrheit der Juden aus diesen Gebieten ihre Loyalität zur Republik und zu ihrem Präsidenten Tomáš G. Masaryk. Dieser machte sie zu gleichberechtigten Bürgern eines Staats, in dem sie sich schon bald fest verwurzelt fühlten. Masaryk gelang es, die antijüdische Stimmung unter seinen Landsleuten so zu entschärfen, dass Juden und Tschechen weitgehend friedlich miteinander lebten. Das war umso wichtiger, als die politische Elite der Tschechoslowakei befürchtete, antisemitische Vorfälle könnten die öffentliche Meinung in Westeuropa und den USA gegen den neuen Staat aufbringen.

Tatsächlich wurden die bürgerlichen Rechte der Juden während der Ersten Tschechoslowakischen Republik niemals eingeschränkt. Die Verfassung sah die Möglichkeit vor,

1870–1918, Oxford 1988; Wlaschek, *Juden* (wie Anm. 6), S. 36 f., 53–57; Haumann, *Ostjuden* (wie Anm. 7), S. 180–185; Peter Demetz, *Mein Prag. Erinnerungen 1939 bis 1945*, Wien 2007, S. 59.

9 Theodor Herzl, *Die Juden Prags zwischen den Nationen* (1897), zit. nach: Iggers (Hrsg.), *Juden* (wie Anm. 5), S. 225.

10 Jiří Kovtun, *Tajuplná vražda. Případ Leopolda Hilsnera*, Praha 1994; Hillel J. Kieval, *Death and the Nation: Ritual Murder as Political Discourse in the Czech Lands*, in: Maurice Godé/Jacques Le Rider/Françoise Mayer (Hrsg.), *Allemands, Juifs et Tchèques à Prague de 1890 à 1924. Actes du colloque de Montpellier, décembre 1994*, Montpellier 1996, S. 83–99; Michal Frankl, *The Background of the Hilsner Case*, in: *Judaica Bohemiae*, 36 (2000), S. 34–118.

11 Kieval, *Die Länder* (wie Anm. 7), S. 48; Livia Rothkirchen, *The Jews of Bohemia and Moravia. Facing the Holocaust*, Lincoln u. a. 2007, S. 10–11.

sich offiziell zur jüdischen Nationalität zu bekennen, was bei den Volkszählungen von 1921 und 1930 jeweils etwas mehr als ein Prozent der Bevölkerung (knapp 181 000 bzw. 187 000 Personen) auch tat. Nach dem Religionsbekenntnis hingegen lebten ungefähr doppelt so viele Juden im neuen Staat, etwa 2,5 Prozent der Bevölkerung. Allerdings gab es beträchtliche regionale Unterschiede. So betrug der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung im Jahr 1930 in Böhmen und Mährisch-Schlesien etwas über ein Prozent, in der Slowakei, die zuvor zu Ungarn gehört hatte, waren es 4,11 Prozent und in der Karpaten-Ukraine 14,14 Prozent.

Die jüdische Minderheit im neuen tschechoslowakischen Staat bildete weder in nationaler noch in religiöser noch in sprachlicher Hinsicht eine Einheit. Die Juden in den stark industrialisierten Regionen Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien waren ähnlich wie in Österreich in hohem Maße assimiliert und lebten überwiegend in den größeren Städten.

In der westlichen Slowakei hingegen machte sich ungarischer Einfluss bemerkbar, und im Osten der Slowakei sowie in der Karpaten-Ukraine waren am ehesten diejenigen anzutreffen, die landläufig als „Ostjuden“ bezeichnet wurden und eine von der Mehrheitsgesellschaft abgegrenzte Gruppe bildeten.¹²

In allen regionalen Gruppen gab es Spannungen zwischen assimilierten und konservativen Juden. Franz Kafka beschrieb die damit verbundenen inneren Konflikte und die Verunsicherung in einem Brief an Max Brod im Juni 1921 so: „Weg vom Judentum, meist mit unklarer Zustimmung der Väter (diese Unklarheit war das Empörende), wollten die meisten, die deutsch zu schreiben anfangen, sie wollten es, aber mit den Hinterbeinchen klebten sie noch am Judentum des Vaters, und mit den Vorderbeinchen fanden sie keinen neuen Boden. Die Verzweigung darüber war ihre Inspiration.“¹³ Insbesondere in Prag, das in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu den am stärksten säkularisierten Städten zählte, war die Tendenz zur Assimilation stark. Der 1932 als Kind deutschsprachiger Juden in Prag geborene Historiker Saul Friedländer erinnert sich daran, mit seiner tschechischen Gouvernante zwar viele Kirchen in Prag besucht zu haben, nicht aber die in der Nähe seines Elternhauses gelegene berühmte Altneuschul-Synagoge, das jüdische Rathaus oder den alten jüdischen Friedhof.¹⁴

Für die Zionisten war die Zugehörigkeit zur deutschen oder tschechischen Nation nicht die entscheidende Frage. In Böhmen war diese Gruppe zunächst so klein, dass der Schriftsteller Max Brod folgenden Witz kolportierte: „Wenn in einem bestimmten Café die Zimmerdecke einstürzt, dann ist der ganze Prager Zionismus untergegangen.“ Doch allmählich wuchs die Bewegung: Junge Prager Intellektuelle wie der Historiker Hans Kohn, der Journalist Robert Weltsch und auch Max Brod selbst fühlten sich zunehmend einer jüdischen Nation verpflichtet und engagierten sich für eine moderne jüdische Kultur.

12 Livia Rothkirchen, *Das tschechoslowakische Judentum. Entwicklung und Niedergang (1918–1939)*, in: Berger (Hrsg.), *Kulturen* (wie Anm. 5), S. 107–115, hier S. 107; Kieval, *Languages* (wie Anm. 6), S. 198–216; Kateřina Čapková, *Češi, Němci, Židé? Národní identita Židů v Čechách 1918–1938*, Praha u. a. 2005, S. 17–26; Martin Schulze Wessel, *Entwürfe und Wirklichkeiten: Die Politik gegenüber den Juden in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918 bis 1938*, in: Dittmar Dahmann/Anke Hilbrenner (Hrsg.), *Zwischen großen Erwartungen und bösem Erwachen. Juden, Politik und Antisemitismus in Ost- und Südosteuropa 1918–1945*, Paderborn 2007, S. 120–135.

13 Franz Kafka, *Briefe 1902–1924*, Frankfurt a. M. 1958, S. 337.

14 Saul Friedländer, *Wenn die Erinnerung kommt*, München 1998, S. 12.

Schließlich fand innerhalb von nur zwölf Jahren der Zionistenkongress dreimal in der Tschechoslowakei statt: 1921 und 1923 in Karlsbad und 1933 in Prag.¹⁵

Der liberale neue Staat räumte auch den Juden politische Artikulations- und Gestaltungsmöglichkeiten ein. Die Jüdische Nationalpartei (Židovská národní strana) entsandte 1925 mit Dr. Ludvík Singer und Dr. Chaim Kugel erstmals zwei Abgeordnete ins Parlament. Die Zionisten waren im Zentralverband der Zionisten (Ústřední svaz sionistů) mit Sitz in Mährisch-Ostrau vereinigt, ein Teil von ihnen unterstützte die Jüdische Wirtschaftspartei (Židovská hospodářská strana).¹⁶

Die günstigen politischen und sozialen Bedingungen ließen jüdisches Leben in der Tschechoslowakei aufblühen; es entstanden zahlreiche kulturelle und soziale Einrichtungen sowie Vereine, vor allem das jüdische Prag entwickelte sich rasch. Jüdische Literaten und Kulturschaffende prägten das intellektuelle Milieu der Stadt, immer mehr jüdische Professoren wurden an die beiden Prager Universitäten berufen. Juden stellten überdies Schätzungen zufolge 18 Prozent aller Studierenden. Viele erfolgreiche Journalisten entstammten jüdischen Familien, und Juden gehörten als Minister verschiedenen Regierungen der Ersten Republik an. Laut einer Statistik aus dem Jahr 1930 zählten die meisten tschechischen Juden zur Mittelschicht: 45,3 Prozent waren in Handel und Geldwesen tätig, 21,6 Prozent in Industrie und Gewerbe, 8,9 Prozent in der Landwirtschaft, 7,7 Prozent im öffentlichen Dienst, 2,9 Prozent im Transport- und Verkehrswesen und 13,6 Prozent in sonstigen Berufen (Ärzte, Anwälte etc.).¹⁷

Die demokratische Tschechoslowakei bot 1933 Flüchtlingen aus Deutschland – politisch exponierten Sozialdemokraten und Kommunisten, im Reich unerwünschten Schriftstellern und Juden – Asyl; die jüdischen Gemeinden bauten effiziente Strukturen der Flüchtlingshilfe auf. Nach dem Münchener Abkommen wurde das tschechoslowakische Landesinnere von Flüchtlingen aus dem neu geschaffenen Sudetengau förmlich überrannt: Demokratisch gesinnte Sudetendeutsche suchten Zuflucht, vor allem aber Juden – bis zum Dezember 1938 mindestens 15 000.

In der kurzen Periode der Zweiten Republik, vom Münchener Abkommen bis zum März 1939, wandelte sich jedoch das politische Klima; rechte Parteien dominierten das Geschehen. Viele tschechische Zeitungen hetzten gegen Juden, antisemitische Aktivitäten nahmen deutlich zu. Nationalistische Gruppierungen bekamen Aufwind, und die Sudetendeutsche Partei (SdP) wurde zur dominanten deutschen Partei in der Tschecho-Slowakei.¹⁸

15 Max Brod, *Streitbares Leben 1884 – 1968*, München u. a. 1969, S. 48 – 52, Zitat S. 50; Hillel J. Kieval, *Bohemia and Moravia*, in: Gershon David Hundert (Hrsg.), *The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*, Bd. 1, New Haven u. a. 2008, S. 202 – 211.

16 Helena Krejčová, *Juden in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: Marek Nekula/Walter Koschmal (Hrsg.), *Juden zwischen Deutschen und Tschechen. Sprachliche und kulturelle Identitäten in Böhmen 1800 – 1945*, München 2006, S. 85 – 102, hier S. 86 – 92; Wlaschek, *Juden (wie Anm. 6)*, S. 77 – 87.

17 Wlaschek, *Juden (wie Anm. 6)*, S. 43 f., 90; Rothkirchen, *Das tschechoslowakische Judentum (wie Anm. 12)*, S. 112; Čapková, *Češi (wie Anm. 12)*.

18 Helena Krejčová, *Spezifische Voraussetzungen des Antisemitismus und antijüdische Aktivitäten im Protektorat Böhmen und Mähren*, in: Jörg K. Hoensch/Stanislaw Biman/Lubomir Lipták (Hrsg.), *Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmischem Ländern und in der Slowakei*, Essen 1999, S. 175 – 194; Wlaschek, *Juden (wie Anm. 6)*, S. 95 – 99; Frankl, *Tschechien (wie Anm. 7)*; Jörg Osterloh, *Reichsgau Sudetenland*, in: Wolf Gruner/Jörg Osterloh, *Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten“ Gebieten*, Frankfurt a. M. 2010, S. 107 – 137, hier S. 137.

Bereits am 14. Oktober 1938 forderten die Berufsverbände der Juristen und Ärzte, Juden die Ausübung medizinischer, juristischer und technischer Berufe zu untersagen. Da die Regierung unter Ministerpräsident Rudolf Beran bemüht war, durch ihre Haltung zur „Judenfrage“ zu demonstrieren, dass sie dem Kurs der deutschen Regierung aufgeschlossen gegenüberstand, beurlaubte das Verteidigungsministerium am 18. Februar 1939 alle Offiziere jüdischer Abstammung und legte ihnen den Abschied nahe. Am 17. März 1939, einen Tag nach Errichtung des Protektorats, erfüllte die Regierung Beran auch die Forderungen der Ärzte und Juristen nach beruflicher Ausgrenzung der Juden.¹⁹

Die Flüchtlinge aus den sudetendeutschen Gebieten waren nur für kurze Zeit in Sicherheit. So schildert Max Mannheimer, der später das Getto Theresienstadt sowie die Lager Auschwitz und Dachau überlebte, in seinen Erinnerungen, wie seine Familie im Herbst 1938 zunächst ins Landesinnere floh, dort aber von den deutschen Truppen im Frühjahr 1939 wieder eingeholt wurde.²⁰ Anderen gelang buchstäblich im letzten Moment die Flucht. Kafkas Freund Max Brod erreichte am 14. März 1939 den letzten Zug zur polnischen Grenze, schaffte es gerade noch aus- und nach Jerusalem weiterzureisen. Später hörte er, dass die Gestapo bereits am Tag der Besetzung Prags in der Redaktion der zionistischen Zeitung Selbstwehr nach ihm und seinen Kollegen Felix Weltsch und Hans Lichtwitz gesucht hatte.²¹

Die Verwaltung des Protektorats

Am Abend des 15. März 1939 informierten Hácha und Außenminister Chvalkovský nach ihrer Rückkehr aus Berlin in der Prager Burg, dem Sitz des Präsidenten, die tschechische Regierung über die deutsche Nötigung. Zeitgleich formulierten in einem anderen Teil der Burg Hitler, Außenminister Joachim von Ribbentrop und Staatssekretär Wilhelm Stuckart ohne tschechische Beteiligung den Führererlass, mit dem Hitler einen Tag später das Protektorat Böhmen und Mähren ausrief, das von nun an zum Deutschen Reich gehörte. Zwar heißt es im Artikel 3: „Das Protektorat Böhmen und Mähren ist autonom und verwaltet sich selbst“, im nächsten Absatz folgt jedoch die entscheidende Einschränkung, dass dies „im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches“ zu geschehen habe. Die ungefähr 250 000 deutschen Einwohner im Protektorat seien „deutsche Staatsbürger“ und „Reichsbürger“, die Tschechen „Staatsangehörige des Protektorats“, die Stellung der jüdischen Bevölkerung war im Erlass nicht eigens definiert. Die Festlegung lief darauf hinaus, dass die meisten Einheimischen nur noch ein Bürgerrecht zweiter Klasse besaßen; auch unterstanden nur die deutschen Einwohner deutscher Gerichtsbarkeit, die übrigen derjenigen im Protektorat.²²

19 Frankl, *Tschechien (wie Anm. 7)*, S. 368; Heinrich Bodensieck, *Das Dritte Reich und die Lage der Juden in der Tschecho-Slowakei nach München*, in: VfZ, 9 (1961), S. 249 – 261; Miroslav Kárný, *Die „Judenfrage“ in der nazistischen Okkupationspolitik*, in: *Historica*, 21 (1982), S. 137 – 192, hier S. 152.

20 Max Mannheimer, *Spätes Tagebuch. Theresienstadt – Auschwitz. Warschau – Dachau*, München u. a. 2009, S. 34.

21 Brod, *Streitbares Leben (wie Anm. 15)*, S. 285 – 292; Demetz, *Mein Prag (wie Anm. 8)*, S. 57 – 64.

22 RGBL, 1939 I, S. 485; Brandes, *Die Tschechen (wie Anm. 2)*, S. 20 f.; Wolfgang Benz, *Typologie der Herrschaftsformen in den Gebieten unter deutschem Einfluss*, in: ders./Johannes Houwink ten Cate/Gerhard Otto (Hrsg.), *Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und*

Zunächst stand das Protektorat einen Monat lang unter Militärverwaltung. Den Heeresgruppen wurde unter Rückgriff auf bewährte Kräfte jeweils ein Chef der Zivilverwaltung an die Seite gestellt: In Böhmen erfüllte der sudetendeutsche Gauleiter Konrad Henlein diese Aufgabe, in Mähren der Wiener Reichskommissar Joseph Bürckel. Sie bauten eine deutsche Verwaltung auf und überwachten die bestehende tschechische.²³

Am 15. April nahm Konstantin Freiherr von Neurath, bis 1938 deutscher Außenminister, seine Tätigkeit an der Spitze der deutschen Verwaltung auf. Er galt als diplomatisch erfahrener und gemäßigter älterer Politiker. Bereits am 18. März 1939 hatte Hitler ihn zum Reichsprotektor ernannt, der ihm direkt unterstand. Mit Karl Hermann Frank wurde ein ehemaliger Funktionär der Sudetendeutschen Partei von Neuraths Staatssekretär, der vom 28. März 1939 an in Personalunion auch als Höherer SS- und Polizeiführer fungierte. Der 1898 in Karlsbad geborene Frank setzte alles daran, der starke Mann im Protektorat zu werden, was ihm mit Rückendeckung Himmlers auch gelang. Die Reichsprotektoren wechselten – Hitler ersetzte im September 1941 den als schwach geltenden von Neurath de facto durch Reinhard Heydrich, den er zum stellvertretenden Reichsprotektor machte. Nachdem dieser am 4. Juni 1942 an den Folgen eines Attentats gestorben war, rückte Kurt Daluege nach. Frank hingegen, der sich die Germanisierung der Region zum Ziel gesetzt hatte, blieb bis zum Kriegsende im Amt.

Er baute sich ein engmaschiges Netz polizeilicher Überwachung auf. Bei Kriegsbeginn wurde die Stellung der Polizei noch am 1. September 1939 durch die „Verordnung über den Aufbau der Verwaltung und die Deutsche Sicherheitspolizei im Protektorat Böhmen und Mähren“ gesetzlich geregelt und zugleich aufgewertet: Sie war dem Reichsprotektor nicht unter-, sondern beigeordnet, so dass er ihr gegenüber kein Weisungsrecht hatte; der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und der Befehlshaber der Ordnungspolizei unterstanden Karl Hermann Frank. Die den Oberlandräten gegenüber weisungsbefugten Staatspolizeileitstellen Prag und Brünn waren für zwölf bzw. sieben Oberlandratsbezirke zuständig. Im August 1941 zählte die Brüner Staatspolizeileitstelle 638 und die Prager 812 Mitarbeiter. Zudem agierten etwa 350 SD-Angehörige im Protektorat.²⁴

Zu Franks Vertreter im Amt des Staatssekretärs wurde der Ministerialdirektor und spätere Unterstaatssekretär Kurt von Burgsdorff berufen. Als Vermittlungsinstanz zwischen den Behörden des Reichsprotektors und denen des Reichs fungierte die Zentralstelle für Böhmen und Mähren unter der Leitung des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern Wilhelm Stuckart.²⁵

Als regionale Dienststellen wurden – jeweils für zwei bis drei tschechische Bezirkshaupt-

Verwaltung im besetzten Europa, Berlin 1998, S. 11 – 25; Jan Gebhart/Jan Kuklík, *Velké dějiny zemí Koruny české*, Bd. XV.a, Praha u. a. 2006, S. 155 – 192.

23 Wolf Gruner, *Das Protektorat Böhmen und Mähren und die antijüdische Politik 1939 – 1941. Lokale Initiativen, regionale Maßnahmen, zentrale Entscheidungen im „Großdeutschen Reich“*, in: TSD, 12 (2005), S. 27 – 62, hier S. 31.

24 Abschrift der VO in: BArch, R 70 B-M; Oldřich Sládek, *Zločinná role gestapa*, Praha 1986; ders., *Standrecht und Standgericht. Die Gestapo in Böhmen und Mähren*, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2000, S. 317 – 339, hier S. 324 f.; Marc Oprach, *Nationalsozialistische Judenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. Entscheidungsabläufe und Radikalisierung*, Hamburg 2006, S. 47 – 49; René Küpper, *Karl Hermann Frank (1898 – 1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten*, München 2010, S. 146 – 150.

25 *Die Zentralstelle für Böhmen und Mähren*, in: René Küpper, *Karl Hermann Frank (wie Anm. 24)*

mannschaften – Oberlandräte eingesetzt. Sie übten in ihrem Bezirk die Aufsicht über die Protektoratsbehörden aus, erstatteten dem Reichsprotektor Bericht über die Entwicklung in ihrem Machtbereich und waren wie die Abteilungsleiter in der Behörde des Reichsprotektors zumeist Reichsdeutsche.²⁶ Als Bezirkshauptleute und Bürgermeister wurden hingegen wegen ihrer besseren Kenntnis von Land und Leuten bevorzugt Sudetendeutsche herangezogen. In Prag blieb zunächst der Tscheche Otakar Klapka Oberbürgermeister, bis er im Juli 1940 verhaftet und durch Alois Říha ersetzt wurde, weil er Kontakte zur Widerstandsbewegung unterhielt. Im Oktober 1941 wurde er deswegen hingerichtet. Als sein Stellvertreter und zugleich für die Verwaltung Prags zuständiger Regierungskommissar fungierte der sudetendeutsche Historiker und Politiker Josef Pfitzner. Von ähnlichen Germanisierungsgedanken geleitet wie Frank, besetzte er Schlüsselstellungen der Verwaltung in der überwiegend von Tschechen bewohnten Stadt rasch mit Deutschen.²⁷

Neben dem deutschen Reichsprotektoramt gab es eine tschechische Regierung. Auf der Staatssekretärsbesprechung im Reichsministerium des Innern vom 25. März 1939 (Dok. 240) hatte Stuckart „den Willen des Führers“ nochmals zu Protokoll gegeben, dass „das Reich von seinen Befugnissen [...] nur in dem unbedingt im Reichsinteresse gebotenen Umfange Gebrauch“ machen sollte. In der Praxis jedoch war die tschechische Protektoratsregierung gezwungen, ihre Politik an den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reichs so auszurichten, wie der Reichsprotektor und seine deutsche Verwaltung es wünschten. Der Reichsprotektor war befugt, gegen Gesetze und Maßnahmen der tschechischen Regierung Einspruch zu erheben und selbst Gesetze zu erlassen, außerdem mussten sich die Mitglieder der Protektoratsregierung von ihm bestätigen lassen. Den deutschen Machthabern war allerdings daran gelegen, die bisherigen politischen Eliten, wenn auch mit beschränkten Kompetenzen, einzubinden, um den Fortbestand der Verwaltung zu gewährleisten.²⁸

Der 66-jährige Emil Hácha blieb als Präsident im Amt. Da er fürchtete, dass das Parlament der Regierung die Bestätigung verweigern würde, löste er es am 21. März 1939 auf und schuf eine Einheitsorganisation, die alle Tschechen vertreten und so ihren Zusammenhalt stärken sollte: die Nationale Gemeinschaft (*Národní souručenství*). Damit setzte er sich gegen tschechische faschistische Organisationen um General Radola Gajda und die rechtsextreme Vlastka (Fahne) durch, die sich um eine Regierungsbeteiligung bemühten bzw. in den chaotischen Tagen vor Ausrufung des Protektorats versucht hatten, die Macht an sich zu reißen. Ein von Hácha ins Leben gerufener 50-köpfiger Ausschuss der Nationalen Gemeinschaft, in den er politische Akteure aus der Zeit vor dem Münchener Abkommen integrierte, nahm auf seiner ersten Sitzung am 21. März den Vorschlag des Präsidenten zur Gründung einer Einheitspartei an. Auch zahlreiche Mitglieder des Widerstands schlossen sich der Nationalen Gemeinschaft an; sie geriet jedoch immer stärker

26 Stanislav Šisler, *Příspěvek k vývoji a organizaci okupační správy v českých zemích v letech 1939 – 1945*, in: *Sborník archivních prací*, 1963, Bd. 2, S. 46 – 95.

27 Vojtěch Šustek, *Die nationalsozialistische Karriere eines sudetendeutschen Historikers*, in: Alena Míšková/Vojtěch Šustek, *Josef Pfitzner a protektorátní Praha v letech 1939 – 45*, Bd. 1, Praha 2000, S. 71 – 109.

28 Brandes, *Die Tschechen (wie Anm. 2)*, S. 32; ders., *Politische Kollaboration im „Protektorat Böhmen und Mähren“*, in: Joachim Tauber (Hrsg.), *„Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2006, S. 453 – 462, hier S. 458 f.

unter deutsche Beobachtung. Viele ihrer Funktionäre wurden von der Gestapo verhaftet. Als Ministerpräsident amtierte seit dem 27. April 1939 General Alois Eliáš, zuvor Delegierter beim Völkerbund und Transportminister in der Regierung Beran. Sein großes Ziel war die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität; zu diesem Zweck arbeitete er insgesamt bis zu seiner Verhaftung im Herbst 1941 mit der tschechoslowakischen Exil-Regierung in London und dem Widerstand im Land selbst zusammen. Im Juni 1942 wurde er wegen „Hochverrats“ hingerichtet. Bereits im Januar 1940 waren Landwirtschaftsminister Ladislav Feierabend und der Leiter der Obersten Preisbehörde Jaromír Nečas geflohen; später gehörten sie der Exil-Regierung an.²⁹

Der Präsident, die Regierung und der Ministerpräsident kooperierten mit den deutschen Machthabern in der Hoffnung, dadurch die tschechische Bevölkerung vor Schlimmerem bewahren zu können. Zwar war das Leben unter deutscher Herrschaft für viele Tschechen zunächst erträglich. Doch stellten die Deutschen Überlegungen über die Germanisierung des „Lebensraums“ an: Langfristig sollte hier ein deutsches Gebiet entstehen. Die als nicht assimilierbar geltenden Tschechen sollten vertrieben bzw. die als „reichsfeindlich“ geltenden ermordet, die anderen zu Deutschen gemacht werden. Letzteres erschien möglich, da Tschechen in der NS-Rassenhierarchie höher standen als etwa ihre polnischen Nachbarn; zudem war es schon aus pragmatischen Gründen notwendig, wäre die tschechische Industrie doch ohne ihre Arbeiter zusammengebrochen. Die tschechischen Industrieanlagen aber hatten eine erhebliche Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft; Schätzungen zufolge stammten neun bis zwölf Prozent der Industrieproduktion des Deutschen Reichs aus dem Protektorat.³⁰

Die tschechische Regierung hoffte auf eine begrenzte Dauer der deutschen Besatzung. Sie war bemüht, auf Zeit zu spielen und durch Kontakte zur Exil-Regierung bereits Vorkehrungen für die Zeit nach der Wiedererlangung der Souveränität zu treffen. Häufig waren dieselben Personen in der Regierung und im Widerstand aktiv. Doch versuchte die Protektoratsregierung auch, sich mit den Deutschen zu arrangieren, und bemühte sich um tschechische Beteiligungen an den „Arisierungen“; schließlich war sie bestrebt, selbst den Kurs der „Judenpolitik“ im Protektorat zu bestimmen.³¹

Die Verfolgung der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren

Die ersten Verfolgungsmaßnahmen nach dem Einmarsch der Wehrmacht richteten sich überwiegend gegen politisch verdächtige Tschechen und Flüchtlinge aus Deutschland. Zwei Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei nahmen anhand einer bereits vorab erstellten Mobilmachungskartei im Rahmen der „Aktion Gitter“ vermeintliche und tatsächliche politische Gegner fest, allein in Böhmen mindestens 4376 Personen, darunter 747 deutsche Emigranten, auch zahlreiche Juden; in Mähren wurden mindestens 1000 deutsche Emigranten inhaftiert.³²

Doch noch im März 1939 kam es zu ersten gezielt antijüdischen Angriffen; Deutsche, aber auch Tschechen steckten in mehreren Städten Synagogen in Brand, plünderten Geschäfte und raubten Wertgegenstände (Dok. 239).³³

Die Anfangszeit der deutschen Besatzung war vor allem von Raubaktionen geprägt. „Noch hatten sich bei uns die Deutschen nicht häuslich niedergelassen, und schon wurde klar, daß ihre Okkupation eigentlich ein umfangreicher Raubzug war“, so der tschechische Literaturwissenschaftler und Rektor der Prager Karls-Universität Václav Černý, „das war das erste, was man überhaupt erkennen konnte.“³⁴ Und auch der Schriftsteller Jiří Weil, der sich später seiner Deportation durch einen vorgetäuschten Selbstmord entzog und im Versteck überlebte, schrieb, dass die deutschen Besatzer „nur daran dachten, wie sie sich bereichern konnten, [...] und bereit waren, um des Besitzes willen zu stehlen, zu morden und zu rauben.“³⁵

Um jedoch zu verhindern, dass es wie in Wien nach dem Anschluss zu „wildem Arisierung“ durch nicht autorisierte Profiteure kam,³⁶ ordnete Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan in einem Schnellbrief am 16. März 1939 an, dass „Besitzumschichtungen“ im Protektorat durch das Reichswirtschaftsministerium zu kontrollieren seien (Dok. 237). Zudem setzte er mit der Ernennung von Hans Kehrl einen Bevollmächtigten des Reichswirtschaftsministeriums durch, der von Prag aus die wirtschaftliche Eingliederung des Protektorats in das Reich betreiben sollte.

Rasch entbrannte in diesen Fragen ein Kompetenzstreit zwischen verschiedenen deutschen und tschechischen Stellen. Die Chefs der Zivilverwaltung, Henlein und Bürckel, verkündeten, niemand sei befugt, jüdische Betriebe ohne ihre Erlaubnis zu „arisieren“.³⁷ Auch die tschechische Protektoratsregierung ging nun gegen Juden vor: Bereits am 17. März 1939 entzog sie, wie erwähnt, jüdischen Ärzten und Anwälten die Erlaubnis, eine Praxis zu führen, verfügte den Ausschluss von Juden aus leitenden Positionen in der Industrie und die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte.³⁸ Damit entsprach sie dem

29 Helmut Heiber, Zur Justiz im Dritten Reich. Der Fall Eliáš, in: VfZ, 3 (1955), S. 275–296; Brandes, Die Tschechen (wie Anm. 2), S. 24–52, 97–106; Vojtěch Mastný, The Czechs under Nazi Rule. The Failure of National Resistance, 1939–1942, New York u. a. 1971, S. 155–165; Pavel Maršálek, Protektorát Čechy a Morava. Státoprávní a politické aspekty nacistického okupačního režimu v českých zemích 1939–1945, Praha 2002, S. 57–64.

30 Václav Král, Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích v letech 1938–1945, 3 Bde., Praha 1957–1959; Peter Němec, Das tschechische Volk und die nationalsozialistische Germanisierung des Raumes, in: Bohemia, 32 (1991), S. 424–455; Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 127–186; Chad Bryant, Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism, Cambridge u. a. 2007, S. 84–89, 104–138; Küpper, Karl Hermann Frank (wie Anm. 24), S. 158–178.

31 Brandes, Politische Kollaboration (wie Anm. 28), S. 458–462; Bryant, Prague in Black (wie

32 Sládek, Zločinná role gestapa (wie Anm. 24), S. 66; Küpper, Karl Hermann Frank (wie Anm. 24), S. 146 f.

33 Jens Hampel, Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung der Stadt Iglau 1938–1942, in: TSD, 5 (1998), S. 70–99, hier S. 74–78.

34 Václav Černý, Kultur im Widerstand. Prag 1938–1945, Bd. 1: 1938–1942, hrsg. von Frank Boldt, o. O. o. J., S. 193.

35 Jiří Weil, Klagegesang für 77 297 Opfer, in: ders., Leben mit dem Stern. Roman, München u. a. 2000 [Erstausgabe 1949], S. 337–386, hier S. 340.

36 Siehe VEJ 2, S. 38 f.

37 Brandes, Die Tschechen (wie Anm. 2), S. 33; Kárný, „Judenfrage“ (wie Anm. 19), S. 145–151; Gebhart/Kuklík, Velké dějiny (wie Anm. 22), S. 192 f.

38 Gruner, Das Protektorat (wie Anm. 23), S. 33.

Wunsch der deutschen Machthaber, denen daran gelegen war, die Tschechen zu Komplizen ihrer Judenpolitik zu machen. Am 25. März 1939 wurde auf einer Staatssekretärsbesprechung im Reichsinnenministerium Hitlers Anweisung bekannt gegeben, dass die Juden zwar aus dem öffentlichen Leben des Protektorats „ausgeschaltet“ werden sollten, dies jedoch Aufgabe der Protektoratsregierung „und nicht unmittelbare Aufgabe des Reiches“ sei, da sich die „Judenfrage“ im Protektorat vermutlich „von selbst entwickeln“ werde (Dok. 240). Noch im Mai bekräftigte von Burgsdorff: „Der Führer hat angeordnet, dass die Tschechen die Judenfrage selbst regeln sollen und dass wir ihnen nicht hereinreden sollen“ (Dok. 245).³⁹

Abgesehen von den Querelen um wirtschaftliche Entscheidungskompetenzen, versuchten verschiedene Behörden auch auf anderen umstrittenen Feldern, die Deutungsmacht an sich zu reißen. Ministerpräsident Eliáš übergab dem Reichsprotektor am 11. Mai 1939 den Entwurf einer Regierungsverordnung zum Status der jüdischen Bevölkerung, in dem die Definition des Begriffs „Jude“ auf religiösen Kriterien basierte (Dok. 246). Obwohl der Entwurf weitgehende Einschränkungen für Juden vorsah, wurde er von deutscher Seite als zu gemäßigt empfunden. So erklärte der Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Walter Stahlecker, gegenüber Frank am 1. Juni: „Da erfahrungsgemäß gerade die reichen und einflussreichen Juden die mosaische Konfession aufgegeben haben, würden diese also nach dem Entwurf nicht als Juden behandelt werden.“⁴⁰ Beide Streitfälle klärte der Reichsprotektor am 21. Juni 1939 mit der Veröffentlichung einer Verordnung über das jüdische Vermögen. Darin legte er fest, dass auch im Protektorat die Nürnberger Gesetze gelten sollten (Dok. 247). Um sicherzustellen, dass die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung dem Deutschen Reich zugutekam, zog der Reichsprotektor die Kompetenzen für die „Arisierung“ an sich. Damit wurde die Anweisung, die „Judenfrage“ den Tschechen selbst zu überlassen, endgültig Makulatur, offene Machtfragen hatte der Reichsprotektor auf einen Schlag zugunsten der deutschen Machthaber entschieden.⁴¹

Dieses Muster wiederholte sich in ähnlichen Fällen. Die tschechische Protektoratsregierung erarbeitete im Sommer 1939 den Entwurf zu einer Regierungsverordnung über die Rechtsstellung der Juden im öffentlichen Leben, die aber aufgrund verzögerter deutscher Genehmigung erst am 24. April 1940 und mit einigen wichtigen Änderungen veröffentlicht wurde. So hatte etwa Paragraph 3 der Verordnung dem tschechischen Präsidenten ursprünglich das Recht eingeräumt, Juden, die aus seiner Sicht eine wichtige Rolle im Land spielten, zu „Ehrenariern“ zu erklären. Nach der Neufassung des Paragraphen bedurfte dies nun der Zustimmung des Reichsprotektors. Von Neurath wies ausnahmslos alle Anträge ab (Dok. 296).⁴²

39 Kárný, „Judenfrage“ (wie Anm. 19), S. 160 f.

40 Schreiben des Bds an K.H. Frank vom 1.6.1939, NAP, ÚŘP, 3b 5801, Karton 388.

41 Miroslav Kárný, „Konečné řešení“. Genocida českých židů v německé protektorátní politice, Praha 1991, S. 18–75; Jaroslava Milotová, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag. Genesis und Tätigkeit bis zum Anfang des Jahres 1940, in: TSD, 1997, S. 7–30, hier S. 8; dies., Zur Geschichte der Verordnung Konstantin von Neuraths über das jüdische Vermögen, in: TSD, 9 (2002), S. 75–115; Helena Petřův, Právní postavení židů v Protektorátu Čechy a Morava (1939–1941), Praha 2000; Jörg Osterloh/Harald Wixforth, Die „Arisierung“ im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Harald Wixforth, Die Expansion der Dresdner Bank in Europa, München 2006, S. 306–350, hier S. 307 f.

42 Miroslav Kárný, Die Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben des Protektorats und die Geschichte des „Ehrenariertums“, in: TSD, 5 (1998), S. 7–40.

Gestärkt durch von Neuraths Verordnung vom 21. Juni 1939, wurden Deutsche zu den großen Nutznießern der „Arisierung“ im Protektorat. Die Gruppe Gewerbliche Wirtschaft im Amt des Reichsprotektors richtete ein Referat „Entjudung“ ein, das zunächst Siegfried Ludwig, vom Herbst 1939 an sein Stellvertreter Rudolf Stier leitete, der vorher in der entsprechenden Abteilung beim Reichskommissar im Sudetenland tätig gewesen war. Im April 1941 bilanzierte das Referat die Erfolge seiner Arbeit: „Ziel der Entjudung war, alle dazu geeigneten Betriebe, Handelsfirmen usw. in deutsche Hände zu bringen. Bei der Auswahl der Bewerber für jüdische Unternehmen wurde darauf gesehen, daß Deutsche aus dem Protektoratsgebiet sichere Existenzen erhielten und möglichst viele deutsche Volksgenossen aus dem Altreich oder Auslande ihren Wohnsitz in das Protektoratsgebiet verlegen, um hier einen neuen Wirkungskreis aufzubauen. Dadurch ist eine wesentliche Volkstumsarbeit und Vermehrung des deutschen Volkskörpers im Gebiete des Protektorats Böhmen und Mähren erfolgt.“⁴³

Gefördert wurde die Übereignung der Besitztümer an Deutsche nicht zuletzt durch die Einsetzung deutscher Treuhänder. Ende Juni 1940 waren im Wirkungsbereich des Oberlandrats Prag von 1205 Treuhändern 1109 Deutsche und 96 Tschechen.⁴⁴ Anfang Oktober 1940 meldete die Böhmische Escomptebank, dass im Protektorat „kein wesentliches Entjudungsobjekt mehr für einen neuen Bewerber frei ist“.⁴⁵ Hatte es anfangs noch Beschwerden über ausbleibende Erfolge bei der „Arisierung“ gegeben (Dok. 268), waren die Zeitungen im Protektorat bald voll mit Anzeigen, in denen Besitzstandsänderungen angekündigt wurden (Dok. 294).

Zur deutschen „Volkstumsarbeit“ im Protektorat gehörte auch, den Auswanderungsdruck auf die Juden zu erhöhen. Allerdings sollte dabei gewährleistet bleiben, dass sie den jüdischen Emigranten aus dem Altreich nicht die wenigen Zufluchtsmöglichkeiten streitig machten. Nur unter dieser Voraussetzung erklärte sich Reinhard Heydrich, der Chef der Sipo und des SD, der die Emigration aus dem Protektorat zunächst untersagen wollte, einverstanden, dass auch hier eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung geschaffen wurde. Ende Juni 1939 kam sein „Umsiedlungsreferent“ Adolf Eichmann nach Prag und baute die Stelle gemeinsam mit Stahlecker auf. Die Protektoratsregierung entsandte ebenfalls Mitarbeiter. Eine Delegation tschechischer Regierungsmitglieder fuhr noch im Juli nach Wien und informierte sich dort detailliert über die Arbeit der Wiener Zentralstelle (Dok. 252, 255). Mit der Verordnung des Reichsprotektors über die Betreuung der Juden und jüdischer Organisationen vom 5. März 1940 erhielt die Zentralstelle die Aufsicht über alle jüdischen Gemeinden im Protektorat.⁴⁶ Die Kontrolle übte sie mittels der Prager Kultusgemeinde aus, die dafür Sorge tragen musste, dass die Anordnungen auch in der Provinz umgesetzt wurden. Die Prager jüdischen Repräsentanten bekamen die Befehle

43 Bericht: Die Kapitalverflechtung zwischen dem Protektorat und dem Reich nach dem Stand vom Frühjahr 1941, Abdruck in: Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha, hrsg. von Miroslav Kárný und Jaroslava Milotová, Praha 1987, S. 187–199, hier S. 197; Frank Bajohr, Die wirtschaftliche Existenzvernichtung und Enteignung der Juden. Forschungsbilanz und offene Fragen, in: TSD, 13 (2006), S. 348–365.

44 Bericht der Treuhänderüberwachung für OLR in Prag vom 26.6.1940, NAP, ÚŘP, I–1a 1803, Karton 279, Bl. 303.

45 Europa unterm Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei, hrsg. von Helma Kaden, Berlin 1988, Dok. 82, S. 156 f.

46 Milotová, Zentralstelle (wie Anm. 41), S. 23.

von der Zentralstelle oft nur mündlich erteilt, so dass zahlreiche antijüdische Verordnungen im Protektorat heute kaum mehr nachzuweisen sind (Dok. 263). Die Kultusgemeinde Prag geriet durch diese Instrumentalisierung in das Dilemma, dass viele Juden sie als die Urheberin restriktiver Verordnungen wahrnahmen.

Eichmann verließ das Protektorat bereits Ende 1939 und wechselte ins Reichssicherheitshauptamt. Als Stahlecker im April 1940 als Befehlshaber der Sicherheitspolizei nach Norwegen ging, wurde der Kaufmann Horst Böhme sein Nachfolger. Tatsächlich leitete aber Hans Günther, der zuvor schon Eichmanns Mitarbeiter in der Wiener Zentralstelle gewesen war, die Zentralstelle in Prag. Während Böhme 1943 schließlich die Einsatzgruppe B in Weißrussland befehligte, blieb Günther bis Kriegsende im Amt und wurde zu einem der Hauptverantwortlichen für die antijüdische Politik im Protektorat.⁴⁷

Das Deutsche Reich und die Eskalation der Judenverfolgung

Seit dem Novemberpogrom 1938 hatte die Regierung die Ausgrenzung der Juden aus der Wirtschaft dramatisch verschärft und damit den meisten die materielle Existenzgrundlage entzogen. Die Behörden verfolgten zwei Hauptziele: die Juden auszurauben und sie zur Auswanderung zu drängen. Allerdings standen diese beiden Vorhaben in Widerspruch zueinander, und die jüdische Bevölkerung saß in dieser Hinsicht zwischen allen Stühlen. Denn um emigrieren zu können, benötigten die Flüchtlinge Geld. Mittellose Juden hatten kaum noch eine Chance, im Ausland Aufnahme zu finden.

In der deutschen Bevölkerung war im September 1939 von Kriegsbegeisterung wenig zu spüren; die Schrecken des Ersten Weltkriegs waren noch keineswegs in Vergessenheit geraten. Die nationalsozialistische Führung war daher im Zuge der neuerlichen Kriegsvorbereitungen bemüht, drastische Einschnitte im Lebensstandard zu vermeiden, um die Loyalität der Bevölkerung nicht zu gefährden. Dies war jedoch mit verstärkter Aufrüstung und der Bereitstellung volkswirtschaftlicher Ressourcen für den Krieg nur bedingt vereinbar. Das Deutsche Reich verfügte weder über ausreichende Devisenreserven noch über einen ausgeglichenen Haushalt, zudem fehlte es an Rohstoffen und Arbeitskräften. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei, die dem Reich den Zugriff auf die tschechischen Industriegebiete sicherte, war deshalb von großer wirtschaftlicher Bedeutung für die Überwindung der Engpässe. Auch die Enteignung der jüdischen Bevölkerung wurde ebenso wie ihre Verpflichtung zur Zwangsarbeit oder die Vertreibung aus ihren Wohnungen, die dann Nichtjuden zugeteilt wurden, mit (kriegs-)wirtschaftlichen Notwendigkeiten begründet. Die Propaganda wies ohnehin die Schuld am Krieg „den Juden“ zu und lieferte somit die Legitimierung für deren Entrechtung.⁴⁸

47 Milotová, Zentralstelle (wie Anm. 41); Gabriele Anderl, Die „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 23 (1994), S. 275 – 299.

48 Jutta Sywottek, Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976; Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt a.M. 1996, S. 251 – 255; Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Göttingen 2007, S. 390 – 431; Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die

Mit dem Überfall auf Polen verschärfte die deutsche Staatsführung ihre Politik auf mehreren Ebenen. Terror und ein bis dahin unbekanntes Maß an Gewalt prägten die deutsche Besatzung in Polen. Schon in den ersten Kriegswochen ermordeten Polizei- und Wehrmachtseinheiten zahlreiche Juden und Polen. Die militärische Expansion eröffnete den Planungsstäben des neu gegründeten Reichssicherheitshauptamts, der SS, des Rasse- und Siedlungshauptamts und anderen deutschen Institutionen völlig neue Handlungsoptionen: Die bilateralen Verträge mit der Sowjetunion etwa schufen die Möglichkeit zu groß angelegten Bevölkerungstransfers und Germanisierungsprojekten. Deren Umsetzung erzeugte jedoch schon bald neue Probleme, die Teilrevisionen, sogenannte Zwischenlösungen und immer neue Bevölkerungsverschiebungen zur Folge hatten und damit den Handlungsdruck noch verstärkten. Erleichtert wurde die brutale Vertreibung von Polen und Juden zugunsten deutscher Siedler dadurch, dass sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das Kriegsgeschehen richtete. Internationale Reaktionen auf ihre Verbrechen mussten die deutschen Kriegsherren nun ungleich weniger berücksichtigen als in Friedenszeiten.⁴⁹

Im Zeitraum von September 1939 bis zum Frühjahr 1942 konzipierten verschiedene Institutionen und Behörden im Reich – abgestimmt auf den Kriegsverlauf – zahlreiche Pläne zur „Lösung“ der Judenfrage, die oft nur in Ansätzen erprobt und teilweise wieder zurückgenommen wurden. Obwohl sich die einzelnen Aktionen und Konzepte mitunter zeitlich überlagerten, kann man diese etwa zweieinhalb Jahre in fünf Phasen einteilen:

– In der ersten Phase bis zum Frühsommer 1940 wurden in den besetzten Gebieten unter Federführung der SS Umsiedlungsprojekte in großem Maßstab in Angriff genommen, zugleich organisierte das Reichssicherheitshauptamt die ersten Deportationen von Juden aus dem sogenannten Altreich, dem Protektorat und Österreich in die besetzten polnischen Gebiete.

– Die militärischen Siege in Westeuropa ließen die deutsche Staatsführung zwischen dem Frühsommer und etwa November 1940 erstmals über eine gesamteuropäische „Lösung der Judenfrage“ durch Deportation aller Juden auf die französische Kolonialinsel Madagaskar nachdenken.

– Mit dem Scheitern dieses Projekts und dem Beginn der Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion setzte sich von Ende 1940 an die vage Vorstellung einer „territorialen Endlösung“ durch. Die europäischen Juden sollten nun nicht mehr nach Madagaskar, sondern in die neu zu erobernden Gebiete der Sowjetunion deportiert werden. In dieser Phase tauchte der Begriff der „Endlösung der Judenfrage“ immer häufiger in den Plänen auf, ohne dass damit schon der systematische Massenmord gemeint sein musste. Jedoch war bei beiden „territorialen Lösungen“ der Tod einer großen Zahl von Juden bereits einkalkuliert.

– Die entscheidende Radikalisierung aber erfolgte mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941: Bereits in den ersten Tagen des Vernichtungskriegs begannen Einsatzgruppen und Polizeieinheiten damit, in den besetzten sowjetischen Gebieten Tausende jüdi-

49 Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München u. a. 1998, S. 229 f.; Götz Aly, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a.M. 1998; Klaus-Michael Mallmann/Bogdan Musiał (Hrsg.), Genesis des Genozids. Polen 1939 – 1941, Darmstadt 2004; Jochen Böhrer, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt a.M. 2006. Zu der Entwicklung in Polen siehe ausführlich die Einleitung von VEJ 4.

iche Männer zu erschießen. Im August gingen sie dazu über, auch Frauen und Kinder zu ermorden. In dieser Phase stimmte Hitler zu, die Juden im Reich zu kennzeichnen und sie entgegen seinem ursprünglichen Plan doch schon während des Kriegs in den Osten zu deportieren.

Der vorliegende Band dokumentiert diese Entwicklung bis zum September 1941.

- Vom Herbst 1941 bis zum Frühjahr 1942 konkretisierte sich innerhalb der nationalsozialistischen Führung die Entscheidung zur systematischen Deportation und Ermordung von Millionen europäischen Juden. Dies wird in Band 6 der Edition nachgezeichnet.⁵⁰

Zwischen Kriegsbeginn und Sommer 1940

Nach dem Münchener Abkommen konfrontierte Hitler Polen, das er als Juniorpartner und Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen die Sowjetunion vorgesehen hatte, ultimativ mit seinen Forderungen. Er wünschte unter anderem einen exterritorialen Zugang durch den „Korridor“ zu Ostpreußen, die Eingliederung der Freien Stadt Danzig in das Reich und den Beitritt Polens zum Antikominternpakt. Als die polnische Regierung sich weigerte, ordnete Hitler Anfang April an, mit den Vorbereitungen für den Angriff auf Polen („Fall Weiß“) zu beginnen, und kündigte den Nichtangriffspakt zwischen beiden Ländern auf. Stattdessen wurde nun zur allgemeinen Überraschung im In- und Ausland die zuvor zum großen weltanschaulichen Feind stilisierte Sowjetunion zum Verbündeten Deutschlands, das sich damit den Rücken frei halten wollte. Am 23. August 1939 unterzeichneten die beiden Außenminister, Joachim von Ribbentrop und Wjačeslav M. Molotov, einen Nichtangriffspakt, der ein Geheimes Zusatzprotokoll enthielt, in dem die beiden Länder ihre Einflusssphären in Ostmitteleuropa absteckten und insbesondere Polen untereinander aufteilten.

Als eine Woche später die Wehrmacht Polen überfiel, erklärten Frankreich und Großbritannien dem Reich zwar kurz darauf den Krieg, griffen Deutschland aber nicht an. In den folgenden Wochen besetzten deutsche Truppen rund die Hälfte des polnischen Staatsgebiets.⁵¹

Terror im Reich

Die Möglichkeiten, die der Krieg in Polen bot, entfalteten auch innerhalb des deutschen Reichs eine besondere Dynamik. Bereits im Zuge der Kriegsvorbereitungen hatte das Regime die innenpolitischen Voraussetzungen geschaffen, um im „A-Fall“, dem Angriffs-

⁵⁰ Zu dieser Entwicklung zwischen Herbst 1939 und Frühjahr 1942 siehe etwa Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a.M. 1994; Leni Yahil, *Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden*, München 1998; Longerich, *Politik der Vernichtung* (wie Anm. 49), S. 227–472; Saul Friedländer, *Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 2: 1939–1945, München 2006.

⁵¹ Gerhard L. Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart 1995; Christopher R. Browning, *Die Entfesselung der „Endlösung“*. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, Berlin 2003, S. 34 f.; Richard Overy, *Die letzten zehn Tage. Europa am Vorabend des Zweiten Weltkriegs*, 24. August bis 3. September 1939, München 2009; siehe auch VEJ 4, S. 24 f.

Fall, jeglichen Widerstand zu unterdrücken. Bereits seit 1937 waren neue Konzentrationslager errichtet worden, in denen „Reichsfeinde“ isoliert wurden. Für den Kriegsbeginn schufen die zuständigen Ministerien ein neues, verschärftes Recht. Die bereits im August 1938 erlassene Kriegssonderstrafrechtsverordnung wurde am 1. September 1939 wirksam,⁵² wenige Tage später, am 4. September, folgte die Kriegswirtschaftsverordnung,⁵³ tags darauf die Verordnung gegen Volksschädlinge.⁵⁴ Damit war gewährleistet, dass die Todesstrafe auch bei ungenau definierten Delikten und somit häufiger als zuvor verhängt werden konnte. Ein erheblicher Teil aller Straftaten wurde nun vor Sondergerichten verhandelt. Nachdem in den ersten Kriegswochen deutsche Militärgerichte in Polen versucht hatten, SS-Männer für die dort begangenen Verbrechen zu verurteilen, sicherte Hitler allen SS- und Polizeiangehörigen durch einen geheimen Gnadenerlass vom 17. Oktober 1939 weitgehende Straffreiheit zu, indem er sie einer Sondergerichtsbarkeit unterstellte.⁵⁵

Am 27. September 1939 wurde mit der Zusammenlegung von Sicherheitsdienst (SD) und Sicherheitspolizei (Gestapo und Kripo) das Reichssicherheitshauptamt geschaffen, das nun auch für die besetzten Gebiete zuständig war und seine Kompetenzen dort sehr schnell ausdehnte. Seine Einsatzgruppen gingen gegen die politischen und gesellschaftlichen Eliten Polens vor und terrorisierten die Bevölkerung. Mit dem Reichssicherheitshauptamt schufen Himmler und Heydrich aber auch eine Behörde, die in den Jahren des Kriegs das deutsche Vorgehen gegen die Juden im Reich und in Europa lenkte.⁵⁶

Sofort zu Kriegsbeginn verschärfte das Regime seine antijüdische Politik im Reichsgebiet, oft mit der Begründung, das „provokierende Verhalten“ der Juden erregt jetzt, wo sich das Deutsche Reich im Krieg befinde, Anstoß bei der Bevölkerung und könne nicht geduldet werden. Bereits am 6. September 1939 kündigte die Gestapo zentrale Maßnahmen der zuständigen Ministerien gegen Juden an (Dok. 5). Einen Tag später nahm sie jene polnischen Juden ins Visier, die nicht bereits im Oktober 1938 abgeschoben worden waren.⁵⁷ Heydrich befahl die Inhaftierung sämtlicher männlicher polnischer Juden im Reichsgebiet und deren Unterbringung in Konzentrationslagern (Dok. 6). Einer der etwa 2000 bis 3000 Verhafteten war Leon Szalet. Er erinnerte sich später, wie er zusammen mit anderen polnischen Juden vom Stettiner Bahnhof in Berlin ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht wurde. Kaum waren sie im Zug, wurden die Gefangenen von SS-Männern geschlagen. „Als sich der Zug in Bewegung setzte, war es vorbei mit unserer Beherr-

⁵² RGBl., 1939 I, S. 1455–1457.

⁵³ Ebd., S. 1609–1613.

⁵⁴ Ebd., S. 1679.

⁵⁵ Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 274 f.; Gerhard Werle, *Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich*, Berlin u. a. 1989; siehe auch VEJ 4, S. 28 f.

⁵⁶ Hilberg, *Vernichtung* (wie Anm. 50), S. 292–297; Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 1996, S. 230–249; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

⁵⁷ Yfaat Weiss, *Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940*, München 2000, S. 195–217; Gertrud Pickhan, „Niemandland“. Die Briefe der Greta Schiffmann und das Schicksal einer jüdischen Familie, ausgewiesen aus Dortmund im Oktober 1938, in: *Beiträge zur Geschichte der Stadt Dortmund und der Grafschaft Mark*, 91 (2001), S. 170–201; Jerzy Tomaszewski, *Auftakt zur Vernichtung: die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938*, Osnabrück 2002; siehe auch VEJ 2, S. 51 f.

chung und Widerstandskraft. Männer fingen an zu schluchzen wie Kinder, Verwundete vimmerten vor Schmerzen. Hoffnungslosigkeit, Angst und Verzweiflung ergriffen den ganzen Zug.“⁵⁸

In Wien verhaftete die Gestapo am 10. und 11. September insgesamt 1048 polnische Juden und sperrte sie im Praterstadion ein. Wissenschaftler des Wiener Naturhistorischen Museums führten an 440 Häftlingen rassenanthropologische Untersuchungen durch. Sechs Tage lang vermaßen und fotografierten sie die gefangenen Juden und fertigten Gipsmasken an, um die im Mai 1939 eröffnete Ausstellung „Das seelische und rassische Erscheinungsbild der Juden“ zu ergänzen. Ende September verschleppte die Gestapo diese Juden nach Buchenwald. Im Sommer 1940 waren bereits mehr als zwei Drittel von ihnen nicht mehr am Leben (Dok. 33).⁵⁹

Im Oktober ordnete Himmler an, dass Juden, die einer staatlichen Anweisung nicht nachkämen oder „staatsfeindliches Verhalten“ an den Tag legten, in Konzentrationslagern einzusperren seien (Dok. 20). Am 10. April 1940 verfügte er, dass jüdische KZ-Häftlinge für die Dauer des Kriegs nicht mehr aus den Lagern entlassen werden sollten (Dok. 67). Das System der Konzentrationslager wurde weiter ausgebaut, die Zahl der Häftlinge stieg sprunghaft an. Bereits in der Phase der Kriegsvorbereitung waren mit Mauthausen und Flossenbürg zwei Konzentrationslager an der Peripherie des Deutschen Reichs errichtet worden; im erheblich vergrößerten Machtbereich kamen bis Sommer 1941 Stutthof, Auschwitz, Neuengamme, Natzweiler und Groß-Rosen hinzu.⁶⁰

Vor dem Krieg waren in den Konzentrationslagern nahezu ausschließlich Deutsche und Österreicher inhaftiert gewesen; nun stellten nach der Verhaftung Tausender Polen und Tschechen anhand vorbereiteter Listen schon bald nach Kriegsbeginn Ausländer die Häftlingsmehrheit.⁶¹ Ende 1940 befanden sich etwa 53 000 Gefangene in deutschen Konzentrationslagern. Juden standen auf der untersten Stufe der Häftlingshierarchie und wurden meist den härtesten und gefährlichsten Arbeitskommandos zugeteilt. Von der Stellung des Einzelnen in dieser Hierarchie hing es ab, wie groß die Überlebenschancen waren.⁶²

58 Leon Szalet, Baracke 38. 237 Tage in den „Judenblocks“ des KZ Sachsenhausen, bearb. von Winfried Meyer, Berlin 2006, S. 28.

59 Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938 – 1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt a.M. 2000, S. 196; Claudia Spring, Vermessen, deklassiert und deportiert. Dokumentation zur anthropologischen Untersuchung an 440 Juden im Wiener Stadion im September 1939 unter der Leitung von Josef Wastl vom Naturhistorischen Museum Wien, in: zeitgeschichte, 2, 32. Jg. (2005), S. 91 – 110; Margit Berner, „Judentypologisierung“ in der Anthropologie am Beispiel der Bestände des Naturhistorischen Museums, Wien, in: ebd., S. 111 – 116.

60 Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978; Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hrsg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, 2 Bde., Göttingen 1998; Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999, S. 67 f., 95 – 97.

61 Karel Kašák, Češi v koncentračním táboře Dachau, in: Almanach Dachau. Kytice událostí a vzpomínek, Praha 1946, S. 14 – 22; Detlef Brandes, Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Václav Kural (Hrsg.), Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechisch-slowakische Beziehungen 1938 – 1947, Essen 1994, S. 39 – 56, hier S. 39 – 42.

62 Orth, System (wie Anm. 60), S. 105; Jürgen Matthäus, Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung. Jüdische Häftlinge im System der Konzentrationslager, in: Günter Morsch/Susanne zur Nieden (Hrsg.), Jüdische Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936 – 1945, Berlin 2004, S. 64 – 90; Dieter Pohl, The Holocaust and the Concentration Camps, in: Jane Caplan/Nikolaus Wachsmann

Kurz nach Kriegsbeginn wurde außerdem der erste systematische Massenmord im Reich in Gang gesetzt. Die Tötung von Menschen, die im NS-Staat als „lebensunwert“ galten, war schon seit einiger Zeit geplant worden. Bereits im Frühjahr 1939 hatte die Kanzlei des Führers den Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden gegründet, eine Tarnorganisation, die die Ermordung von Neugeborenen und Kleinkindern mit schweren körperlichen Fehlbildungen, die sogenannte Kinder-Euthanasie, vorbereitete. Am 18. August 1939 führte der Reichsinnenminister die Meldepflicht für solche „missgebildeten“ Neugeborenen ein. Schon nach kurzer Zeit wurde das Mordprogramm auch auf behinderte Erwachsene ausgeweitet. An seiner Ausformulierung waren neben der Kanzlei des Führers das Innenministerium sowie speziell ausgewählte Anstaltsleiter und medizinische Experten beteiligt.⁶³

Ende September begann die Erfassung aller Heil- und Pflegeanstalten, im Oktober der Versand von Patienten-Meldebogen. Vermutlich im selben Monat unterzeichnete Hitler die Ermächtigung zum Massenmord: „Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“⁶⁴ Das Ermächtigungsschreiben wurde auf den 1. September 1939 rückdatiert, um den Krankenmord in einen Zusammenhang mit dem Krieg zu stellen, hatten doch schon im Ersten Weltkrieg Eugeniker vor dessen „volksbiologischen“ Konsequenzen gewarnt: Da im Krieg gerade viele der Gesundesten und Tüchtigsten fielen, drohe die genetische Substanz des Volks Schaden zu nehmen. Derartige Überlegungen keimten nach Beginn des Zweiten Weltkriegs wieder auf und dienten den Befürwortern einer „Ausmerze der Minderwertigen“ als Argument.

In den neu geschaffenen Gauen Danzig-Westpreußen und Wartheland wurden bereits unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen und unabhängig von der zentralisierten „Euthanasie“-Aktion Psychiatriepatienten ermordet. Diese Morde blieben aber auch in dieser frühen Phase nicht auf vormalig polnische Gebiete beschränkt: Pommerns Gauleiter Franz Schwede-Coburg erkannte die Gelegenheit, sich der Kranken in seinem Gau zu entledigen. Er sagte Himmler zu, der neu geschaffenen Waffen-SS mehrere Kliniken zur Verfügung zu stellen, wenn er dafür die Erlaubnis bekomme, die Kranken abtransportieren zu lassen. Die Patienten wurden erschossen, zwei Kliniken zu Kasernen der Waffen-SS umfunktioniert, die drei anderen blieben Nervenheilstätten. Schnell war einigen lokalen Machthabern klar geworden, wie der Krieg ihre Möglichkeiten erweitert hatte.⁶⁵

(Hrsg.), Concentration Camps in Nazi Germany. The New Histories, London u.a. 2010, S. 149 – 166, hier S. 151.

63 Henry Friedlander, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997; Longrich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 49), S. 234 f.; Ernst Klee, „Euthanasie“ im Dritten Reich. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, überarb. Neuauf., Frankfurt a.M. 2010.

64 BAArch, R 3001/4209. Das Dokument ist als Faksimile Friedlander, Weg (wie Anm. 63), vorangestellt.

65 Volker Rieß, Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40, Frankfurt a.M. u.a. 1995; Friedlander, Weg (wie Anm. 63).

Im Reich koordinierte die Kanzlei des Führers die Morde. Sie baute dazu eine Organisation auf, die nach ihrem Sitz in einer Villa in der Tiergartenstr. 4 in Berlin später „T 4“ genannt wurde. Mit Brandenburg an der Havel, Grafeneck, Hartheim bei Linz, Sonnenstein in Pirna, Bernburg an der Saale und Hadamar bei Limburg entstanden im Laufe der Zeit sechs Tötungsanstalten, in denen die Opfer mittels Giftgas erstickt wurden. Am 18. Januar 1940 traf in Grafeneck der erste Transport mit 25 Männern aus der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar ein. Der erste Kranke auf der Liste dieses Transports und damit das erste „Euthanasie“-Opfer im Reich war ein Jude: Ludwig Alexander, geboren am 1. September 1895.⁶⁶

Anfangs war der Ablauf für die jüdischen Kranken offiziell der gleiche wie für die nicht-jüdischen Patienten, wenn auch die Verlegungs- und Tötungsdaten der Juden die Vermutung zulassen, dass bereits in dieser frühen Phase die rassistische Einstufung eine größere Bedeutung hatte als das Krankheitsbild.⁶⁷ Schon bald unterschieden auch die selektierenden Ärzte zwischen Juden und Nicht-Juden. Nicht-jüdische Patienten beurteilten sie nach ihren Heilungschancen und ihrer Arbeitsfähigkeit und verschonten diejenigen, die nicht dauerhaft der Pflege bedurften. War ein Patient hingegen Jude, galt dies bereits als hinreichendes Kriterium, um die Tötung anzuordnen. Im Rückblick ist darin ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur unterschiedslosen Ermordung von Juden gleich welchen Alters, Gesundheitszustands und Geschlechts zu erkennen. Nur die seit Dezember 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt in Bendorf-Sayn zusammengefassten Juden (Dok. 127) wurden noch nicht in dieses Mordprogramm einbezogen. Sie wurden im Jahr 1942 zusammen mit den Koblenzer Juden deportiert und ermordet.⁶⁸

Am 15. April 1940 wies Herbert Linden, der für die „Euthanasie“ zuständige Referatsleiter in der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums, die örtlichen Gesundheitsämter an, sämtliche jüdischen Patienten zu erfassen. Vom Juni 1940 an wurden diese in die „Euthanasie“-Anstalten gebracht und dort ermordet. Zur Tarnung erhielten nachfragende Angehörige die Auskunft, dass die Patienten in die Anstalt in Cholm (Chełm) im Distrikt Lublin im Generalgouvernement gebracht worden seien. Von dort wurden auch die Todesurkunden verschickt. Die Anstalt Cholm existierte aber schon nicht mehr, die polnischen Patienten waren bereits im Januar 1940 getötet worden. Die Täuschung diente unter anderem der Bereicherung: Die Reichsvereinigung der Juden musste fingierte Rechnungen für die angeblich monatelange Verpflegung von 1050 tatsächlich längst ermordeten Patienten begleichen.

Die Vertreter der Reichsvereinigung gerieten in eine geradezu tragische Situation: Obwohl einige von ihnen offenbar von der Ermordung der jüdischen Patienten wussten, waren sie doch gezwungen, für die Rechnungen aufzukommen. Conrad Cohn, der Leiter der Fürsorgeabteilung, unterrichtete noch im August 1941 die Bezirksstellen der Reichs-

vereinigung über diese Pflicht (Dok. 201). Keine zwei Monate später verfasste er eine Notiz für Paul Eppstein, den Sozialreferenten der Reichsvereinigung: „Die bisher hier vorliegenden Rechnungen beziehen sich auf rund 1100 Patienten, von denen 1050 bei Rechnungsstellung verstorben waren.“⁶⁹

Im Protektorat Böhmen und Mähren war die Mehrheit der jüdischen Patienten von der „Euthanasie“ nicht betroffen. Sie wurden aber auch dort von den Übrigen abgesondert. Vom Herbst 1939 an sollten sie nur noch in neuen sogenannten Juden-Abteilungen betreut werden. Die Anstaltsleitung in Iglau ging gar so weit, dass sie für jüdische Patienten eigene Toiletten und Waschbecken vorsah und deren Geschirr separat abwaschen ließ (Dok. 262). Nach der Auflösung dieser Heil- und Pflegeanstalt kamen ihre jüdischen Patienten 1940 ebenso wie die meisten anderen vor allem in zwei Anstalten unter: die böhmischen Patienten in der Landesanstalt in Prag-Bochnitz, die mährischen 1941 in der Landesanstalt in Kremsier. Daneben waren jüdische Patienten in kirchlichen Kliniken sowie in den von der Jüdischen Kultusgemeinde in Prag betriebenen Hospitälern untergebracht. Die meisten wurden später deportiert und ermordet.⁷⁰

Die jüdische Selbstverwaltung

Die Hauptaufgabe der jüdischen Institutionen, die Auswanderung möglichst vieler Juden zu organisieren, war nach Kriegsbeginn kaum mehr zu erfüllen. Auch die Versorgung der verarmten Bevölkerung gestaltete sich immer schwieriger. Mit diesen grundsätzlichen Problemen hatten die in Berlin ansässige Reichsvereinigung der Juden in Deutschland sowie die Israelitische bzw. die Jüdische Kultusgemeinde in Wien und Prag gleichermaßen zu kämpfen. Zudem mussten sie bei der Umsetzung antijüdischer Maßnahmen mitwirken. Die jüdischen Organisationen standen dabei unter strikter Kontrolle der Gestapo und des SD bzw. des neu geschaffenen Reichssicherheitshauptamts.

Eichmann bestellte die Leiter der drei jüdischen Institutionen in Berlin, Wien und Prag mehrfach zu gemeinsamen Treffen in die Reichshauptstadt und sorgte auch dafür, dass sie sich gegenseitig unterwiesen. Seitdem er im Frühjahr 1938 die Israelitische Kultusgemeinde Wien unter Vorsitz von Dr. Josef Löwenherz so reorganisiert hatte, dass sie im Wesentlichen seine Anweisungen umsetzte, galt ihm diese Art der bevormundeten Selbstverwaltung als Modell für den Umgang auch mit anderen jüdischen Organisationen. Die Reichsvereinigung war im Februar 1939 aus der zuvor amtierenden Reichsvertretung gebildet worden, ein Schritt, der im Juli 1939 mit der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz gesetzlich verankert wurde. Jeder Jude musste diesem Dachverband nun angehören, bei dessen Entscheidungen die Gemeinden und Bezirksstellen der Reichsvereinigung

⁶⁶ IfZ/A, NO-3356; Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 430; Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ 1890–1945, Göttingen 1987; Brigitte Kepplinger/Gerhart Marckhgott/Hartmut Reese (Hrsg.), Tötungsanstalt Hartheim, 2. erw. Auflage, Linz 2008.

⁶⁷ Annette Hinz-Wessels, Jüdische Opfer der „Aktion T4“ im Spiegel der überlieferten „Euthanasie“-Krankenakten im Bundesarchiv, in: Maike Rotzoll u. a. (Hrsg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart, Paderborn u. a. 2010, S. 143–146.

⁶⁸ Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 418–448.

⁶⁹ Dr. Conrad Israel Cohn, Notiz für Herrn Dr. Eppstein, 2.10.1941, BAArch, R 8150/7, Bl. 221; Beate Meyer, Der Traum von einer autonomen jüdischen Verwaltung: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Auswanderer und Zurückbleibende in den Jahren 1938/39–1941, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia, „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010, S. 21–38, hier S. 27.

⁷⁰ Tomáš Fedorovič, Jüdische geisteskranken Patienten aus dem Protektorat Böhmen und Mähren zwischen nationalsozialistischer „Euthanasie“ und Holocaust (1939–1945), in: Michal Šimůnek/Dietmar Schulze (Hrsg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie“ im Reichsgau Sudetenland und Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1945, Prag 2008, S. 199–236.

kein Mitspracherecht hatten. Personell brachte die Umstrukturierung kaum Veränderungen mit sich.⁷¹

Auf die Entscheidungen der Behörden hatten die jüdischen Selbstverwaltungsorganisationen keinen nennenswerten Einfluss. Gleichwohl mussten sie sich gegenüber der jüdischen Bevölkerung rechtfertigen, wenn sie die Anordnungen der Gestapo gewissenhaft erfüllten, damit diese keine Notwendigkeit sah, selbst einzugreifen. Ihre Situation ist mit derjenigen vergleichbar, in der sich die Judenräte im besetzten Osteuropa befanden. Um Schlimmeres zu verhindern, sahen sie sich zur Kooperation gezwungen.

Moritz Fleischmann, Mitarbeiter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, berichtete, dass für deren Leiter Josef Löwenherz „jeder Weg zu Eichmann [...] ein Canossagang“ gewesen sei.⁷² Über Paul Eppstein, einen der führenden Vertreter der Reichsvereinigung, schrieb einer seiner Mitarbeiter rückblickend: „Eppstein, der der Verbindungsmann zur Gestapo war, kam jedes Mal schweißbedeckt von der Unterredung dort zurück.“⁷³ Ähnlich erinnert sich Berthold Simonsohn, der für die jüdische Wohlfahrt in Stettin und Hamburg arbeitete: „Niemals wußte Eppstein, ob er, wenn er zur Gestapo gerufen wurde, zurückkehren würde, und stets trug er eine Dose Zyankali bei sich, um der Qual ein Ende zu machen, wenn man ihn zu Dingen zwingen wollte, die er mit seinem Gewissen und seinem Verantwortungsgefühl der jüdischen Gesamtheit gegenüber nicht vereinbaren konnte.“ Ständig neue, willkürliche Anordnungen oder plötzliche Verhaftungen bedeuteten auch für die weniger prominenten Mitarbeiter der Reichsvereinigung eine ungeheure Belastung. „Jeder wusste damals, daß auch seine Stunde eines Tages schlagen würde.“⁷⁴

In welchem Dilemma die jüdischen Funktionäre steckten, mag das Beispiel Paul Eppsteins auch in anderer Hinsicht verdeutlichen. Dieser war 1933 gemeinsam mit seiner Frau Hedwig von Mannheim nach Berlin gezogen. Er bemühte sich um eine reibungslos funktionierende jüdische Verwaltung und sah sich, wie viele seiner Mitstreiter, so sehr in der

71 Avraham Barkai/Paul Mendes-Flohr, *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 4: *Aufbruch und Zerstörung 1918 – 1945*, München 1997, S. 338 – 342; Anderl, „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ (wie Anm. 47), S. 297; Meyer, *Traum* (wie Anm. 69), S. 26 – 32; siehe auch VEJ 2, S. 60 – 62.

72 Zeugenaussage Moritz Fleischmann im Eichmann-Prozess, 26.4.1961, zit. nach: David Cesarani, *Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder. Biografie*, Berlin 2004, S. 89; Rabinovici, *Instanzen* (wie Anm. 59), S. 82 – 85; zu Prag siehe Margalit Shlain, *Jakob Edelsteins Bemühungen um die Rettung der Juden aus dem Protektorat Böhmen und Mähren vom Mai 1939 bis Dezember 1939*, in: TSD, 10 (2003), S. 71 – 94, hier S. 78 f.; Ruth Bondy, „Elder of the Jews“. Jakob Edelstein of Theresienstadt, New York 1981.

73 Kurt Goldmann, *Hechaluz und Jugendaliyah in Deutschland von 1936 bis Ende 1939*, YVA, 01/204, Bl. 6, zit. nach: Meyer, *Traum* (wie Anm. 69), S. 29. Zur Geschichte der Reichsvereinigung siehe Herbert Strauss, *Jewish Autonomy within the Limits of National Socialist Policy. The Communities and the Reichsvertretung*, in: Arnold Paucker, *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933 – 1943*, Tübingen 1986, S. 125 – 152; Otto Dov Kulka, *The Reichsvereinigung and the Fate of the German Jews, 1938/1939 – 1942*, in: ebd., S. 353 – 363; Beate Meyer, *Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die jüdische Gemeinde zu Berlin 1938 – 1945*, in: dies./Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938 – 1945*, Berlin 2000, S. 291 – 338; dies., *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939 – 1945)*, Göttingen 2011.

74 Berthold Simonsohn, *Sein Andenken wird weiterleben*, in: *Jüdische Sozialarbeit*, Nr. 3/4 vom 18.9.1959, Jg. 4, S. 23 – 26, Zitat S. 24. Der Nachruf wurde bereits 1945 verfasst.

Verantwortung, dass er die Gelegenheit zur Emigration verstreichen ließ. Sein Bruder Lothar und dessen Frau Paula gelangten über Frankreich und Lissabon in die USA. Auf dessen Vorwurf, das Aufschieben der Auswanderung sei verantwortungslos, antwortete Hedwig Eppstein: „Ziemlich das Gegenteil ist bei P. der Fall. Du kennst ihn ja auch in dieser Beziehung gut genug, um zu wissen, daß P. nicht um Essen und Schlafen willen arbeiten kann. Das ist bei ihm undenkbar. Für ihn muß Arbeit in einem größeren Zusammenhang stehen, und daß dieser hier in unserer Situation gegeben ist, ist klar. Das Schwere einer Arbeit mindert doch nicht das Erlebnis ihres Wertes.“ Hedwig Eppstein selbst organisierte im Rahmen der Jugendaliyah die Ausreise junger Juden nach Palästina. Sie wäre vielleicht gern gegangen, wie sie ihrem Schwager schrieb: „Ich hätte keine Bedenken gegen ein etwas freudigeres Leben.“⁷⁵

Doch das Ehepaar blieb und stellte sich Aufgaben, die im Grunde gar nicht erfüllbar waren. Paul Eppstein musste jedes Vorhaben und sämtliche Ausgaben mit dem Reichsicherheitshauptamt absprechen, das beständig auf Einsparungen drängte. Als er sich weigerte, einen unsicheren Schiffstransport im Rahmen der illegalen – weil von der britischen Mandatsmacht verbotenen – Palästina-Auswanderung zu unterstützen, wurde er dafür selbst in „Schutzhaft“ genommen. Eine Verhandlung über seine Haft im Geheimen Staatspolizeiamt musste er selbst protokollieren (Dok. 128). Nach seiner Entlassung durfte Eppstein keine Auswanderungsangelegenheiten mehr bearbeiten. So machte das Reichsicherheitshauptamt den jüdischen Funktionären klar, wie abhängig sie waren. Gleichzeitig setzte es sie ständig dazu ein, neue Verordnungen bekannt zu geben, die ersten Deportationen oder die Zwangsumzüge in „Judenhäuser“ zu organisieren sowie statistische Daten über die jüdische Bevölkerung zu erheben.

Die Reichsvereinigung sowie die Kultusgemeinden in Wien und Prag mussten die Kinder- und Altenheime sowie öffentliche Küchen für Bedürftige unterhalten und die Versorgung mittelloser Kranker gewährleisten. Infolge der wachsenden Verarmung und der durch die Auswanderung vor allem jüngerer Juden hervorgerufenen prozentualen Zunahme älterer Menschen wurden immer mehr Hilfgelder benötigt. Ende 1939 erhielten 52 000 Personen, mehr als ein Viertel der jüdischen Bevölkerung im Reich, Unterstützung durch die Reichsvereinigung.⁷⁶ Die Leiterin der Abteilung Allgemeine Wohlfahrtspflege, Hannah Karminski, schilderte im November 1939 den Zwiespalt auswanderungswilliger Juden, „die uns vor ihrer Auswanderung noch ihre letzte, größte Sorge anvertrauten: die allein zurückbleibende Mutter oder – seltener – den alten Vater. Immer geschah es mit dem Vorsatz, die Alten sobald wie möglich nachzuholen, aber zunächst mußten sie allein bleiben.“⁷⁷ Hannah Karminski konnte, als sie diese Zeilen schrieb, nicht wissen, dass es den meisten älteren Juden nicht mehr gelingen würde, Deutschland zu verlassen, und ihr selbst auch nicht. Sie wurde im Dezember 1942 nach Auschwitz deportiert und dort im Alter von 45 Jahren ermordet.⁷⁸

75 Brief von Hedwig Eppstein an Lothar und Paula Eppstein vom 21.9.1938, Stadtarchiv Mannheim, Nachlass Eppstein, Zug. 27/2002, Nr. 11.

76 Wolf Gruner, *Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat 1933 bis 1942*, München 2002, S. 245; Gudrun Maierhof, *Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933 – 1943*, Frankfurt a.M. u.a. 2002, S. 174 f.

77 Hanna(h) Sara Karminski, *Die Jüdische Winterhilfe beginnt*, in: *Jüdisches Nachrichtenblatt* (Berliner Ausg.), Nr. 88 vom 3.11.1939, S. 1.

78 Meyer, *Gratwanderung* (wie Anm. 73), S. 299.

Die jüdischen Institutionen versuchten außerdem, Bildungs- und Kultureinrichtungen aufrechtzuerhalten. Bei Kriegsbeginn waren zunächst sämtliche Veranstaltungen des Jüdischen Kulturbunds verboten worden, doch noch im September 1939 wurden sie wieder aufgenommen, wenn auch in eingeschränktem Umfang (Dok. 14). Der Kulturbund verfügte in einigen Großstädten über Zweigstellen, von denen diejenige in Frankfurt am Main besonders aktiv war. Doch fanden außerhalb Berlins meist nur noch kleinere Veranstaltungen und Filmvorführungen sowie Gastspiele Berliner Künstler statt. Am 11. September 1941 löste die Gestapo die Organisation auf.⁷⁹

Erste Deportationen

Am 6. Oktober 1939 kündigte Hitler im Reichstag „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ im östlichen Europa an. Eine groß angelegte „Umsiedlung der Nationalitäten“ sollte „Ruhe und Ordnung“ im Verhältnis zum neuen Bündnispartner Sowjetunion gewährleisten.⁸⁰ Um die deutsche Herrschaft in den gerade erst eroberten Gebieten langfristig zu sichern, beabsichtigte Hitler, Angehörige der deutschstämmigen Minderheiten aus dem Ausland im großen Stil dort anzusiedeln. Die praktische Durchführung dieses Programms zur „Festigung deutschen Volkstums“ übertrug er am darauf folgenden Tag Reichsführer-SS Heinrich Himmler (Dok. 18).

Noch im Oktober teilte Hitler den eroberten Raum auf. In das Deutsche Reich eingegliedert wurden die neu geschaffenen Gaue Danzig-Westpreußen und Wartheland, das östliche Oberschlesien wurde in den Gau Schlesien integriert und der Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) Ostpreußen angeschlossen. Die Polizeigrenze zwischen dem ehemaligen Polen und dem Reich blieb jedoch – mit verändertem Verlauf – bestehen, wodurch unter anderem eine unkontrollierte Migration polnischer Staatsbürger aus den eingegliederten Gebieten ins Altreich unterbunden werden sollte. Das übrige eroberte polnische Gebiet wurde am 26. Oktober 1939 als Generalgouvernement mit Gouverneur Hans Frank an der Spitze zu einem nicht näher definierten kolonialen Nebenland. Hierhin sollten nun auch die „unerwünschten Elemente“ aus dem Reich einschließlich der neu eingegliederten Gebiete abgeschoben werden, um auf diese Weise Platz für die Ansiedlung der sogenannten Volksdeutschen zu schaffen. Bereits Ende September hatten das Reich und die Sowjetunion einen groß angelegten Bevölkerungsaustausch vereinbart; Millionen Deutsche, die im Zuge der Besetzung Ostpolens oder der baltischen Staaten unter sowjetische Herrschaft gefallen waren, sollten „heim ins Reich“ geholt werden. Weiteren Handlungsdruck schuf Himmlers Plan, die etwa 200 000 Südtiroler ins Deutsche Reich umzusiedeln. Am 21. Oktober 1939 schlossen Hitler und Mussolini ein Abkommen, dem zufolge sich die deutschsprachige Mehrheitsbevölkerung in Südtirol zwischen der Auswanderung ins Deutsche Reich oder dem Verbleib in Südtirol unter Aufgabe der

79 Herbert Freedon, *Jüdisches Theater in Nazideutschland*, Tübingen 1964, S. 150–169; Volker Dahm, *Kulturelles und geistiges Leben*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 75–267, hier S. 244–257; Sylvia Rogge-Gau, *Die doppelte Wurzel des Daseins. Julius Bab und der Jüdische Kulturbund Berlin*, Berlin 1999; Stephan Stompor, *Jüdisches Musik- und Theaterleben unter dem NS-Staat*, Hannover 2001, S. 160–172.

80 Siehe VEJ 4/12.

deutschen Kultur und Sprache entscheiden musste. Über 85 Prozent der Befragten optierten für die Umsiedlung ins Reich; es war allerdings gar nicht geklärt, wo sie angesiedelt werden sollten.⁸¹

Noch bevor detaillierte Pläne dafür ausgearbeitet waren, stand fest, dass im Zuge der Umsiedlungen auch große Teile der jüdischen Bevölkerung aus dem Reichsgebiet abgeschoben werden sollten. In einer Besprechung von Amts- und Einsatzgruppenleitern am 21. September 1939 verkündete Reinhard Heydrich die Zustimmung Hitlers zur Deportation.⁸²

Mit deren Organisation wurde Adolf Eichmann, der die Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien und Prag leitete, beauftragt. Am 6. Oktober 1939 erhielt Eichmann von Gestapochef Heinrich Müller den Auftrag, die Umsiedlung von Juden aus Kattowitz und Mährisch-Ostrau ins Generalgouvernement einzuleiten. Eichmann entschied darüber hinaus, auch die Wiener Juden mit einzubeziehen, wofür ihm der dortige Gauleiter Josef Bürckel bereitwillig die Vollmacht erteilte. Während im Altreich die Staatspolizeistellen für die Deportationen zuständig waren, übernahm in Wien die Zentralstelle für jüdische Auswanderung diese Aufgabe (Dok. 24).⁸³

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien musste assistieren und mitunter sogar die Deportationslisten selbst zusammenstellen sowie die Betroffenen verständigen. Die Vertreter der Kultusgemeinde betonten immer wieder, „dass die Mitwirkung der Kultusgemeinde bei diesen Aktionen nicht ihrer Initiative entsprang und einzig und allein von der Absicht geleitet war, die Nominierung der Teilnehmer an den Transporten und die Durchführung der letzteren selbst unter möglicher Vermeidung von Härten zu bewirken“. Dennoch zog die Kultusgemeinde durch ihre Rolle die Kritik vieler Wiener Juden auf sich.⁸⁴

Vom 18. Oktober 1939 an wurden in fünf Transporten etwa 5000 Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz in das Gebiet um Nisko am San bei Lublin im deutsch besetzten Teil Polens verschleppt. Die ersten aus Mährisch-Ostrau deportierten Juden erhielten in Zarzecze bei Nisko den Befehl, ein Barackenlager zu bauen. Die nicht Arbeitsfähigen wurden ebenso wie die meisten Wiener Juden in Richtung Osten vertrieben und ihrem Schicksal überlassen. Manche blieben in der Region, andere überquerten die Demarkationslinie in den von der Sowjetunion besetzten Teil Polens, wo die sowjetischen Behörden viele von ihnen aufgriffen und in Arbeitslager brachten.⁸⁵

81 Siehe VEJ 4, S. 30 f.; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 29–135.

82 Besprechungsprotokoll vom 27.9.1939, in: Tatiana Berenstein, Adam Rutkowski, *Dokument o konferencji w Urzędzie Policji Bezpieczeństwa z 21 IX 1939 r.*, in: BŻIH, 1964, H. 1 (49), S. 68–73. Siehe auch VEJ 4/12.

83 Hans Safrian, Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt a.M. 1995, S. 72–86; Browning, *Entfesselung* (wie Anm. 51), S. 65–69; Gabriele Anderl/Dirk Rupnow, *Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution*, Wien u.a. 2004, S. 264.

84 Schreiben IKG Wien an Siegmund Flieger vom 7.1.1940, CAHJP, AW 2747, Kopie: Archiv der IKG Wien, MF W 1, fr. 126; Andrea Löw, *Die frühen Deportationen aus dem Reichsgebiet von Herbst 1939 bis Frühjahr 1941*, in: Heim/Meyer/Nicosia (Hrsg.), *Deutsche Juden 1938–1941* (wie Anm. 69), S. 59–76.

85 Seev Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939, in: VfZ, 29 (1981), S. 74–96; Jonny Moser, „Nisko“. *The First Experiment in Deportation*, in: *The Simon Wiesenthal Center Annual*, 2 (1985), S. 1–30. Von den in Zarzecze bei Nisko festgehaltenen jüdischen Männern kehrten im April 1940 nach Auflösung des Lagers 198 nach Wien zurück, von den 1291 Männern aus Mährisch-Ostrau waren es 460; Alfred Gottwald/Diana Schulle, *Die „Judentransporte“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945*, Wiesbaden 2005, S. 21–22.

Einer der jüdischen Funktionäre, der die Transporte im Herbst 1939 begleiten musste, war Jakob Edelstein. Im Jahr 1903 im galizischen Hodorenka geboren, war er während des Ersten Weltkriegs mit seiner Familie ins mährische Brünn gekommen, wo er von 1926 an in zionistischen Organisationen aktiv war. Seit 1933 leitete er das Prager Palästina-Amt, das die Ausreise ins britische Mandatsgebiet zu organisieren versuchte. Nachdem er die Bedingungen in Nisko gesehen hatte, setzte er alles daran, den Juden im Protektorat eine Deportation in den Osten zu ersparen, überzeugt davon, dass die meisten von ihnen dies nicht überleben würden. Er verfasste einen Bericht über seine Erfahrungen, der gemeinsam mit Aussagen geflohener Juden die Grundlage für einen Artikel in der britischen Tageszeitung *The Times* bildete. Darin hieß es schon im Dezember 1939 über das Vorhaben, in der Gegend bei Lublin ein Reservat zu errichten, es handele sich um einen „Ort, der eindeutig der schrittweisen Vernichtung dienen soll und nicht etwa als *Lebensraum*, wie es die Deutschen nennen würden“ (Dok. 38).⁸⁶

Die Wiener Behörden waren davon ausgegangen, dass 65 000 Juden deportiert würden. Doch schon der für den 31. Oktober 1939 geplante dritte Wiener Transport fuhr nicht mehr ab. Gestapo-Chef Müller hatte angeordnet, dass sämtliche Transporte künftig von seiner Dienststelle genehmigt werden müssten, und am 21. Dezember gab er bekannt, Himmler habe die Fortführung der Deportationen „bis auf weiteres“ untersagt (Dok. 40).⁸⁷ Für den Reichsführer-SS, der seit Oktober 1939 zugleich als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums fungierte, hatte die Umsiedlung der Einwohner aus den annektierten polnischen Gebieten und die Ansiedlung von „Volksdeutschen“ Vorrang. Eichmann wechselte kurz darauf nach Berlin, wo er das Referat IV D 4 (Räumungsangelegenheiten und Reichszentrale für jüdische Auswanderung) im Reichssicherheitshauptamt leitete, das ab sofort die Deportationen koordinieren sollte.⁸⁸

Am 30. Januar 1940 gab Heydrich auf einer Besprechung im Reichssicherheitshauptamt bekannt, dass Mitte Februar „1000 Juden aus Stettin, deren Wohnungen aus kriegswirtschaftlichen Gründen dringend benötigt werden, geräumt und gleichfalls ins Generalgouvernement abgeschoben werden“ sollten.⁸⁹ Die erste Deportation von Juden aus dem Altreich betraf am 12. Februar 1940 fast die gesamte Jüdische Gemeinde in Stettin. Genaue Richtlinien regelten die Vertreibung bis ins Detail (Dok. 52). Laut einer Deportationsliste, welche die Verschleppten später im Distrikt Lublin anfertigen mussten, wurden 1120 Menschen aus dem Regierungsbezirk Stettin nach Lublin verschleppt. Den Weg von dort nach Głusk, Bełzyce und Piaski mussten sie zu Fuß oder im Schlitten zurücklegen. Einige erfroren unterwegs. Im Laufe des nächsten Monats fielen weitere Deportierte der Kälte und Unterernährung zum Opfer. Ende Februar wurden etwa 160 Juden aus Schneidemühl deportiert, allerdings offenbar nicht in den Distrikt Lublin, sondern unter ande-

rem in Umschulungslager in Rietz-Neuendorf bei Fürstenwalde und Radinkendorf in Brandenburg.⁹⁰

Die Reichsvereinigung der Juden hatte bei der zweiten Deportation aus Pommern auszuhandeln können, dass die Zahl der Betroffenen um 150 Personen herabgesetzt wurde. Wenig später erfuhr sie von Plänen, die rund 1000 ostfriesischen Juden in den Distrikt Lublin abzuschicken. Max Plaut, der die Bezirksstelle Nordwestdeutschland der Reichsvereinigung leitete, konnte gemeinsam mit den Gemeindevorstehern vor Ort die Gestapo davon überzeugen, die Juden nicht zu deportieren, sondern innerhalb von drei Wochen umzuquartieren, so dass ihre Wohnungen frei würden. Die meisten zogen nach Berlin, Hannover und Hamburg.⁹¹

Die Schweizer Presse berichtete über die Transporte aus Pommern (Dok. 53), was im Auswärtigen Amt Besorgnis auslöste. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker fragte nach, ob es korrekt sei, dass die Deportationen aus Stettin den Auftakt zu umfassenden Abschiebungen darstellten. Er bekam aus dem Reichssicherheitshauptamt die Auskunft, es habe sich um eine Einzelaktion mit dem Ziel gehandelt, Wohnraum für umgesiedelte Baltendeutsche zu schaffen.⁹²

Am 23. März 1940 untersagte Göring weitere Transporte von Juden aus dem Reich. Da sich die Regierung des Generalgouvernements unter Hans Frank immer heftiger gegen die Abschiebungen in ihr Hoheitsgebiet wehrte, musste der Plan eines „Judenreservats“ im Raum Lublin ad acta gelegt werden. Auch die Sowjetunion war nicht bereit, Juden zu übernehmen. Offensichtlich hatten Eichmann und Stahlecker im Rahmen des deutsch-sowjetischen Bevölkerungsaustauschs von 1939/40 der sowjetischen Umsiedlungskommission entsprechende Vorschläge gemacht. Nach der Einstellung der Deportationen in den Distrikt Lublin hatte Eichmann die Idee, die deutschen, österreichischen und tschechischen Juden in die Sowjetunion auswandern zu lassen oder zu vertreiben (Dok. 48). Diese Überlegungen blieben aber ohne Ergebnis.⁹³

Dieser erste Versuch, Juden aus dem Reich massenhaft in den Osten abzuschicken, scheiterte – vor allem, weil nicht eindeutig geklärt war, wie in Zukunft mit dem Generalgouvernement umgegangen werden sollte. Überall drängten nun die regionalen deutschen Machthaber in den eingegliederten und den besetzten Gebieten darauf, „ihre“ Juden möglichst bald „loszuwerden“. Vorerst blieb jedoch offen, wie und wohin.

⁸⁶ Bondy, „Elder of the Jews“ (wie Anm. 72), S. 149–165; Livia Rothkirchen, Zur ersten authentischen Nachricht über den Beginn der Vernichtung der europäischen Juden, in: TSD, 9 (2002), S. 338–340; Shlain, Jakob Edelsteins Bemühungen (wie Anm. 72), S. 71–94, hier S. 81–84.

⁸⁷ Himmler an Bürckel am 9.11.1939, ÖStA/AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2315/6, Bl. 25; Runderlass RSHA (S-IV II Rz) vom 21.12.1939, zit. nach: Wolf Gruner, Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland. Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945, Göttingen 2004, S. 21–62, hier S. 34, 36.

⁸⁸ Browning, Entfesselung (wie Anm. 51), S. 72–90; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 60–92.

⁸⁹ VEJ 4/82.

⁹⁰ Die Namensliste der 1940 aus dem Regierungsbezirk Stettin deportierten Juden. Mit einer Einleitung zum Geschehen und zum Dokument von Wolfgang Wilhelmus, Rostock 2009; Gottwaldt/Schulle, „Judendeportationen“ (wie Anm. 85), S. 35.

⁹¹ Meyer, Traum (wie Anm. 69), S. 33.

⁹² Christopher R. Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943, Darmstadt 2010, S. 36 f.

⁹³ Pavel Polian, Hätte der Holocaust beinahe nicht stattgefunden? Überlegungen zu einem Schriftwechsel im Wert von zwei Millionen Menschenleben, in: Johannes Hürter/Jürgen Zarusky (Hrsg.), Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. München 2008, S. 1–10.

Verbote, Zwangsarbeit und „Judenhäuser“

Die ersten Deportationsexperimente waren gescheitert, die Juden blieben im Reich und im Protektorat. Eine Vielzahl von Vorschriften reglementierte den jüdischen Alltag bis ins kleinste Detail. Lebensmittelrationen wurden für Juden gekürzt, und als es Goebbels Mitte November 1939 einfiel, an sie keine Lebensmittelmarken mehr für den Kauf von Schokoladenprodukten auszugeben, erließ das Reichsernährungsministerium zwei Wochen später, am 2. Dezember 1939, eine entsprechende Verfügung. Hinzu kam, dass sie schon bald nur noch zu festgelegten Zeiten und in bestimmten Geschäften einkaufen durften. Wenn der Einkauf, wie in Breslau, nur mitten am Tag erlaubt war, stellte dies erwerbstätige Frauen vor Probleme. War die Einkaufszeit auf den späten Nachmittag beschränkt, mussten sie nach Feierabend von einem Laden zum anderen hetzen, konnten häufig nicht alles in der erlaubten Stunde erledigen oder standen vor leer gekauften Regalen. In München bekamen Juden Geschäfte zugewiesen, die in weit entfernten Stadtteilen lagen, so dass sie seit Mitte 1941, als sie die Straßenbahnen nicht mehr benutzen durften, kilometerlange Strecken zu Fuß zurücklegen mussten. An manchen Geschäften hingen Schilder mit der Aufschrift „Mangelware wird an Juden nicht abgegeben“. Auch Bezugscheine für Schuhe und Kleidung bekamen Juden nur eingeschränkt oder gar nicht.⁹⁴

Im Protektorat führten sowohl deutsche als auch tschechische Behörden in rascher Folge ähnliche Maßnahmen wie im Altreich und in Österreich ein, und manchen brachte die Häufung der Verbote zur Verzweiflung. Max Mannheimer, der in der Nähe des Kurorts Luhatschowitz Zwangsarbeit im Straßenbau verrichtete, notierte in seinem Tagebuch: „Mein Quartier während der Woche ist eine Bretterbude hinter dem Geräteschuppen. Von da aus gehe ich trotz der 20-Uhr-Sperre und des Verbotes, die Anlagen zu betreten, in den Kurpark. Ich zähle die Verbotsschilder ‚Für Juden verboten‘. Es sind sechs an der Zahl. Später, gegen elf, reiße ich alle Verbotsschilder aus dem Boden und werfe sie teils ins Gebüsch, teils in einen Bach. Mein ganzer Mut war vergebens. Am nächsten Abend waren alle Schilder wieder da. Ein zweites Mal brachte ich den Mut nicht auf. Ich bin eben kein Held.“⁹⁵

Manchmal wussten die Leute gar nicht, was erlaubt war und was nicht. Wenn die Anordnungen und Verbote überhaupt veröffentlicht wurden, dann im Jüdischen Nachrichtenblatt, das in verschiedenen Ausgaben in Berlin, Wien und Prag erschien. Sowohl das Propagandaministerium als auch das Reichssicherheitshauptamt zensurierten die Zeitung.⁹⁶

Die Ausbeutung der Juden wurde zweigleisig fortgesetzt, durch Ausraubung sowie durch Nutzung ihrer Arbeitskraft. Aus ihren Berufen waren die Juden bereits weitgehend verdrängt worden, Gewerbebetriebe hatten sie aufgeben müssen.⁹⁷ Nun versuchte der Fis-

94 Peter Hanke, Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945, München 1967, S. 274; Marion Kaplan, Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland, Berlin 2001, S. 216–220; Abraham Ascher, A Community under Siege. The Jews of Breslau under Nazism, Stanford 2007.

95 Mannheimer, Spätes Tagebuch (wie Anm. 20), S. 37 f.

96 Ruth Bondy, Chronik der sich schließenden Tore. Jüdisches Nachrichtenblatt – Židovské listy (1939–1945), in: TSD, 7 (2000), S. 86–106; Clemens Maier, Das Jüdische Nachrichtenblatt 1938–1943. Instrument der Verfolgung und Mittel der Selbstbehauptung, in: Eleonore Lappin/Michael Nagel (Hrsg.), Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstel-

kus, sich nahezu ihr sämtliches Vermögen anzueignen. Zum 15. November 1939 erhöhte der Reichsfinanzminister die sogenannte Judenvermögensabgabe (Dok. 25), die den Juden nach dem Novemberpogrom 1938 als „Sühneleistung“ auferlegt worden war.⁹⁸ Von Dezember 1940 an waren Juden außerdem zur Zahlung einer „Sozialausgleichsabgabe“ verpflichtet. Ihr Restvermögen lag auf Sperrkonten, nur über einen festgelegten Betrag durften sie monatlich verfügen.⁹⁹

Im September und Oktober 1939 setzten Vertreter verschiedener Ministerien, des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Reichssicherheitshauptamts die vor dem Krieg begonnene Diskussion über die formale Einführung der – ohnehin bereits praktizierten – Zwangsarbeit für Juden fort.¹⁰⁰ Durch die Rüstungsanstrengungen und die Einberufungen hatte sich der notorische Arbeitskräftemangel im Reich erheblich zugespitzt. Die nationalsozialistische Führung versuchte dieses Problem einerseits durch den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, andererseits durch Zwangsarbeit von Juden zu lösen.¹⁰¹ Im Frühjahr 1940 wurde der Kreis derer, die dazu herangezogen wurden, ausgeweitet. Alle jüdischen Männer zwischen 18 und 55 sowie die Frauen zwischen 18 und 50 Jahren waren nun meldepflichtig, unabhängig davon, ob sie Wohlfahrtsunterstützung bezogen oder nicht. Nachdem die Deportationen vorläufig gescheitert waren, wurde der Arbeitseinsatz auf längere Sicht geplant. Bisher eher zu Gelegenheitsarbeiten eingesetzt, mussten jüdische Arbeiter von Mai 1940 an auch in der Industrie arbeiten. Die jüdischen Institutionen hatten ihr Personal zu reduzieren, um Mitarbeiter zur Zwangsarbeit abstellen zu können. Jüdische Jugendliche, die sich in Umschulungslagern auf die Auswanderung vorbereiteten, wurden gezwungen, fehlende Landarbeiter und Erntehelfer zu ersetzen oder in nahe gelegenen Fabriken zu arbeiten. Ohnehin bot die Altersbegrenzung keine Garantie dafür, dass nicht auch Jüngere oder Ältere zu Zwangsdiensten herangezogen wurden.

Arbeitsbedingungen und Bezahlung differierten je nach Einsatzort. Manche Arbeitgeber wiesen den Juden vor allem die härtesten und schmutzigsten Arbeiten zu, angestachelt von der Propaganda, die stets hervorhob, dass nun im Krieg „endlich“ auch die Juden das Arbeiten lernen würden. Häufig achteten die Arbeitgeber peinlich genau darauf, dass Juden in geschlossenen Gruppen in die Betriebe kamen und die Betriebskantinen nicht benutzten, mitunter mussten sie sogar separate Toiletten aufsuchen.¹⁰²

97 Christoph Kreuztmüller/Ingo Loose/Benno Nietzel, Nazi Persecution and Strategies for Survival. Jewish Businesses in Berlin, Frankfurt am Main, and Breslau, 1933–1942, in: Yad Vashem Studies, 39, Nr. 1 (2011), S. 31–70; siehe auch VEJ 1, S. 38–40, und VEJ 2, S. 17–20.

98 VEJ 2/142.

99 Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 50), Bd. 1, S. 140–152; Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1945, Frankfurt a.M. 1988, S. 188–191; Benno Nietzel, Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933–1945. Ein Literatur- und Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte, 49 (2009), S. 561–613.

100 Zur Vorkriegssituation siehe VEJ 2/119.

101 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999; Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart u.a. 2001.

102 Konrad Kwiet, Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 545 bis 659, hier S. 574–589; Wolf Gruner, Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur

Einige Städte zahlten zwar Tariflöhne, doch erhielten die jüdischen Zwangsarbeiter oft nur einen Bruchteil davon, manchmal auch gar nichts: Sie waren grundsätzlich in die ungünstigste Steuerklasse eingestuft, mussten von Ende 1940 an zusätzlich 15 Prozent als „Sozialausgleichsabgabe“ zahlen – und einigen wurde der Lohn nur auf einem Sperrkonto gutgeschrieben, über das sie lediglich mit Genehmigung verfügen durften.¹⁰³ So erging es auch manchen Zwangsarbeitkolleginnen von Elisabeth Freund in einer Berliner Großwäscherei. Über das allgemeine Entlohnungssystem dort schrieb Freund: „Was wir für diese Arbeit bekommen werden, ist uns bei der Einstellung nicht gesagt worden. Wir machen Zwangsarbeit und müssen froh sein, wenn wir überhaupt etwas bekommen. Am ersten Zahltag wissen wir es dann: Ca. 12 Mark 50 wöchentlich für eine verheiratete Arbeiterin“, etwa halb so viel wie nicht-jüdische Kolleginnen. Unverheiratete, die keinen Abzug als Doppelverdienerinnen hinnehmen mussten, erhielten maximal 14 Mark. Das reichte nicht zum Leben. Durch die Unterbezahlung, so vermutete Freund denn auch, sollten die Juden gezwungen werden, eventuell noch vorhandene Ersparnisse aufzubrauchen. „Und diejenigen, die keine Rücklagen haben, können sich ja an die Wohlfahrtsstelle der jüdischen Gemeinde wenden, die immer für alles eintreten soll.“¹⁰⁴

Große Dimensionen erreichte der Zwangsarbeitseinsatz deutscher Juden nie: Im Gebiet des Altreichs waren im Februar 1941 etwa 60 000 Juden als arbeitsfähig klassifiziert worden, von denen etwa 54 000 Zwangsarbeit leisten mussten.¹⁰⁵

Im Protektorat zogen einzelne Kommunen Juden bereits im Laufe des Jahres 1940 zum Arbeitseinsatz heran, lange bevor dies einheitlich geregelt wurde. Am 10. Januar 1941 verbot der Reichsprotektor den Juden im Protektorat jede selbstständige Wirtschaftstätigkeit, am 23. Januar verordnete die tschechische Regierung den Zwangsarbeitseinsatz aller Juden im Alter von 18 bis 50 Jahren, im August weitete sie die Maßnahme auf alle 16- bis 60-Jährigen aus. Am 1. April 1941 waren bereits 70 Prozent der jüdischen Männer in letztgenannter Altersgruppe Zwangsarbeiter. Im selben Monat glich der Reichsprotektor das Verfahren demjenigen im Reich an: Nur noch die Arbeitsämter sollten die Einsatzorte auswählen, außerdem war auf strikte Trennung zwischen Juden und Nicht-Juden zu achten (Dok. 305). Dennoch blieb auch im Protektorat die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zwangsarbeit relativ gering: Laut einer Statistik der Jüdischen Kultusgemeinde Prag betrug der Höchststand jüdischer Arbeiter am 1. Dezember 1941 im Protektorat 13 623 Personen.¹⁰⁶

Die jüdische Bevölkerung im Reichsgebiet lebte traditionell überwiegend in Städten, die Verfolgung hatte diese Tendenz noch verstärkt. Immer mehr Juden zogen in die Groß-

Alltag zum Ausnahmezustand: Juden in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, in: Marion Kaplan (Hrsg.), Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945, München 2003, S. 347–470, hier S. 455–458; Moshe Zimmermann, Deutsche gegen Deutsche. Das Schicksal der Juden 1938–1945, Berlin 2008, S. 72.

103 Barkai, Boykott (wie Anm. 99), S. 173–181.

104 Als Zwangsarbeiterin in Berlin. Die Aufzeichnungen der Volkswirtin Elisabeth Freund, hrsg. von Carola Sachse, Berlin 1996, S. 56–58.

105 Gruner, Der Geschlossene Arbeitseinsatz (wie Anm. 102), S. 176.

106 Jüdische Kultusgemeinde Prag: Arbeit, Abdruck in: Žid v Protektorátu. Hlášení Židovské náboženské obce v roce 1942. Dokumenty, hrsg. von Helena Krejčová, Jana Svobodová und Anna Hynčáková, Praha 1997, S. 105–116, hier S. 106; Gruner, Protektorat (wie Anm. 23), S. 4–45; ders., Jewish Forced Labor Under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims, 1938–1944, Cambridge 2008, S. 141–159.

städte, in der Hoffnung, dass ihnen die Anonymität Schutz böte. In Österreich lebten inzwischen fast alle Juden in Wien. Seit April 1939 bot das Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden die Möglichkeit, Juden in speziellen Häusern von der übrigen Bevölkerung zu separieren.¹⁰⁷ Im Sudetengau und in Wien war damit bereits im Sommer 1939 begonnen worden. Nach Kriegsbeginn nahm nun die Zahl der sogenannten Judenhäuser rasch zu. In Wien überboten sich die Ortsgruppenleiter, der Bürgermeister und Reichskommissar Bürckel gegenseitig mit Vorschlägen, wie man die Wohnungsknappheit durch ein weiteres Zusammendrängen der jüdischen Bevölkerung beheben könne (Dok. 16).¹⁰⁸ Die Zwangsumzüge bedeuteten eine insbesondere für ältere Menschen nur schwer erträgliche Entwurzelung. Sie mussten ihre gewohnte Umgebung, oft auch vertraute Gegenstände zurücklassen und ihre Privatsphäre auf ein Minimum reduzieren. Manche sahen in dieser Situation nur noch den Ausweg, sich das Leben zu nehmen. Ruth Klüger schildert in ihren Erinnerungen an Wien, wie sie und ihre Mutter in immer schlechtere, dunkle, enge Wohnungen zogen, die sie mit ein oder zwei anderen Familien teilen mussten – und mit unerwünschten „Haustieren“: „Es gab Wanzen. Man dreht das Licht ab und stellt sich vor, daß die Wanzen jetzt aus den Matratzen herauskriechen. Dann wird man gebissen, dreht das Licht an und jammert laut, weil dieses widerliche Ungeziefer tatsächlich im Bett herumläuft.“¹⁰⁹ In Dresden schrieb Victor Klemperer am 6. Juni 1940 über seine neue Unterkunft: „Gehobenes KZ.“¹¹⁰

Klemperer lebte in einer sogenannten nicht privilegierten Mischehe. Seine Frau war Nicht-Jüdin, und die Klemperers hatten keine Kinder. Solche Paare unterlagen den anti-jüdischen Maßnahmen: Ihr Vermögen wurde gesperrt, sie waren gezwungen, in „Judenhäusern“ zu leben, die jüdischen Partner und die Kinder mussten später auch den gelben Stern tragen. Diejenigen in einer „privilegierten Mischehe“ (zwischen einem „deutschblütigen“ Mann und einer Jüdin oder in einer Mischehe mit Kindern, die getauft waren) mussten dies nicht, außerdem durften diese Familien in ihren Wohnungen bleiben. Die nicht-jüdischen Ehepartner reagierten unterschiedlich; manche zogen mit ins „Judenhäuser“ und trugen sämtliche Schikanen mit, andere trennten sich.¹¹¹

Viele, die nach den Nürnberger Gesetzen als „Mischlinge“ eingestuft worden waren, hegten durch ihre Einberufung bei Kriegsbeginn die Hoffnung, als Soldat der Wehrmacht die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ zu erlangen. Am 8. April 1940 schloss Hitler

107 VEJ 2/277; Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik, Wien u.a. 1975; Marlis Buchholz, Die hannoverschen Judenhäuser, Hildesheim 1987; Hubert Schneider, Die „Entjudung“ des Wohnraums – „Judenhäuser“ in Bochum, die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner, Berlin u.a. 2010.

108 Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien u.a. 1978, S. 210–215, 229–231; Wolf Gruner, Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938–45, Innsbruck u.a. 2000, S. 127–134; Osterloh, Reichsgau Sudetenland (wie Anm. 18), S. 131.

109 Kaplan, Mut (wie Anm. 94), S. 220–225; Konrad Kwiet, The Ultimate Refuge: Suicide in the Jewish Community under the Nazis, in: Leo Baeck Institute Yearbook, 29 (1984), S. 135–167; Ruth Klüger, Weiter leben. Eine Jugend, München 1994, S. 61; Christian Goeschel, Suicide in Nazi Germany, Oxford 2009, S. 96–118.

110 Klemperer, Zeugnis (wie Anm. 1), S. 533, Eintrag vom 6.6.1940.

111 Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1988.

jedoch die „Mischlinge ersten Grades“ ebenso aus der Wehrmacht aus wie Männer, die mit Jüdinnen verheiratet waren (Dok. 66). Nur in Ausnahmefällen, in denen er „jüdisch Versippten“ eine besondere Tapferkeit bescheinigte, durften die Betroffenen in der Armee bleiben. Ihnen wurde für die Nachkriegszeit eine Prüfung in Aussicht gestellt, ob sie „Deutschblütigen“ gleichgestellt werden könnten oder nicht.¹¹²

Frühsommer bis Jahresende 1940: Perspektive Madagaskar

Im April 1940 besetzte die Wehrmacht Dänemark und Norwegen. Am 10. Mai 1940 begann die Offensive im Westen Europas, noch am selben Tag ersuchte Luxemburg um einen Waffenstillstand. Am 15. des Monats folgten die Niederlande, am 28. Belgien, und am 22. Juni wurde das deutsch-französische Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Die Zustimmung in der deutschen Bevölkerung zu Hitlers Politik erreichte ihren Höhepunkt. Deutschland sah sich auf dem Weg zur Weltmacht.¹¹³

Wie schon die Eroberung Polens, so löste auch der Sieg über Frankreich in der NS-Führung Gedankenspiele über eine „territoriale Lösung“ der sogenannten Judenfrage aus: Die Idee, die Juden in die französische Kolonie Madagaskar zu deportieren, schien nach dem Sieg über die Kolonialmacht im Sommer 1940 in greifbare Nähe zu rücken. Bereits Mitte Mai 1940 hatte Himmler in seiner Denkschrift „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ kurz ausgeführt: „Den Begriff Juden hoffe ich durch die Möglichkeit einer großen Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie völlig auslöschen zu sehen.“¹¹⁴

Der Vorschlag war nicht neu: Antisemiten hatten ihn bereits im späten 19. Jahrhundert propagiert, und in den 1930er-Jahren hatte es auch in Polen, Frankreich und Großbritannien Überlegungen gegeben, Madagaskar als Ansiedlungsort für bestimmte Gruppen der jüdischen Bevölkerung zu nutzen. Selbst das American Jewish Joint Distribution Committee (kurz: Joint) hatte kurzfristig über ein solches Projekt nachgedacht. Im Sommer 1940 ergriff das Auswärtige Amt nun die Initiative, genauer: dessen Abteilung Deutschland, in der das Referat D III für alle Fragen, die Juden betrafen, zuständig war. Franz Rademacher, der Leiter dieses Referats, schlug am 3. Juli 1940 seinem Vorgesetzten Martin Luther Madagaskar als mögliches Ziel einer Aussiedlung der „Westjuden“ aus Europa vor. Nur wenig später äußerte auch Hitler die Absicht, die europäischen Juden nach Madagaskar umzusiedeln.¹¹⁵

Heydrich schaltete sich ein und machte das Auswärtige Amt darauf aufmerksam, dass er selbst von Göring beauftragt worden sei, die Auswanderung der Juden zu koordinieren.

112 Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. 5: 1. September 1939 bis 18. Dezember 1941, Boppard 1988, S. 148–151; Meyer, „Jüdische Mischlinge“ (wie Anm. 111), S. 230–237; Bryan Mark Rigg, Hitlers jüdische Soldaten, Paderborn u. a. 2003.

113 Andreas Hillgruber, Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871–1945, Düsseldorf 1980, S. 95–99.

114 Helmut Krausnick (Hrsg.), Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940), in: VfZ, 5 (1957), S. 194–198, hier S. 197.

115 Leni Yahil, Madagascar – Phantom of a Solution for the Jewish Question, in: George Mosse/Bela Vago (Hrsg.), Jews and Non-Jews in Eastern Europe, New York 1974, S. 315–334; Browning, Entfes-

Sowohl das Auswärtige Amt als auch das Reichssicherheitshauptamt fertigten in der Folge Pläne an, Fachgutachten wurden eingeholt. Der Geologe Friedrich Schumacher kam in seiner Expertise zu dem Schluss, dass Madagaskar wertlos genug sei, um dort Juden anzusiedeln, da es über keine wichtigen Bodenschätze verfüge. Der Bevölkerungswissenschaftler Friedrich Burgdörfer nahm ebenfalls positiv Stellung. Vier Millionen Juden sollten in den kommenden vier Jahren auf die Insel im Indischen Ozean geschafft werden und dort unter Aufsicht der SS ihr Leben fristen – dass dies unter den anvisierten Bedingungen viele von ihnen nicht überleben würden, war eingeplant (Dok. 92, 94, 99).¹¹⁶ Das Projekt erwies sich jedoch als undurchführbar. Ohne einen Waffenstillstand mit oder gar einen Sieg über Großbritannien war die erforderliche Hoheit über die Seewege nicht zu erreichen. Dennoch ließen die deutschen Umsiedlungsplaner von der Grundidee, alle Juden im deutschen Machtbereich in eine abgelegene Region zu deportieren, fortan nicht mehr ab.¹¹⁷

Zunächst gab es Überlegungen, Juden innerhalb Europas umzusiedeln. Als mit dem Sieg über Frankreich das Elsass und Lothringen vom Reich annektiert und in die Gaue Baden und Saarpfalz eingegliedert werden konnten, schlugen die dortigen Gauleiter Josef Bürckel und Robert Wagner vor, alle Juden aus ihren Gauen nach Frankreich zu deportieren, was Hitler billigte. Am 22. Oktober 1940 wurden über 6000 badische und saarpfälzische Juden nach Südfrankreich verschleppt (Dok. 112, 113).

Die Regierung in Vichy protestierte gegen die unangekündigten Abschiebungen in ihr Hoheitsgebiet und forderte die Rücknahme der Juden ins Reich. Die offenbar bereits geplante Deportation auch der hessischen Juden wurde daraufhin aufgeschoben. Ebenso wenig wie Hans Frank im Generalgouvernement wollte die Vichy-Regierung ihr Territorium für eine Lösung der deutschen „Judenfrage“ zur Verfügung stellen.¹¹⁸ Sie internierte die deutschen Juden im Lager Gurs und später in Rivesaltes am Fuße der Pyrenäen.¹¹⁹ Nicht nur in Frankreich gab es Proteste gegen die Abschiebung deutscher Juden. Otto Hirsch von der Reichsvereinigung der Juden beschwerte sich beim SD: Nach der „Um-

116 Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997; Hans Jansen, Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar, München 1997; Sebastian Weitkamp, Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der „Endlösung“, Bonn 2008; Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt (wie Anm. 92), S. 37 f.

117 Ian Kershaw, Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg 1940/41, München 2008, S. 560 f.

118 Jacob Toury, Die Entstehungsgeschichte des Austreibungsbefehls gegen die Juden der Saarpfalz und Badens (22./23. Oktober 1940 – Camp de Gurs), in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte Tel Aviv, 15 (1986), S. 431–464; Erhard R. Wiehn (Hrsg.), Oktoberdeportation 1940. Die sogenannte „Abschiebung“ der badischen und saarpfälzischen Juden in das französische Internierungslager Gurs und andere Vorstationen von Auschwitz, Konstanz 1990; Gerhard J. Teschner, Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden am 22. Oktober 1940. Vorgeschichte und Durchführung der Deportation und das weitere Schicksal der Deportierten bis zum Kriegsende im Kontext der deutschen und französischen Judenpolitik, Frankfurt a. M. u. a. 2002.

119 Im Laufe des Jahres 1941 kamen einige der deutschen Juden in andere südwestfranzösische Lager, ungefähr 1500 Gefangenen gelang die Flucht oder die Auswanderung in andere Länder, insgesamt etwa 1000 starben in den Lagern. Zu den Lagern siehe Claude Laharie, Le camp de Gurs 1939–1945. Un aspect méconnu de l'histoire du Bearn, Pau 1985; Anne Grynberg, Les camps de la honte. Les internés juifs des camps français 1939–1944, Paris 1991; Denis Peschanski, La France des camps. L'internement, 1938–1946, Paris 2002; Jean-Marc Dreyfus, Elsass-Lothringen, in:

siedlung“ der Stettiner Juden im Frühjahr des Jahres sei dem Vorstand versichert worden, dass keine Juden mehr abgeschoben werden würden (Dok. 111). Auch warnte die Reichsvereinigung jene Juden, die zum Zeitpunkt der „Aktion“ nicht zu Hause gewesen waren, davor zurückzukehren. Alle jüdischen Gemeinden setzten als Ausdruck ihrer Trauer einen Fastentag an, Rabbiner beteten in den Gottesdiensten für die Deportierten, eine Woche lang fanden keine Kulturveranstaltungen statt. Der Rechtsanwalt Julius Seligsohn, ebenfalls Funktionär der Reichsvereinigung, gehörte zu den treibenden Kräften hinter den Mahnaktionen. Die Gestapo inhaftierte ihn daraufhin im KZ Sachsenhausen. Zur selben Zeit befand sich auch Paul Eppstein noch in Haft (Dok. 128). Bei seinen Vorladungen zur Gestapo bemühte sich Otto Hirsch immer wieder, die Freilassung seiner Kollegen zu erwirken. Wenig später wurde er selbst von der Gestapo festgenommen, weil er versucht habe, Nachrichten über die Lage der nach Frankreich Deportierten ins Ausland zu schmuggeln.¹²⁰

Wissenschaft und Politik arbeiteten nicht nur bei der Vorbereitung des Madagaskar-Plans Hand in Hand. Die militärische Expansion erweiterte die Planungshorizonte des Regimes und erhöhte gleichzeitig dessen Bedarf an wissenschaftlicher Politikberatung. Ökonomen, Soziologen und Historiker ebneten mit ihren bevölkerungsökonomischen und rassistischen Neuordnungsplänen intellektuell den Weg zu radikalen Lösungen der „Judenfrage“. Prominente Beispiele liefern die vielen Umsiedlungs- und Germanisierungskonzepte für die besetzten Gebiete, die dann später im „Generalplan Ost“ kulminierten.¹²¹

Im Frankfurter Institut zur Erforschung der Judenfrage wurde seit dem Sommer 1939 unter der Schirmherrschaft von Reichsleiter Alfred Rosenberg an einer „europäischen Gesamtlösung der Judenfrage“ gearbeitet; publiziert wurden die Überlegungen in der institutseigenen Zeitschrift *Weltkampf* (Dok. 170). Auf der Eröffnungskonferenz, die erst im März 1941 stattfand, thematisierten sämtliche Redner eine künftige „Endlösung“, ohne diese konkret zu definieren.¹²²

Wissenschaftler verschiedener Disziplinen verstanden es, die Kriegssituation und das von Machbarkeitsfantasien geprägte Klima militärischer Anfangserfolge für ihre Forschungen nutzbar zu machen. Ökonomen entwickelten Konzepte für eine „Großraumwehrwirtschaft“ unter deutscher Führung; Physiker arbeiteten an neuen Waffensystemen und leis-

¹²⁰ Meyer, Traum (wie Anm. 69), S. 34 f.; Esriel Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime*, Tübingen 1994, S. 192 – 202.

¹²¹ Max Weinreich, *Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes against the Jewish People*, New York 1946; Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1999; Alan Steinweis, *Studying the Jew. Scholarly Antisemitism in Nazi Germany*, Cambridge 2006; Isabel Heinemann, *Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa*. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: dies./Patrick Wagner (Hrsg.), *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 45 – 72; Ulrich Herbert, *Der deutsche Professor im Dritten Reich. Vier biografische Skizzen*, in: Karin Orth/Willi Oberkrome (Hrsg.), *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920 – 1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*, Stuttgart 2010, S. 483 – 502; Jan Eike Dunkhase, *Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 35 – 67; siehe auch VEJ 4, S. 35.

¹²² Hans-Christian Petersen, *Bevölkerungsökonomie, Ostforschung, Politik. Eine biographische Studie zu Peter-Heinz Seraphim (1902 – 1979)*, Osnabrück 2007; Dirk Rupnow, *Judenforschung im*

tungsfähigeren Flugzeugen. Agrarwissenschaftler suchten Deutschland „blockadefest“ zu machen, indem sie die Möglichkeiten landwirtschaftlicher Produktionssteigerung ausloteten und sich bemühten, devisenträchtige Importe durch einheimische Ersatzstoffe zu substituieren. Rassenhygieniker und Humangenetiker lieferten die Expertise für die Erbgesundheitspolitik. Die überwiegend ausländischen Häftlinge in den erheblich erweiterten Konzentrationslagern dagegen dienten Medizinern als Versuchspersonen für Humanexperimente mit schwerwiegenden gesundheitlichen, mitunter tödlichen Folgen. Die chemische Kampfstoff- ebenso wie die Tbc-Forschung erhielten auf diese Weise neue Impulse. Hirnforscher und Anatomen nutzten die Opfer von Hinrichtungen und „Euthanasie“-Morden, um Erkenntnisse zu gewinnen, die zu Friedenszeiten und unter rechtsstaatlichen Bedingungen nur auf dem langwierigen und unsicheren Umweg über Tierversuche möglich gewesen wären.¹²³

Die Juden im Reich: Verzweifelte Auswanderungsbemühungen

Zwischen 1933 und 1939 hatten etwa 247 000 Juden aus Deutschland emigrieren können, aus dem Gebiet des Altreichs allein etwa 80 000 in den acht Monaten zwischen Januar 1939 und Kriegsbeginn. Danach gelang es bis zum Auswanderungsverbot im Oktober 1941 nur noch etwa 30 000 bis 35 000 Juden, aus dem Altreich, Österreich und dem Protektorat zu entkommen. Nach der neuerlichen Expansion im Frühjahr 1940 waren überdies nahezu alle Nachbarländer von deutschen Truppen besetzt. Das Kriegsgeschehen versperrte oft bewährte Fluchtrouten, reduzierte die verfügbaren Schiffskapazitäten und machte die Seewege immer unsicherer.

In Großbritannien wurde die Situation für die aus dem Reich geflohenen Juden nach Beginn des Kriegs mit Deutschland deutlich schwieriger. Zwar bemühte sich die britische Regierung, bei ihren Restriktionen zwischen jüdischen und regimetreuen Deutschen zu unterscheiden. Doch als sie im Frühsommer 1940 die Internierung sogenannter feindlicher Ausländer anordnete, traf dies auch viele deutsche Juden. Nach Kriegsbeginn gab die britische Regierung zudem keine Zertifikate für die Einwanderung nach Palästina mehr an Juden aus dem Reichsgebiet aus, so dass die Immigration dorthin nur noch über neutrale, über nicht Krieg führende Staaten oder illegal möglich war (Dok. 120, 121). Elisabeth Freund, die später noch nach Havanna fliehen konnte, schilderte rückblickend ihre Versuche, Deutschland zu verlassen: Am 1. September hatte der Kriegsbeginn ihre bereits genehmigte Ausreise nach Großbritannien vereitelt. Sie bemühte sich weiter: „Im Frühling 1940 bekamen wir die Einreiseerlaubnis für Portugal. Wir machten sofort alles fertig, beantragten unsere Pässe – da kam der Einmarsch der deutschen Truppen nach Holland,

¹²³ *Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918 – 1945*, hrsg. von der Ärztekammer Berlin, Berlin 1989; Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991, S. 331 – 364; Doris Kaufmann (Hrsg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahmen und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2000; Susanne Heim (Hrsg.), *Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus*, Göttingen 2002; Gerhard Baader, *Auf dem Weg zum Menschenversuch im Nationalsozialismus*, in: Carola Sachse (Hrsg.), *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten*, Göttingen 2003, S. 105 – 157; Orth/Oberkrome (Hrsg.), *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft*

Belgien und Frankreich, ein Flüchtlingsstrom ergoß sich nach Portugal, und die portugiesische Regierung widerrief telegrafisch sämtliche erteilte Genehmigungen. Wir hatten dabei noch Glück, daß wir noch nicht unsere Wohnung aufgeben und noch nicht unsere Einrichtung verkauft hatten.“ Viele Nicht-Juden nutzten die Zwangslage der Juden aus und brachten Einrichtungs- und Wertgegenstände, die diese nicht mitnehmen konnten oder durften, weit unter Preis in ihren Besitz (Dok. 179).¹²⁴

Je mehr Länder die deutsche Wehrmacht überfiel, desto vorsichtiger handhabten auch die neutralen Staaten, insbesondere die USA, ihre Einwanderungspraxis. Politiker und Journalisten trieb die Angst vor einer „fünften Kolonne“, vor deutschen Spionen, um. Und so musste Julius Seligsohn von der Reichsvereinigung der Juden 1940 in einer Broschüre feststellen: „Die Regierung in Washington hat Anfang Juli 1940 die konsularischen Vertretungen angewiesen, an den Nachweis der Einwanderungsvoraussetzungen einen strengen Maßstab anzulegen; im Falle irgendwelchen Anlasses zu Zweifeln sei die Visumerteilung abzulehnen, auch wenn die verschärfte Form der Prüfung im Ergebnis eine Unterschreitung der Einwanderungsquoten zeitigen sollte.“ Auch Julius Seligsohn verließ Deutschland nicht mehr: Er starb am 28. Februar 1942 im Konzentrationslager Sachsenhausen.¹²⁵

Den Antragstellern erschlossen sich die Grundsätze der Visaerteilung meist nicht (Dok. 29). In den Briefen jüdischer Eltern an ihre bereits vor Kriegsbeginn emigrierten Kinder sind die Auswanderungsbemühungen und deren Scheitern das beherrschende Thema, so etwa in denen des Düsseldorfer Ehepaars Amalie und Paul Malsch (Dok. 186, 207). Die Kinder, selbst noch bemüht, ihre Stellung in der neuen Gesellschaft zu finden, fühlten sich verantwortlich, die Ausreise der Eltern zu ermöglichen, was in den meisten Fällen jedoch misslang.

Ungeachtet der schwindenden Emigrationsmöglichkeiten war die antijüdische Politik nach wie vor auf Vertreibung gerichtet. Es war ein Widerspruch, den die jüdischen Funktionäre lösen sollten und doch gar nicht lösen konnten. Da die Auswanderung aus dem Altreich und Österreich Vorrang gegenüber derjenigen aus dem Protektorat hatte, blieb Eichmanns Prager Zentralstelle in Fragen der Emigration weitgehend erfolglos: Die monatlichen Auswanderungszahlen erhöhten sich nach ihrer Gründung nicht.¹²⁶

Die jüdischen Repräsentanten reisten auch nach Kriegsbeginn im Auftrag Eichmanns ins Ausland, um die Vertreter internationaler jüdischer Organisationen um Hilfe bei den

¹²⁴ Zwangsarbeiterin in Berlin (wie Anm. 104), S. 74, 86; Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration from Germany. Nazi Politics and Jewish Responses*, Teil I: Leo Baeck Institute Yearbook, 25 (1980), S. 313–361, Teil II: Leo Baeck Institute Yearbook, 26 (1981), S. 343–409; Susanne Heim, *Vertreibung, Raub und Umverteilung. Die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und die Vermehrung des „Volksvermögens“*, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 15 (1999): Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, S. 107–138; Juliane Wetzel, *Auswanderung aus Deutschland*, in: Benz (Hrsg.), *Juden* (wie Anm. 102), S. 413–498.

¹²⁵ Dr. Julius L. Israel Seligsohn, *Die Einwanderung nach U.S.A.*, Berlin 1940, S. 9 f.; David S. Wyman, *Paper Walls. America and the Refugee Crisis 1938–1941*, Amherst 1968, S. 172–176; Deborah E. Lipstadt, *Beyond Belief. The American Press and the Coming of the Holocaust 1933–1945*, New York u. a. 1986, S. 128–131; Richard Breitman/Alan M. Kraut, *American Refugee Policy and European Jewry, 1933–1945*, Bloomington u. a. 1987; Hans-Ullrich Dillmann/Susanne Heim, *Fluchtpunkt Karibik. Jüdische Emigranten in der Dominikanischen Republik*, Berlin 2009, S. 70 f., 127 f.

¹²⁶ Bondy, „Elder of the Jews“ (wie Anm. 72); Shlain, *Jakob Edelsteins Bemühungen* (wie Anm. 72), S. 81–87; Anderl, „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ (wie Anm. 47), S. 28.

Emigrationsbemühungen zu bitten. Führende Mitglieder der Reichsvereinigung hätten die Möglichkeit zur Auswanderung gehabt. Doch hinderte sie einerseits das Reichssicherheitshauptamt daran, indem es ihre Pässe einzog und bei Auslandsreisen die Ehepartner nicht mitfahren ließ. Andererseits sahen sie sich wie etwa Vorstandsmitglied Otto Hirsch in der Pflicht: „Es können doch nicht alle fortgehen, jemand muss doch für die Alten sorgen!“ Er selbst kam am 19. Juni 1941 in Mauthausen um.¹²⁷ Jakob Edelstein, der als Leiter des Prager Palästina-Amtes mehrfach ins Ausland reiste (Dok. 250), kam immer wieder zurück und versuchte unermüdlich, Juden aus Böhmen und Mähren die Auswanderung und damit die Rettung zu ermöglichen. Er selbst wurde im Dezember 1941 nach Theresienstadt verschleppt, wo er als erster Judenältester das Leben im Getto zu organisieren hatte. Am 20. Juni 1944 wurde er in Auschwitz zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn erschossen. Paul Eppstein, der Edelstein im Januar 1943 in seiner Funktion als Judenältester in Theresienstadt ablöste, wurde dort im Alter von 42 Jahren erschossen. Seine Frau Hedwig kam in Auschwitz um.¹²⁸

Im März 1940 hatte Eichmann Berthold Storfer von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien zum Koordinator für die Flüchtlingsschiffe ernannt, die illegal überwiegend Palästina anliefen.¹²⁹ Storfer organisierte daraufhin Fahrten der „Pacific“, der „Milos“ und der „Atlantic“, die Juden aus Deutschland, Österreich und dem Protektorat an Bord nahmen. Als die drei Schiffe Ende 1940 den Hafen von Haifa erreichten, verfügten die britischen Behörden die Zusammenfassung aller Passagiere auf der „Patria“, die umgehend Mauritius anlaufen sollte. Dort sollten die Flüchtlinge, deren Einreise nach Palästina die Mandatsmacht verhindern wollte, interniert werden. Die jüdische Untergrundorganisation Haganah versuchte die Ausschiffung durch einen Sabotageakt zu verhindern. Doch der Sprengsatz, der am 25. November 1940 auf der „Patria“ explodierte, war falsch berechnet: Er versenkte das Schiff binnen weniger Minuten. Mehr als 250 der insgesamt 1800 Passagiere kamen ums Leben, viele von ihnen vor den Augen der an Land wartenden Angehörigen. Die Behörden wiesen die Überlebenden in das Flüchtlingslager Atlith ein (Dok. 120, 121). Zionistische Führer wie Chaim Weizmann und David Ben Gurion, die sich zu Kompromissen mit der britischen Mandatsmacht genötigt sahen, kritisierten die illegale Palästinaeinwanderung und lösten damit heftige innerjüdische Diskussionen aus.¹³⁰

Ein weiterer illegaler Flüchtlingstransport mit 822 Juden aus Berlin, Danzig und mehrheitlich aus Wien hatte die Donaumetropole bereits im November 1939 verlassen und nahm bei einem Zwischenstopp in Pressburg weitere 100 Passagiere aus Prag und Pressburg selbst auf. Sie kamen aber nur bis zum jugoslawischen Donauhafen Kladovo, wo sie nach einem mehrwöchigen Aufenthalt auf dem Schiff an Land gehen durften. Die meis-

¹²⁷ Zur Gedenkfeier für Dr. Otto Hirsch, in: Schawe Zion, Juli 1941 (o. Verf.), YVA, 01/267, Bl. 3, zit. nach: Meyer, Traum (wie Anm. 69), S. 26.

¹²⁸ Meyer, Traum (wie Anm. 69), S. 31–35.

¹²⁹ Zu Storfer und der illegalen Einwanderung nach Palästina siehe VEJ 2, S. 46.

¹³⁰ Jürgen Rohwer, *Jüdische Flüchtlingsschiffe im Schwarzen Meer – 1934 bis 1944*, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. 2: Verfolgung, Exil, belasteter Neubeginn, Hamburg 1986, S. 197–248; Dalia Ofer, *Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939–1944*, New York u. a. 1990; dies., *Die illegale Einwanderung nach Palästina. Politische, nationale und persönliche Aspekte (1939–1941)*, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 15 (1999): Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, S. 1–18.

ten hausten nun in einem Zelt- und Barackenlager. Im September 1940 wurden die Flüchtlinge in die serbische Stadt Šabac gebracht, ihre Hoffnungen auf baldige Weiterfahrt jedoch immer wieder enttäuscht. Allmählich schlossen sich noch andere Juden der Gruppe an, die so auf etwa 1400 Personen anwuchs. Etwa 200 bis 280 von ihnen, vor allem Mitglieder der Jugendaljah, konnten knapp vor dem deutschen Überfall auf Jugoslawien doch noch mit Hilfe von Palästina-Zertifikaten entkommen. Die Übrigen fielen im April 1941 den deutschen Truppen in die Hände und gehörten zu den ersten Juden aus dem Reich, die Opfer systematischer Massenerschießungen wurden.¹³¹

Während Juden bei ihren Auswanderungsbemühungen auf die finanzielle Hilfe jüdischer Organisationen angewiesen waren, fanden „nichtarische“ evangelische Christen in Emigrations- und anderen Fragen Unterstützung beim Büro Pfarrer Grüber in Berlin, einem Hilfswerk der Bekennenden Kirche (Dok. 47). Am 19. Dezember 1940 verhaftete die Gestapo Heinrich Grüber und ließ die Arbeit des Büros Anfang 1941 offiziell einstellen. Erst im Juni 1943 wurde Grüber aus der KZ-Haft entlassen.

Katholiken, die als Juden verfolgt wurden, leistete der St. Raphaelsverein bis zu seinem Verbot im Juni 1941 gemeinsam mit dem Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin bei ihren Auswanderungsbemühungen Beistand. In potenziellen Zielländern entstanden außerdem Hilfswerke, die auf Weisung des Vatikans mit diesem Verein zusammenarbeiteten und die Flüchtlinge nach der Ankunft unterstützen sollten.¹³²

Reaktionen auf „Euthanasie“ und Judenverfolgung

Vom Sommer 1940 an kursierten zunächst in der Umgebung der Tötungsanstalten, bald danach im ganzen Reich Gerüchte über die „Euthanasie“-Verbrechen. Im hessischen Laubach schrieb der Jurist Friedrich Kellner am 28. Juli 1941 in sein Tagebuch, wie die Verbrechen schon durch Verwechslungen in den Anstalten auffielen: „Die ‚Heil- und Pflegeanstalten‘ sind zu Mordzentren geworden. Wie ich erfahre, hatte eine Familie ihren geistig erkrankten Sohn aus einer derartigen Anstalt in ihr Haus zurückgeholt. Nach einiger Zeit erhielt diese Familie [von der Anstalt] eine Nachricht des Inhalts, daß ihr Sohn verstorben [sei] und die Asche ihnen zugestellt! Das Büro hatte vergessen, den Namen auf der Todesliste zu streichen. Auf diese Weise ist die beabsichtigte vorsätzliche Tötung ans Tageslicht gekommen.“¹³³

Die „Euthanasie“ war zum offenen Geheimnis geworden, und die Gerüchte schürten auch Ängste vor einer Ausweitung der Morde. So formulierte der Bischof Clemens August Graf

131 Gabriele Anderl/Walter Manoschek, Gescheiterte Flucht. Der jüdische „Kladovo-Transport“ auf dem Weg nach Palästina 1939–1942, Wien 1993; dies., Die Geschichte des Kladovo-Transports 1939 bis 1942, in: Alisa Douer, Kladovo. Eine Flucht nach Palästina, Wien 2001, S. 10–16; Dalia Ofer/Hannah Weiner, Dead-end Journey. The Tragic Story of the Kladovo-Šabac Group, Lanham u. a. 1996.

132 Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3: 1938–1941, Stuttgart 1995; Jana Leichsenring, Die Katholische Kirche und „ihre Juden“. Das „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin“ 1938–1945, Berlin 2007; Hartmut Ludwig, An der Seite der Entrechteten und Schwachen. Zur Geschichte des „Büro Pfarrer Grüber“ (1938 bis 1940) und der Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte nach 1945, Berlin 2009.

133 Friedrich Kellner, „Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne“. Tagebücher 1939–1945, hrsg. von Sascha

von Galen am 3. August 1941 in einer Predigt in der Lambertikirche in Münster in aller Deutlichkeit: „Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, daß man den ‚unproduktiven‘ Mitmenschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden! [...] dann wehe unseren braven Soldaten, die als Schwerkriegsverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat zurückkehren.“¹³⁴

Die Unruhe in der Bevölkerung war vermutlich ein Grund dafür, dass Hitler um den 24. August 1941 zumindest die Einstellung der Vergasungen in den „Euthanasie“-Anstalten im Reich anordnete. Mehr als 70 000 Menschen waren zu diesem Zeitpunkt bereits umgebracht worden, nun wurden die Verantwortlichen beauftragt, in Osteuropa Mordstätten zu errichten.¹³⁵

Im Fall der Krankenmorde gab es Proteste, und diese zeigten Wirkung. Vermutlich hat kein anderes NS-Verbrechen so viel Unwillen in der deutschen Bevölkerung ausgelöst wie die „Euthanasie“. Auch wenn es im Falle der Juden bis Mitte 1941 „nur“ um Verfolgung und noch nicht um Mord ging – hier regte sich kein vergleichbarer Unmut. Obwohl das Maß an Zustimmung oder Ablehnung innerhalb der deutschen Gesellschaft schwer zu bestimmen ist: Viele hatten offenbar die Vorstellung akzeptiert, dass Juden nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ sein konnten. Die fortschreitende Isolation dieser ohnehin sehr kleinen Gruppe machte es zudem leicht, ihr Schicksal auszublenden: Juden wohnten in nur für sie bestimmten Häusern, man sah sie weder im Kino noch im Theater, sie kauften zu anderen Zeiten und teilweise in anderen Geschäften ein, auch bei der Arbeit waren sie zumeist von den übrigen Arbeitern separiert.¹³⁶

Ähnlich war die Situation im Protektorat, wie der Schriftsteller und Historiker H. G. Adler, der Theresienstadt überlebte und später ein großes Werk über das Getto veröffentlichte, 1947 in einem Brief schrieb: „Einschränkungen und Quälereien, langsam ansteigend, immer unerträglicher, immer unmenschlicher. Freundlichkeit, aber Feigheit und bestechlicher Lakaiengeist sehr vieler Tschechen. Sittlicher Verfall und Unmenschlichkeit der Deutschen. Die wenigsten Freunde auf der einen wie auf der anderen Seite hielten die Treue.“¹³⁷

134 Predigt am 3.8.1941 in St. Lamberti, in: Peter Löffler (Hrsg.), Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933–1946, Bd. 2: 1939–1946, Mainz 1988, S. 874–883, hier S. 878.

135 Kurt Nowak, Widerstand, Zustimmung, Hinnahme. Das Verhalten der Bevölkerung zur „Euthanasie“, in: Norbert Frei (Hrsg.), Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991, S. 235–249; Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 191–196; Winfried Süß, Der „Volkskörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003, S. 127–151.

136 David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995, S. 159–170; Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006; Frank Bajohr, Vom antijüdischen Konsens zum schlechten Gewissen. Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung 1933–1945, in: ders./Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006, S. 15–79, hier S. 26 f.; Bernward Dörner, Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007, S. 71–75; Ian Kershaw, Hitler, the Germans, and the Final Solution, New Haven u. a. 2008.

137 Zit. nach: Franz Hocheneder, H. G. Adler (1910–1988). Privatgelehrter und freier Schriftsteller,

Von der Jahreswende 1940/41 bis zum Juni 1941: Der Vernichtungskrieg wird vorbereitet

Am 18. Dezember 1940 unterzeichnete Hitler die Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa“.¹³⁸ Damit war die Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion gefallen. Für die europäischen Juden war dieser Entschluss von schwerwiegender Bedeutung. Bei erfolgreichem Kriegsverlauf würden Millionen von ihnen in den deutschen Einflussbereich geraten. Auch ohne konkrete Planungen rechnete die nationalsozialistische Führung damit, dass der anvisierte schnelle Sieg gegen die Sowjetunion Umsiedlungsprojekte in weit größerem Maßstab als bisher ermöglichen würde.¹³⁹

Seit der Jahreswende 1940/41 wurden denn auch neue Versionen einer „Endlösung der Judenfrage“ diskutiert: Der Begriff wurde in den internen Diskussionen immer häufiger verwendet, allerdings konkretisierte sich seine Bedeutung erst allmählich. Wenn Eichmann im Dezember 1940 notierte, die Juden sollten „in ein noch zu bestimmendes Territorium“ deportiert werden (Dok. 125), legt die Formulierung nahe, dass es nicht mehr um Madagaskar ging. Himmler selbst, der Eichmanns Notizen zur Vorbereitung einer Rede vor den Reichs- und Gauleitern angefordert hatte, fasste zusammen: „Judenwanderung u. damit noch mehr Platz für Polen“ (Dok. 126). Er ging zwar auf den Zusammenhang zwischen den Umsiedlungen im deutsch besetzten Europa und der „Endlösung der Judenfrage“ ein, benannte aber kein konkretes Zielgebiet. Auch als Theodor Dannecker in seiner Funktion als Judenreferent des Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Paris am 21. Januar 1941 künftige Pläne erörterte, war nur von dem „noch zu bestimmenden Territorium“ die Rede (Dok. 138).

In dieser Phase erinnerte Hitler am 30. Januar 1941 einmal mehr an seine „Prophezeiung“ vom 30. Januar 1939, ein Weltkrieg werde die Vernichtung des europäischen Judentums zur Folge haben (Dok. 142). Goebbels berichtete am 18. März 1941 von einem Treffen mit Hitler und Generalgouverneur Frank: „Wien wird nun bald ganz judenrein sein. Und jetzt soll Berlin an die Reihe kommen. Ich spreche das schon mit dem Führer und Dr. Franck [sic] ab. Der stellt die Juden zur Arbeit an, und sie sind auch fügsam. Später müssen sie mal ganz aus Europa heraus.“¹⁴⁰

Zunächst sollte also Wien „judenfrei“ werden. Dort lebten nach wie vor etwa 60 000 Juden. Nachdem der seit August 1940 amtierende Gauleiter Baldur von Schirach diesen Zustand im Oktober Hitler gegenüber beklagt hatte, gab dieser Anfang Dezember seine Zustimmung zur Abschiebung noch während des Kriegs (Dok. 123). Im Februar und März 1941 wurde die Deportation der Wiener Juden daraufhin in den sogenannten III. Nahplan, ein gigantisches Umsiedlungsprogramm auf polnischem Gebiet, integriert.

¹³⁸ Abdruck in: Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. von Walther Hubatsch, Frankfurt a. M. 1962, S. 84–88.

¹³⁹ Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941, Frankfurt a. M. 1965, S. 352–397; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 195–203; Browning, Entfesselung (wie Anm. 51), S. 316–332.

¹⁴⁰ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 9: Dezember 1940–Juli 1941, München 1998, S. 191–194, hier S. 193; Susanne Heim/Götz Aly, Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938–1945 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 9), Berlin 1991, S. 22–25; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49),

Etwa 5000 Menschen waren in Wien davon betroffen. Die Familien, welche die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien mit ihrem Leiter Alois Brunner zur Deportation in das Generalgouvernement auswählte, wurden bis zum Abtransport in improvisierten und überfüllten Sammellagern festgehalten (Dok. 151), die Israelitische Kultusgemeinde musste bei der Organisation mitwirken. Da in der Folgezeit die Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion Vorrang vor weiteren Deportationen hatten, fanden weitere Transporte aus Wien zunächst nicht statt.¹⁴¹

Hans Frank, der zuvor große Hoffnungen in den Madagaskar-Plan gesetzt hatte, sah in den Kriegsplanungen gegen die Sowjetunion eine neue Chance, die in seinem Machtbereich lebenden Juden in Richtung Osten abschieben zu können. Seine Proteste gegen Umsiedlungen von Juden in das Generalgouvernement verstärkten den Druck auf Berlin, andere Lösungen zu finden. Auf einer Regierungssitzung in Krakau berichtete er den Anwesenden am 25. März 1941 im Anschluss an eine Reise nach Berlin, „der Führer habe ihm zugesagt, das GG werde als erstes Gebiet judenfrei gemacht“. Mit dem Wegfall des Generalgouvernements als Deportationsziel war jedoch die „Judenfrage“ kaum mehr territorial zu „lösen“.¹⁴²

Am 20. März 1941 erklärte Eichmann Vertretern des Propagandaministeriums, dass Heydrich „vom Führer mit der endgültigen Judenevakuierung beauftragt“, sein Vorschlag, die Juden nun zu deportieren, jedoch nicht angenommen worden sei, da das Generalgouvernement momentan keine Juden oder Polen aufnehmen könne. In einer Notiz über eine Unterredung mit Göring vom 26. März 1941 schrieb Heydrich selbst, dass sein Entwurf im Hinblick auf die Zuständigkeiten Alfred Rosenbergs überarbeitet werden müsse. Dieser war bereits als künftiger Leiter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete vorgesehen. Jetzt war also das „noch zu bestimmende Territorium“, in dem die „Endlösung“ durchgeführt werden sollte, zumindest in Umrissen definiert: Es ging um den zu erobernden Osten, im Gespräch waren die Pripjetsümpfe.¹⁴³ Die Planungen betrafen alle Juden Europas: Am 20. Mai 1941 gab das Reichssicherheitshauptamt die Anweisung, die weitere Auswanderung aus Belgien und Frankreich „im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage“ zu stoppen (Dok. 182). In Frankreich hatte der Chef des Verwaltungsstabs beim Militärbefehlshaber und ehemalige Stellvertreter Heydrichs, Werner Best, schon am 4. April 1941 notiert: „Das deutsche Interesse besteht in einer progressiven Entlastung aller Länder Europas vom Judentum mit dem Ziele der vollständigen Entjudung Europas.“¹⁴⁴

Parallel zu diesen Planungen ging Heinrich Himmler Anfang 1941 ein weiteres Projekt an: Da die Häftlingszahlen in den Konzentrationslagern stiegen, wandte er sich zu Jahresbeginn mit der Frage an Philipp Bouhler aus der Kanzlei des Führers, wie die Kapazitäten der „Euthanasie“-Zentrale genutzt werden könnten, um die Konzentrationslager zu

¹⁴¹ Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 59), S. 224–228; Löw, Deportationen (wie Anm. 84), S. 71–75.

¹⁴² Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 337; Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 50), S. 220 f.; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 252 f.

¹⁴³ VEJ 7/1; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 268–273; Peter Longerich, Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“, München u. a. 2001, S. 86–93.

¹⁴⁴ Besprechungsplan Bests für den Militärbefehlshaber in Frankreich zur Unterredung mit Vallat vom 4. 4. 1941, zit. nach: Michael Mayer, Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und „Judenpolitik“

entlasten.¹⁴⁵ Das Mordprogramm, das die Organisatoren der „Euthanasie“ unter dem Aktenzeichen 14f13 auf Himmlers Geheiß entwickelten, richtete sich gegen Häftlinge unterschiedlicher Nationalitäten, die als politisch oder rassistisch unerwünscht galten, krank oder nicht mehr zur Zwangsarbeit tauglich waren. Juden fielen der Vorauswahl durch die Lagerleiter zumeist unterschiedslos zum Opfer. Vom Frühjahr 1941 an bereisten die „Euthanasie“-Gutachter die Konzentrationslager und selektierten die Gefangenen. Im September 1941 schrieb der Arzt Friedrich Mennecke darüber von Dachau aus an seine Frau: „Es sind nur 2000 Mann, die sehr bald fertig sein werden, da sie am laufenden Band nur angesehen werden“ (Dok. 214). Als die „Aktion 14f13“ nach einem Jahr im Frühjahr 1942 eingestellt wurde, hatten die Ärzte den Tod von mindestens 10 000 Menschen zu verantworten.¹⁴⁶ Im Frühjahr 1941 wurden außerdem – unabhängig von dieser Aktion – erstmals 425 und im Sommer erneut mehr als 200 niederländische Juden in das KZ Mauthausen verschleppt, wo die meisten innerhalb weniger Wochen ermordet wurden. Etwa 1600 Juden kamen dort im Laufe des Jahres 1941 um.¹⁴⁷

Inzwischen hatte der Krieg auch den Südosten Europas erreicht. Zwar war Hitlers Vorhaben, durch einen raschen Sieg über Großbritannien den Rücken für den Angriff auf die Sowjetunion freizubekommen, gescheitert. Doch hatte er am 27. September 1940 den schon 1939 diskutierten Dreimächtepakt mit Italien und Japan abschließen können, dem bis zum 25. März 1941 Ungarn, Rumänien, die Slowakei, Bulgarien und Jugoslawien beitraten. Einen Putsch in Belgrad am 27. März gegen die Beteiligung am Dreimächtepakt nahm Hitler zum Anlass, am 6. April 1941 deutsche Truppen in Jugoslawien einmarschieren zu lassen. Am 17. April kapitulierte die jugoslawische Regierung. In Griechenland kam die Wehrmacht Mussolini zu Hilfe, und am 27. April besetzten deutsche Soldaten Athen. Kroatien erklärte sich am 10. April zu einem unabhängigen Staat, der den Achsenmächten verbunden sei.¹⁴⁸

Damit lebten nun fast drei Millionen Juden unter direkter deutscher Herrschaft: 675 000 im Großdeutschen Reich einschließlich der annektierten Gebiete sowie 2 250 000 in den besetzten Territorien. Durch den deutschen Einfluss auf die Slowakei, Rumänien und Italien waren dort weitere 430 000 Juden unmittelbar bedroht.¹⁴⁹

Die Vorbereitungen auf den Einmarsch in die Sowjetunion machten von Beginn an deutlich, dass es sich um einen Vernichtungskrieg handeln würde, in dem die herkömmlichen Regeln der Kriegsführung nicht mehr gelten würden. Hatten sich in Polen die Wehrmacht und SS-Einheiten in ihrem Vorgehen noch deutlich unterschieden, begannen die Grenzen nun zu verschwimmen. Schon im April 1941 hatte die Wehrmacht in Serbien als

¹⁴⁵ Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 237 f.

¹⁴⁶ Walter Grode, Die „Sonderbehandlung 14f13“ in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Ein Beitrag zur Dynamik faschistischer Vernichtungspolitik, Frankfurt a. M. u. a. 1987; Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 237–248; Pohl, Holocaust and the Concentration Camps (wie Anm. 62), S. 151.

¹⁴⁷ Pingel, Häftlinge (wie Anm. 60), S. 96; Hans Maršálek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Eine Dokumentation, 2. Aufl., Wien 1980; Eberhard Jäckel, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986, S. 89–122; Ian Kershaw, Hitler 1936–1945, München 2002, S. 467.

¹⁴⁸ Weinberg, Welt (wie Anm. 51), S. 162–184, 241–252; Detlef Vogel, Das Eingreifen Deutschlands auf dem Balkan, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 3: Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der „non belligeranza“ Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1984, S. 417–511, hier S. 458–484.

„Vergeltung“ für die Erschießung eines deutschen Offiziers eine ganze Ortschaft, das Dorf Donji Dobrić, zerstört. Am 19. Mai 1941 gab der Befehlshaber der 2. Armee, Generalfeldmarschall Maximilian von Weichs, die Erschießung von 100 Serben wegen eines Anschlags auf deutsche Soldaten bekannt und kündigte an, künftig würden für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 Serben erschossen.¹⁵⁰

Zu diesem Zeitpunkt entwickelte die Wehrmacht bereits in enger Zusammenarbeit mit Hitler entsprechende Grundsätze für den Krieg gegen die Sowjetunion. Am 3. März 1941 schickte Hitler einen Richtlinienentwurf des OKW mit Ergänzungen für die Neufassung zurück: „Dieser kommende Feldzug ist mehr als nur ein Kampf der Waffen; er führt auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen. [...] Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz, als bisheriger ‚Unterdrücker‘ des Volkes, muß beseitigt werden.“¹⁵¹

Himmler und Heydrich stellten auf Weisung Hitlers Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD auf, die, wie im Polenfeldzug erprobt, im Gefolge der einmarschierenden Armee das Hinterland sichern sollten. Göring beauftragte Heydrich am 26. März 1941 damit, eine knappe Handreichung vorzubereiten, „die die Truppe mitbekommen könne, über die Gefährlichkeit der GPU-Organisation, der Polit-Kommissare, Juden usw., damit sie wisse, wen sie praktisch an die Wand zu stellen habe“.¹⁵² Vom selben Tag datiert der Entwurf eines Befehls von Generalquartiermeister Eduard Wagner, in dem dieser nach Gesprächen mit Heydrich festhielt, dass die „Sonderkommandos der Sicherheitspolizei (SD)“ ihre Aufgaben „in eigener Verantwortlichkeit“ durchführen sollten und dabei berechtigt seien, gegenüber der Zivilbevölkerung „Exekutivmaßnahmen zu treffen“. Einen Monat später wurde dieser Befehl erlassen.¹⁵³ Kurz darauf, am 13. Mai, unterzeichnete Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, den sogenannten Kriegsverfahrensbeschluss, mit dem er die Bevölkerung nahezu schutzlos den einmarschierenden Truppen auslieferte, denn Angehörige der Wehrmacht mussten sich nach einem Übergriff gegen Zivilisten vor keinem Militärgericht mehr verantworten.¹⁵⁴ Am 19. Mai befahl er seinen Offizieren und Mannschaften ein „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden“.¹⁵⁵ Und schließlich hieß es im „Kommissarbefehl“ vom 6. Juni 1941, dass „politische Kommissare“ zu erschießen seien.¹⁵⁶ Zudem stand fest: Die erwarteten Kriegsgefangenen, aber auch

¹⁵⁰ Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei!“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993, S. 31 f.

¹⁵¹ KTB OKW, Bd. 1, S. 341 (3.3.1941), zit. nach: Percy E. Schramm (Hrsg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. 1: 1. August 1940–31. Dezember 1941, zusammengestellt und erläutert von Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt a. M. 1965, S. 340–343, Zitat S. 341; Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1979.

¹⁵² VEJ 7/1.

¹⁵³ OKH/GenStdH/GenQu/Abt. Kriegsverwaltung, Nr. II o.Nr./41 geh. vom 26.3.1941, BAArch, RW 4/v.575, zit. nach: Jürgen Förster, Das Unternehmen „Barbarossa“ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, hrsg. von Horst Boog u. a., Stuttgart 1983, S. 422.

¹⁵⁴ Abdruck in: Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Eine Dokumentation, hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1991, S. 45.

¹⁵⁵ VEJ 7/3; Hans Adolph Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, hrsg. von Hans Buchheim u. a., 8. Aufl., München 2005, S. 229 f.

¹⁵⁶ Abdruck in: Der Krieg gegen die Sowjetunion (wie Anm. 154), S. 46.

die Bevölkerung würden hungern. Auf ihrer Besprechung am 2. Mai 1941 konstatierten die Staatssekretäre der wichtigsten Ministerien, dass angesichts der Pläne, die deutsche Armee „aus dem Lande“ zu ernähren und darüber hinaus Lebensmittel ins Reich zu schicken, sicherlich „zig Millionen Menschen verhungern“ würden.¹⁵⁷

Noch vor dem deutschen Angriff war damit sichergestellt, dass im besetzten Gebiet ein rechtsfreier Raum geschaffen werden würde. Hitlers Formulierung von der „jüdisch-bolschewistischen Intelligenz“ wurde von Wehrmacht und Einsatzgruppen gleichermaßen akzeptiert und war zudem unbestimmt genug, um den Kreis derer, die als Feinde betrachtet wurden, stetig ausweiten zu können.¹⁵⁸

Für Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums bot der bevorstehende Krieg im Osten zudem die Gelegenheit zu demografischen Großprojekten, die alle bisherigen in den Schatten stellen sollten. Der Agrarwissenschaftler Konrad Meyer, Chef der Hauptabteilung Planung und Boden des Reichskommissars zur Festigung deutschen Volkstums, kalkulierte bereits vom Herbst 1939 an weitreichende Bevölkerungsverchiebungen; im Juni 1941 beauftragte Himmler ihn mit der Ausarbeitung eines den neuen Voraussetzungen angepassten „Generalplans Ost“. Meyer legte am 15. Juli 1941 eine erste Fassung vor. In dieser frühen Fassung sah der Plan auch die Umsiedlung von fünf bis sechs Millionen Juden vor. In einer späteren Version wurden die Juden nicht mehr erwähnt. Die Autoren gingen offenkundig davon aus, dass es in diesen Regionen bereits keine Juden mehr gab.¹⁵⁹

Juni bis September 1941: Der Vernichtungskrieg beginnt

Am 22. Juni 1941, dem Tag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, verkündete Hitler in seiner „Proklamation an das deutsche Volk“, dass die Stunde gekommen sei, „in der es notwendig wird, diesem Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten“.¹⁶⁰

Die antijüdische Propaganda, die in den ersten beiden Kriegsjahren deutlich zurückgegangen war, erhielt nun eine neue Stoßrichtung. Um einen Kriegseintritt der USA zu vermeiden, hatte Goebbels noch im Sommer 1940 angeordnet, verbale Angriffe auf Amerika und das dortige Judentum zu unterlassen. Zudem konnte das Stereotyp vom „jüdischen Bolschewismus“ in der deutschen Propaganda nicht eingesetzt werden, solange der

¹⁵⁷ Aktennotiz über die Besprechung der Staatssekretäre am 2. 5. 1941 über die wirtschaftlichen Ziele des Kriegs gegen die Sowjetunion, Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. 11. 1945–1. 10. 1946, Bd. 31, Nürnberg 1948, S. 84.

¹⁵⁸ Hillgruber, Strategie (wie Anm. 139), S. 516–532; Browning, Entfesselung (wie Anm. 51), S. 316–347; Friedländer, Jahre der Vernichtung (wie Anm. 50), S. 155–164; Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006, S. 205–265.

¹⁵⁹ Helmut Heiber, Der Generalplan Ost, in: VfZ, 6 (1958), S. 281–325; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.), Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993; Czesław Madajczyk u. a. (Hrsg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München 1994; Heinemann, Wissenschaft (wie Anm. 121).

¹⁶⁰ Zit. nach: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem

Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion existierte. Dennoch hatte das Propagandaministerium nicht gänzlich auf antijüdische Agitation verzichtet und dazu auch Filme genutzt. „Jud Süß“ wurde zum Pflichtprogramm der SS-Männer (Dok. 119) und ein großer Publikumserfolg, hinter dem der als Dokumentarfilm annoncierte „Der ewige Jude“ weit zurückstand (Dok. 124, 135).¹⁶¹

Bereits Ende Mai und Anfang Juni 1941 gab das Ministerium indes Anweisung an die Presse herauszustellen, dass Großbritannien und die USA – in nationalsozialistischer Diktion die „Plutokratien“ – vom Judentum regiert würden. Am 22. Juni 1941 war es mit jeglicher sprachlichen Zurückhaltung vorbei. An diesem Tag erklärte Goebbels auf einer Pressekonferenz: „Schließlich ist eine absolute Klärung des Wesens von Plutokratie und Bolschewismus nötig. Beide haben einen jüdischen Ausgangspunkt.“¹⁶² Die Medien bekamen den Auftrag, ausführlich über die Massaker zu berichten, die die sowjetische Geheimpolizei NKWD vor ihrem Rückzug aus Ostgalizien verübt hatte, und am 9. Juli 1941 gab Goebbels die Parole „Die Juden sind schuld“ aus, die künftig maßgeblich für die Berichterstattung wurde. Seine Anweisungen, so Goebbels, habe er ausdrücklich von Hitler erhalten. Der Völkische Beobachter reagierte prompt mit Schlagzeilen über den „jüdischen Bolschewismus“ und die „jüdische Weltverschwörung“.¹⁶³

Willkommenen Anlass für eine weitere Tirade bot eine Broschüre, die Theodore N. Kaufman, Inhaber einer Werbeagentur in Newark, New Jersey, in einem eigens dazu gegründeten Verlag publiziert hatte: „Germany Must Perish“ – Deutschland muss untergehen. In diesem in den USA nicht weiter zur Kenntnis genommenen Pamphlet forderte er die Sterilisation aller deutschen Männer. Die deutsche Propaganda machte aus Kaufman einen engen Freund von Roosevelts Redenschreiber, und der Völkische Beobachter titelte am 24. Juli 1941: „Roosevelt fordert die Sterilisierung des deutschen Volkes“, und behauptete: „Das jüdisch-amerikanische Kriegsziel heißt nach diesem Programm: Völlige Ausrottung des deutschen Volkes!“¹⁶⁴

Die Wochenschau brachte Bilder „von den Opfern des bolschewistischen Terrors in Lemberg“, die angeblich das „Wesen des Bolschewismus und des Judentums“ zum Ausdruck brachten. Der Sicherheitsdienst forderte, sie müssten „immer wieder gezeigt werden [...], damit auch der letzte Volksgenosse durch dieses nüchterne Tatsachenmaterial von der Gefahr des jüdischen Bolschewismus überzeugt werde“.¹⁶⁵

¹⁶¹ Jeffrey Herf, The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust, Cambridge 2006; Longerich, „Davon“ (wie Anm. 136), S. 147–150; Karl-Heinz Reuband, „Jud Süß“ und „Der ewige Jude“ als Prototypen antisemitischer Filmpropaganda im Dritten Reich. Entstehungsbedingungen, Zuschauerstrukturen und Wirkungspotential, in: Michal Anděl u. a. (Hrsg.), Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1871, Essen 2005, S. 89–148.

¹⁶² BArch, ZSg. 102/32, 22. 6. 41, zit. nach: Longerich, „Davon“ (wie Anm. 136), S. 159.

¹⁶³ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 2.1: Juli–September 1941, bearb. von Elke Fröhlich, München 1996, S. 35, Eintrag vom 9. 7. 1941; siehe etwa VB (Norrd. Ausg.), Nr. 191 vom 10. 7. 1941, S. 1: „Der Bolschewismus enthüllt sein jüdisches Gesicht“; Richard Evans, Das Dritte Reich, Bd. 3: Krieg, München 2009, S. 311–313; Longerich, „Davon“ (wie Anm. 136), S. 159 f.

¹⁶⁴ VB (Norrd. Ausgabe), Nr. 205 vom 24. 7. 1941, S. 1; Friedländer, Jahre der Vernichtung (wie Anm. 50), S. 233 f.

¹⁶⁵ RSHA, Amt II (SD): Meldungen aus dem Reich, zit. nach: Otto Dov Kulka/Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004, Dok. 554.

Die Gleichsetzung von Bolschewismus und Judentum war für die weitere Entwicklung von enormer Bedeutung: Wie die Politikommissare der Roten Armee, so sollten bald auch die sowjetischen Juden ermordet werden, stellten sie doch angeblich eben jene „jüdisch-bolschewistische Gefahr“ dar. Am 2. Juli 1941 informierte Heydrich die Einsatzgruppen: „Zu exekutieren sind alle [...] Juden in Partei- und Staatsstellungen, sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeaure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.).“¹⁶⁶ Der Kreis der zu erschießenden Personen war nur vage umrissen, durch das „usw.“ am Ende gab Heydrich den Kommandoführern zudem die Möglichkeit, ihn beständig zu erweitern. Diesen Handlungsspielraum nutzten viele Kommandos und Polizeieinheiten bereits im Juli 1941, indem sie die männliche jüdische Bevölkerung der Orte, in die sie vorstießen, unterschiedslos erschossen. Sie initiierten und förderten zudem Pogrome lokaler Milizen. Eigeninitiative von unten und ständiges Drängen von oben verstärkten sich dabei gegenseitig. Himmler ermutigte unterdessen die deutschen Einheiten im ostpolnischen Białystok offenbar zu radikalerem Vorgehen: Zwischen dem 8. und dem 11. Juli erschossen Angehörige der Polizeibataillone 316 und 322 in der Region Białystok mindestens 1000 Juden.¹⁶⁷ Vor diesem Hintergrund wurde am 17. Juli 1941 ein Befehl erlassen, den Heydrich bereits am 28. Juni 1941 entworfen hatte: Sämtliche jüdischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion seien zu erschießen.¹⁶⁸

Hitler äußerte sich in dieser Phase ebenfalls mit unverstellter Offenheit. Nachdem er sich am 10. Juli mit Robert Koch verglichen und gerühmt hatte, er habe den Juden als „Bazillus“ erkannt,¹⁶⁹ kommentierte er am 16. Juli auf einer Sitzung im Führerhauptquartier den Aufruf Stalins zum Partisanenkrieg vom 3. Juli mit den Worten, dieser „gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt“. Die notwendige Befriedung „geschehe am besten dadurch, daß man jeden, der nur schief schaue, totschieße“.¹⁷⁰

Die Massenerschießungen jüdischer Männer in den ersten Kriegswochen hatten für die deutschen Besatzungsfunktionäre in der Sowjetunion ein neues Problem zur Folge. Den Familien, deren Männer ermordet worden waren, fehlten die Ernährer. Daraufhin setzten Überlegungen ein, ob man nicht auch jüdische Frauen und Kinder erschießen solle, die sich nicht selbst verpflegen könnten. Ohnehin wurden große Teile der einheimischen Bevölkerung und die sowjetischen Kriegsgefangenen von den deutschen Behörden nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt. In der Ernährungshierarchie standen die sowjetischen Kriegsgefangenen und die Juden auf unterster Stufe. Letztere wurden angesichts von Versorgungsengpässen für „unnütze Esser“ oder, wenn sie versuchten, sich selbst zu helfen, für Plünderer und Schwarzhändler gehalten.¹⁷¹

¹⁶⁶ VEJ 7/15.

¹⁶⁷ Jürgen Matthäus, *Das „Unternehmen Barbarossa“ und der Beginn der Judenvernichtung, Juni – Dezember 1941*, in: Browning, *Entfesselung* (wie Anm. 51), S. 360 – 448, hier S. 377.

¹⁶⁸ VEJ 7/9.

¹⁶⁹ Tagebuch von Walter Hewel, in: *Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941 – 1945*, hrsg. von Peter Longerich, München u. a. 1989, S. 76.

¹⁷⁰ VEJ 7/28.

¹⁷¹ Hillgruber, *Hitlers Strategie* (wie Anm. 139), S. 518 – 532; Jürgen Förster, *Geistige Kriegsführung in Deutschland 1919 bis 1945*, in: *Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 9/1: *Staat und Gesellschaft im Kriege. Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Politisierung, Vernichtung, Überleben*, hrsg. von Jörg Echternkamp, München 2004, S. 469 – 640, hier S. 519 – 538; Longerich, *Politik der Vernichtung* (wie Anm. 40), S. 221 – 418; Hürter, *Hitlers Heerführer* (wie Anm. 158), S. 262 f. Zu

Am 1. August 1941 machte Himmler deutlich, dass auch jüdische Frauen nicht länger verschont bleiben sollten: „Ausdrücklicher Befehl des RF-SS. Sämtliche Juden müssen erschossen werden. Judenweiber in die Sümpfe treiben.“¹⁷² Von nun an fielen in immer mehr Gemeinden auch jüdische Frauen und Kinder den SS- und Polizeieinheiten zum Opfer. Das Massaker im westukrainischen Kamenez-Podolsk markierte dabei einen traurigen Höhepunkt. Nachdem ungarische Behörden etwa 10 000 Juden aus der Karpato-Ukraine dorthin abgeschoben hatten, war die jüdische Bevölkerung der Stadt auf 23 600 Juden angewachsen. Die deutsche Feldkommandantur vor Ort befürchtete Ernährungsengpässe und Seuchen und drängte auf eine „Lösung“. Den Auftrag dazu erhielt der HSSPF Russland-Süd Friedrich Jeckeln, der alle jüdischen Männer, Frauen und Kinder vom 26. bis zum 28. August 1941 ermorden ließ. Mit diesem Massaker begann die systematische Ausrottung jüdischer Gemeinden in der Ukraine,¹⁷³ der bis Ende September mehr als 100 000 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – zum Opfer fielen. Ende September 1941 ermordeten Angehörige des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C und, wiederum, der Stabskompanie des HSSPF Russland-Süd in Babij Jar an zwei Tagen die noch in Kiew verbliebenen Juden – mehr als 33 000 Menschen.¹⁷⁴

Die Eskalation der Gewalt in der Sowjetunion war der entscheidende Faktor für den Entschluss zur Ermordung der europäischen Juden: Die Vorgänge dort führten europaweit zu einer Radikalisierung und beschleunigten die Entscheidungsfindung in Berlin. Es entstand ein Klima, in dem Vorschläge zum Massenmord immer offener erörtert wurden und in dem sowohl die Regimeführung als auch verschiedene Verantwortliche vor Ort davon ausgehen konnten, dass nun alles möglich war.

Bereits am 16. Juli 1941 ließ der Chef der SD-Leitstelle Posen und Leiter der dortigen Umwandererzentralstelle, Rolf-Heinz Höppner, Eichmann wissen, wie seiner Ansicht nach mit den überfüllten Gettos und Zehntausenden von hungernden und kranken Juden im Reichsgau Wartheland verfahren werden sollte: „Es besteht in diesem Winter die Gefahr, daß die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.“¹⁷⁵

Einen Tag später, am 17. Juli 1941, erklärte in Krakau Generalgouverneur Frank ausdrücklich, er wünsche „keine weitere Ghettobildung mehr, da nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers vom 19. Juni d.J. die Juden in absehbarer Zeit aus dem Generalgouvernement entfernt werden würden und das Generalgouvernement nur noch gewissermaßen Durchgangslager sein sollte“.¹⁷⁶

¹⁷² Funkspruch Reitende Abteilung, SS-Kav.Rgt. 2 vom 1. 8. 1941, 10 Uhr, BArch, RS 3-8/36; siehe VEJ 7/51, Anm. 10.

¹⁷³ VEJ 7/67 und 70; Klaus-Michael Mallmann, *Der qualitative Sprung im Vernichtungsprozeß. Das Massaker von Kamenez-Podolsk Ende August 1941*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 10 (2001), S. 239 – 264.

¹⁷⁴ Siehe die Einleitung von VEJ 7, S. 37, sowie VEJ 7/84, 94 und 141; Dieter Pohl, *Schauplatz Ukraine. Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941 – 1943*, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Bernd C. Wagner (Hrsg.), *Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik*, München 2000, S. 135 – 173.

¹⁷⁵ VEJ 4/314.

¹⁷⁶ *Die Juden in der Generalgouvernante* (wie Anm. 141), S. 286.

Am 20. Juli 1941 drohte Goebbels dem europäischen Judentum in einem Artikel: „Wie die Faust des erwachenden Deutschland einmal auf diesen Rassenunrat niedergesaust ist, so wird auch einmal die Faust des erwachenden Europa auf ihn niedersausen“ (Dok. 193). Zwar erklärte Hitler dem kroatischen Marschall Slavko Kvaternik noch am 21. Juli 1941, nach Beendigung des Ostfeldzugs würden die Juden Europas nach Madagaskar oder Sibirien geschickt, doch benutzte er „Madagaskar“ dabei wohl nur noch als Metapher für das Ziel seiner Politik: dass es in Europa jedenfalls keine Juden mehr geben dürfe.¹⁷⁷

In Serbien gingen die deutschen Besatzer nun dazu über, als Vergeltung für Überfälle von Partisanen Juden zu erschießen. So wurden am 25. Juli 1941 in Belgrad 100 Juden erschossen und am 19. Juli „122 Kommunisten und Juden hingerichtet“.¹⁷⁸

Am 31. Juli 1941 legte Heydrich Reichsmarschall Göring ein vorformuliertes Schreiben zur Unterschrift vor. Darin ermächtigte dieser ihn erneut, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage in deutschen Einflußgebieten in Europa“ (Dok. 196). Dieses Schreiben fügte Heydrich später der Einladung zur Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 hinzu. Es sollte ihn als den zuständigen Organisator der „Endlösung der Judenfrage“ ausweisen.¹⁷⁹

Überall in von der Wehrmacht besetzten Europa forderten die deutschen Verantwortlichen nun, dass ihre Einflussgebiete von Juden „gesäubert“ würden. Der Sachbearbeiter „für Juden- und Freimaurerfragen“ in der deutschen Botschaft in Paris, Carltheo Zeitschel, notierte am 21. August 1941 für seinen Chef: „Soweit es sich um die besetzten Gebiete handelt, wie Holland, Belgien, Luxemburg, Norwegen, Jugoslawien, Griechenland, könnten doch einfach durch militärische Befehle die Juden in Massentransporten in das neue Territorium abtransportiert und den übrigen Staaten nahegelegt werden, dem Beispiel zu folgen und die Juden in dieses Territorium abzustoßen.“ Er fügte hinzu: „Wir könnten dann Europa in kürzester Zeit judenfrei haben.“¹⁸⁰

Zu diesem Zeitpunkt hatte in den Gebieten, in die Juden abgeschoben werden sollten, der Massenmord bereits begonnen. Noch immer ungeklärt war indes, was mit den deutschen Juden geschehen sollte.

Die Lage im Reichsgebiet

Im Reich entspann sich derweil eine Debatte über die Kennzeichnung der Juden. Bereits am 16. Juli hatte Karl Hermann Frank dem Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, einen solchen Schritt für das Protektorat vorgeschlagen.¹⁸¹ Zwei Wochen später bat

¹⁷⁷ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D 1937–1941, Bd. 8/2, Anh. III, S. 835.

¹⁷⁸ Tagesmeldungen des Armeeoberkommandos 12 an Wehrmachtführungsstab/Abt. Landesverteidigung: Erschießungen in Serbien, 1941, in: Die Ermordung der europäischen Juden (wie Anm. 169), S. 285 f.

¹⁷⁹ Eberhard Jäckel, Der Mord an den Juden als historisches Problem, in: ders./Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1987, S. 15 f.; Browning, Entfesselung (wie Anm. 51), S. 456 f.; Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 49), S. 422–425.

¹⁸⁰ Zit. nach: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, hrsg. von Klaus Pätzold, Leipzig 1991, S. 305 f., Zitat S. 305.

¹⁸¹ Schreiben des Staatssekretärs Karl Hermann Frank, SS-Gruppenführer, an Reichsminister Hans Lammers vom 16. 7. 1941, Abdruck in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (wie Anm. 180), S. 294.

er dringend um die Erlaubnis dazu. Lammers leitete die Bitte an das Innenministerium weiter. In seiner Antwort fragte Staatssekretär Stuckart, ob man die Kennzeichnung nicht für das gesamte Reichs- und Protektoratsgebiet einführen wolle.¹⁸² Am 15. August 1941 berief Goebbels zu diesem Thema eine Versammlung im Propagandaministerium ein (Dok. 203). Die Angelegenheit sollte Hitler vorgetragen werden, den Goebbels am 18. August 1941 im Führerhauptquartier traf. „Wir reden auch über das Judenproblem. Der Führer ist der Überzeugung, dass seine damalige Prophezeiung im Reichstag, dass, wenn es dem Judentum gelänge, noch einmal einen Weltkrieg zu provozieren, er mit der Vernichtung der Juden enden würde, sich bestätigt. Sie bewahrheitet sich in diesen Wochen und Monaten mit einer fast unheimlich anmutenden Sicherheit. Im Osten müssen die Juden die Zeche bezahlen; in Deutschland haben sie sie zum Teil schon bezahlt und werden sie in Zukunft noch mehr bezahlen müssen.“ Bei diesem Treffen stimmte Hitler der Kennzeichnungspflicht zu (Dok. 206).

Am 1. September 1941 wurde sie für das Reich wie für das Protektorat angeordnet: Alle Juden, die älter als sechs Jahre waren, mussten einen gelben Stern tragen (Dok. 212). Viele Deutsche, die die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung zuvor weitgehend ignoriert hatten, konnten dies nun nicht mehr. Manche schauten weg, wenn ihnen ein „Sternträger“ entgegenkam, andere reagierten schockiert und mit Mitleid. Oder sie versuchten zu helfen, indem sie einem Juden etwa auf der Straße Lebensmittel zusteckten, in der Straßenbahn ihren Sitzplatz anboten oder einfach nur stehen blieben und versicherten, wie sehr sie die Maßnahmen missbilligten. Erich Frey, ein Berliner Jude, schrieb im Frühjahr 1942 rückblickend: „Dagegen verhielt sich die Bevölkerung ruhig und nahm, bis auf wenige Ausnahmen, von dem Stern keine, teils sogar wohlwollende Notiz.“ In Prag begrüßten zahlreiche Tschechen die gekennzeichneten Juden demonstrativ und freundlich (Dok. 318, 319).¹⁸³

Aber es gab auch hämische und hasserfüllte Reaktionen. Für die Juden war die Kennzeichnungspflicht ein schwerer Schlag. Diejenigen, die zuvor noch mutig genug gewesen waren, entgegen den Verboten einzukaufen oder etwa ein Theater oder Kino zu besuchen, waren nun sofort zu identifizieren und liefen Gefahr, denunziert zu werden. Else Behrend-Rosenfeld schrieb im September 1941 in München: „Wieder sieht man die jüdischen Menschen mit steinernen Gesichtern durch die Straßen gehen, mit Augen, die durch alles und alle hindurchzusehen scheinen, viele mit gesenktem Kopf, manche aber auch, und dazu gehöre ich, mit stolz erhobenen Haupte.“¹⁸⁴

Auch der US-Botschafter in Berlin meldete nach Washington, die „Judenfrage“ sei nun „sehr prominent zurück ins öffentliche Blickfeld gerückt“, und Ende des Monats sagten sowohl der Botschafter als auch die US-Presse voraus, dass offenbar „noch radikalere Maßnahmen“ bevorstünden. Seit Kriegsbeginn war das Schicksal der jüdischen

¹⁸² Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 50), Bd. 1, S. 186 f.

¹⁸³ Erich Frey, Brief an seine Töchter (April/Mai 1942), in: Michael Kreutzer, „Die Gespräche drehten sich auch vielfach um die Reise, die wir alle antreten müssen.“ Leben und Verfolgung der Juden in Berlin-Tempelhof. Biographien, Dokumentation, Berlin 1988, S. 91–104, hier S. 100; Detlef Brandes, Deutsche Propaganda und Stimmung der tschechischen Bevölkerung im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1945, in: Anděl u. a. (Hrsg.), Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit (wie Anm. 161), S. 149–178, hier S. 172.

¹⁸⁴ Else R. Behrend-Rosenfeld, Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944, 3. Aufl., Köln u. a. 1979, S. 114; Kaplan, Mut (wie Anm. 94), S. 225 f.

Bevölkerung im Ausland nur selten dezidiert thematisiert worden. Die Presse berichtete eher über die allgemeine Sorge vor einer Ausweitung des Kriegs und über die unterdrückten Völker, darunter das jüdische, in ihrer Gesamtheit. Und auch jetzt schafften es Nachrichten über das Schicksal der Juden kaum in die Schlagzeilen: Den Artikel über die Einführung der Kennzeichnungspflicht platzierte die *New York Times* auf Seite 14.¹⁸⁵

Für die tschechische Exilregierung, die im Dezember 1939 von den Alliierten als Nationalausschuss, im Juni 1940 als provisorische und im Juli 1941 als rechtmäßige tschechoslowakische Regierung anerkannt worden war, stellte der Umgang mit den Juden im Protektorat bis zum Herbst 1941 ebenfalls kein zentrales Thema dar. Vorrang hatte vielmehr die Frage, wie der deutschen Herrschaft ein Ende gesetzt werden konnte und wie die Nachkriegsordnung aussehen würde. In London gab es Konflikte darüber, ob und wie viele jüdische Repräsentanten im dortigen Exilparlament (*Státní rada*) vertreten sein sollten. Die Einführung der Kennzeichnungspflicht bewog jedoch Hubert Ripka, den Außenminister der Exilregierung, zu einer deutlichen Stellungnahme zugunsten der jüdischen Bevölkerung im Protektorat (Dok. 317).¹⁸⁶

Bis zum Herbst 1941 wurde die mit den Judenhäusern begonnene innerstädtische Zwangsumsiedlung zunehmend radikaler praktiziert. In Hannover mussten über 1000 Juden im September 1941 innerhalb von 24 bis 48 Stunden ihre Wohnungen verlassen und in 16 im Stadtgebiet verteilte Gebäude umziehen (Dok. 215). In manchen Städten begannen die Kommunalverwaltungen, Juden zum Umzug in Barackenlager zu zwingen (Dok. 213). Das größte lag in einer alten Befestigungsanlage in Köln-Müngersdorf, in der in 100 Räumen 2000 Juden untergebracht wurden. Klara Caro erinnerten die Baracken an die römischen Katakomben. „Von dem heruntertropfenden Wasser herrschte ein furchtbarer Modergeruch. Alles fehlte, was zu den primitivsten Bedürfnissen gehört.“ Viele dieser Barackenlager wurden vom Herbst 1941 an zu Sammelstellen für die Deportation umfunktioni-
niert.¹⁸⁷

Denn im September 1941 änderte Hitler seine Meinung, was die Deportation der Juden aus dem Reich anging: Hatte er noch einen Monat vorher betont, diese komme erst nach Kriegsende in Frage, ließ er sie nun doch in Gang setzen (Dok. 223). Die von Stalin angeordnete Deportation Hunderttausender Wolgadeutscher nach Sibirien Ende August 1941 mag dafür ein Anlass gewesen sein. Vor allem aber hatten verschiedene Gauleiter schon seit langem darauf gedrängt, dass ihre Städte „judenfrei“ würden, so Goebbels in Berlin, Baldur von Schirach in Wien, Karl Hanke in Breslau und Karl Kaufmann in Hamburg. Letzterer brüstete sich später Göring gegenüber: „Im September 1941 war ich nach einem schweren Luftangriff an den Führer herangetreten mit der Bitte, die Juden evakuieren zu lassen, um zu ermöglichen, dass wenigstens zu einem gewissen Teil den Bombengeschädigten wieder eine Wohnung zugewiesen werden könnte. Der Führer hat unverzüglich

185 Lipstadt, *Beyond Belief* (wie Anm. 125), S. 140–154.

186 Avigdor Dagan, *The Czechoslovak Government-in-Exile and the Jews*, in: ders./Gertrude Hirschler/Lewis Weiner (Hrsg.), *The Jews of Czechoslovakia. Historical Studies and Surveys*, Bd. 3, Philadelphia u. a. 1984, S. 449–495; Jan Němeček, *Das tschechoslowakische politische Exil in London und die „jüdische Frage“*, in: TSD, 9 (2002), S. 347–366; Rothkirchen, *Jews* (wie Anm. 11), S. 160–186; Bryant, *Prague in Black* (wie Anm. 30), S. 89–95.

187 Zit. nach: Kaplan, *Mut* (wie Anm. 94), S. 222 f.; Hanke, *Geschichte* (wie Anm. 94), S. 282 f.; Buch-

meiner Anregung entsprochen und die entsprechenden Befehle zum Abtransport der Juden erteilt.“¹⁸⁸

Der wichtigste Grund für Hitlers Meinungsumschwung war jedoch vermutlich die für Deutschland immer bedrohlichere internationale Lage. Die Anzeichen für den Kriegseintritt der USA verdichteten sich. Am 11. März 1941 hatte Präsident Roosevelt das Leih-Pacht-Gesetz unterzeichnet, in dessen Folge die USA Waffen und Ausrüstung an Großbritannien lieferten. Im Frühsommer 1941 folgten Unterstützungsleistungen für die Sowjetunion. Mitte August trafen sich Roosevelt und Churchill vor der Küste Neufundlands und drohten Deutschland in der gemeinsamen Atlantikcharta mit der sicheren Niederlage. Hitler, der Roosevelt für ein Werkzeug der Juden hielt, glaubte, den amerikanischen Präsidenten durch drastische Schritte gegen die deutschen Juden unter Druck setzen zu können, um ihn so vom Kriegseintritt abzuhalten.

Dazu schien die Deportation der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden das geeignete Signal. Zudem war das Ende des Kriegs, bis zu dem die „Lösung der Judenfrage“ hatte hinausgeschoben werden sollen, ohnehin nicht absehbar.¹⁸⁹ Am 18. September 1941 informierte Himmler den Gauleiter des Warthegaus, Arthur Greiser, die Abschiebung von 60 000 Juden nach Litzmannstadt (Lodz) stünde unmittelbar bevor (Dok. 223). Von all diesen Diskussionen und Entscheidungen konnten die deutschen Juden nichts wissen. Während im August 1941 in den besetzten sowjetischen Gebieten Zehntausende Juden den Massenerschießungen zum Opfer fielen, drehten sich die Briefe, die die deutschen Juden an ihre Verwandten im Ausland schrieben, im Wesentlichen noch immer um die größte Sorge: ob die Auswanderung gelingen konnte (Dok. 186, 192, 207, 211). Doch gelangten die Nachrichten von der Front durchaus ins Reich. Willy Cohn notierte in Breslau Ende Juli 1941: „Professor Hoffmann sagte mir noch das Grausige, kaum Fassbare, dass in Lemberg 12 000 Juden erschossen worden seien. Die SS soll das gemacht haben“ (Dok. 195).

Die meisten der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden, deren Briefe und Tagebucheinträge in diesem Band dokumentiert sind, wurden deportiert und ermordet. Es ist in der Historiographie umstritten, ob und wann Hitler einen Befehl zur Ermordung aller europäischen Juden gegeben hat und ob er dies überhaupt tun musste, um den systematischen Massenmord in Gang zu setzen. Ohne seine Zustimmung ist ein solcher Schritt nicht denkbar. Dabei standen die Vorgänge in der Sowjetunion und die Erfahrungen im Reich in Wechselwirkung zueinander: Im August und September 1941 hatten die Massenmorde in der besetzten Sowjetunion bereits enorme Ausmaße erreicht, zugleich drängten im Reich und im übrigen besetzten Europa zahlreiche Verantwortliche auf ein

188 Kaufmann an Göring am 4.9.1942, zit. nach: Frank Bajohr, *Hamburgs „Führer“*. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: ders./Joachim Szodrzynski (Hrsg.), *Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen*, Hamburg 1995, S. 59–91, Zitat S. 81; Ascher, *Community* (wie Anm. 94), S. 214; Kershaw, *Wendepunkte* (wie Anm. 117), S. 585 f.

189 Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939–1941*, Stuttgart 1965; Hilberg, *Vernichtung* (wie Anm. 50); Weinberg, *Welt* (wie Anm. 51), S. 319–323; Christian Gerlach, *Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden*, in: *Werkstatt Geschichte*, 18 (1997), S. 7–44; Longerich, *Politik der Vernichtung* (wie Anm. 49), S. 427–434; Tobias Jersak, *Die Interaktion von Kriegsverlauf und Judenvernichtung. Ein Blick auf Hitlers Strategie im*

radikaleres Vorgehen gegen die Juden. Sämtliche Pläne, die sie zuvor verfolgt hatten – Auswanderung, Deportation nach Madagaskar oder in ein „Judenreservat“ im Generalgouvernement –, waren gescheitert. Damit wurde der Massenmord, der in der Sowjetunion längst im Gange war, auch in anderen Teilen Europas zu einer praktikablen „Lösung“.

Offensichtlich war im Herbst 1941 ein Wendepunkt erreicht. Gleichzeitig mit der Operation „Taifun“, dem Angriff auf Moskau Anfang Oktober 1941, verübten deutsche Einheiten auch in Ostpolen und vereinzelt im Wartheland Massaker an jüdischen Männern, Frauen und Kindern. In Serbien wurden im Zuge der „Partisanenbekämpfung“ jüdische Männer ermordet. Die Vorbereitungen für die Deportationen aus dem Reich und dem Protektorat liefen auf Hochtouren. Im Oktober wurde der Bau der Vernichtungslager Kulmhof im Warthegau und Belzec im Generalgouvernement vorbereitet. Im KZ Auschwitz wurden Tötungseinrichtungen montiert.

Dies alles konnte der Historiker Willy Cohn nicht wissen, als er am 27. September 1941 in sein Tagebuch schrieb: „Es ist meines Erachtens sicher, daß die Deutschen, wenn eben nicht in absehbarer Zeit umwälzende Änderungen eintreten sollten, ihre Feindschaft gegen die Juden weiter austoben werden! Man muß darauf gefaßt sein.“¹⁹⁰ Zwei Monate später, am 25. November 1941, wurde er mit über 1000 anderen Männern, Frauen und Kindern von Breslau nach Kaunas verschleppt und am 29. November im sogenannten Fort IX erschossen.

Dokumentenverzeichnis

Teil 1 – Deutsches Reich

- 1 Der Schriftsteller Walter Tausk notiert am 1. September 1939, wie er in Breslau den Kriegsbeginn erlebt
- 2 Emilie Braach aus Frankfurt am Main schildert ihrer nach Großbritannien emigrierten Tochter am 1. September 1939, wie sich der Alltag durch den Kriegsbeginn verändert
- 3 Der nach Jerusalem ausgewanderte Historiker Arnold Berney hält am 2. und 3. September 1939 seine düsteren Prognosen zum Kriegsbeginn fest
- 4 Der Staatskommissar für die Privatwirtschaft des Reichsstatthalters in Wien schlägt am 5. September 1939 vor, die Wiener Juden in Zwangsarbeitslager zu sperren
- 5 Das Geheime Staatspolizeiamt weist seine Dienststellen am 6. September 1939 an, Ausschreitungen gegen Juden zu unterbinden, und kündigt antijüdische Maßnahmen an
- 6 Heydrich ordnet am 7. September 1939 an, alle männlichen polnischen Juden über 16 Jahren im Reich zu verhaften
- 7 Walter Grundmann informiert Reichskirchenminister Kerrl am 8. September 1939 über die Arbeit des Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben
- 8 Willy Cohn notiert am 10. September 1939 in sein Tagebuch, dass die Stimmung in Breslau immer antisemitischer wird
- 9 Die NSDAP-Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen berichtet am 11. September 1939 über Angriffe auf Juden und fordert, alle Juden in einem Konzentrationslager zu inhaftieren
- 10 Die Gestapo München beschuldigt Felizi Weill am 13. September 1939 aufgrund einer Denunziation der Hetze gegen die deutsche Staatsführung
- 11 Aufbau: Artikel vom 15. September 1939 über die Bedeutung dieses Kriegs für die Zukunft des Judentums
- 12 Beim Beauftragten für den Vierjahresplan in Berlin findet am 16. September 1939 eine Besprechung über die Auswanderung der Juden und deren Zwangsarbeit statt
- 13 Schüler der 8. Klasse üben am 19. September 1939 in einem Diktat, „barfüßige Polenweiber und schmierige Kaftanjuden“ zu schreiben
- 14 Jüdisches Nachrichtenblatt: Ankündigung des Jüdischen Kulturbunds vom 22. September 1939, dass die Filmbühne ihre Vorführungen wieder aufnimmt
- 15 Martin Striem aus Berlin beklagt sich am 28. September 1939 bei seinem emigrierten Sohn Rolf über den bevorstehenden Umzug in ein „Judenhaus“
- 16 Der NSDAP-Ortsgruppenleiter Rothleitner plädiert am 2. Oktober 1939 dafür, alle

¹⁹⁰ Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933–1941, München/Genève, Bd. 1, Köln 1996, S. 287.

DOK. 115 X

**Esther Cohn aus Offenburg beschreibt am 3. November 1940
in ihrem Tagebuch ihre Verzweiflung über die Deportation ihrer Mutter
und ihrer Schwestern nach Frankreich¹**

Handschriftl. Tagebuch von Esther Cohn,² Offenburg, Eintrag vom 3. 11. 1940

3. 11. 40.

Oh, Furchtbares ist in der Zwischenzeit geschehen! Alle Juden aus Baden sind fortgekommen und zwar am 22. Oktober.³ Es ist ganz schrecklich, einfach unglaublich! Es ist jetzt schon fast 14 Tage, und ich habe immer noch keine Adresse. Ich kann dies Leben jetzt bald nimmer aushalten! Viele Leute schrieben mir, aber was hilft's mir denn? Wann werde ich meine süße Musch und meine Geschwister wiedersehen?⁴ Werde ich es überhaupt nochmals? Oh, lieber Gott, gib doch, daß wir bald wieder zusammenkommen, oder falls es nicht sein soll, dann mache doch meinem armen Leben ein Ende. Was habe ich denn davon, wenn ich niemanden mehr habe? Oh, daß ich doch nie geboren wäre, um solches Elend zu erleben! Mein armer süßer Vati ist auch nicht da,⁵ hoffentlich bekomme ich bald ein Lebenszeichen von ihm und meinen Lieben, die wahrscheinlich in Südfrankreich jetzt weilen müssen.

Lieber Gott, behüte und beschütze meine einzigen Menschen, die ich liebe, gib ihnen satt zu essen und ein Bett zu schlafen. Bei jedem Bissen, den ich zu mir nehme, denke ich, hat denn mein Mutterle auch was zu essen? Oh, wie grausig ist doch das Schicksal! Lieber Gott, führe mich bald wieder mit ihnen zusammen. So allein kann und werde ich nicht leben. Oh, Mutti, warum haben wir uns in den Ferien nicht besser verstanden? Jetzt, wo ich dich so nötig habe!!!

Am 18. Oktober bin ich unwohl geworden, meine Mutti wollte das doch gerne wissen. Am 13. November hat Fr. Bendix⁶ Geburtstag, da sollen wir wieder etwas aufführen, wenn das doch nur schon rum wäre!

¹ YVA, O.33/1666. Abdruck in: Esther Cohn/Martin Ruch, „Inzwischen sind wir nun besternt worden“. Das Tagebuch der Esther Cohn (1926–1944) und die Kinder vom Münchner Antonienheim, Norderstedt 2006, S. 72–74.

² Esther Lore Cohn (1926–1944), Schülerin; lebte 1939–1942 im Jüdischen Kinderheim in der Münchener Antonienstraße und machte 1941 ihren Schulabschluss an der Israelitischen Volksschule in München. Sie wurde am 29. 7. 1942 nach Theresienstadt, am 16. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

³ Siehe auch Dok. 111 vom 26. 10. 1940, Dok. 113 vom 30. 10. 1940 sowie die Einleitung, S. 45.

⁴ Musch: Sylvia Cohn, geb. Oberbrunner (1904–1942), Hausfrau; schrieb seit ihrer Schulzeit Gedichte; wurde mit ihren Töchtern Myriam (1929–1974) und Eva (*1931) im Okt. 1940 aus Baden nach Gurs in Südfrankreich deportiert. Sylvia Cohn wurde zunächst weiter nach Rivesaltes, am 13. 9. 1942 über Drancy nach Auschwitz deportiert und dort wenig später ermordet. Myriam und Eva gelangten im April 1943 mit der Hilfsorganisation OSE in die Schweiz, wo sie Aufnahme im Kinderheim Lilly Volkart in Ascona fanden. Im Okt. 1945 emigrierten sie nach Großbritannien.

⁵ Eduard Cohn (1898–1976), Handelsvertreter, Kaufmann; Mitglied der Zionistischen Vereinigung Offenburgs; nach dem Novemberpogrom verhaftet und bis zum 20. 12. 1938 im KZ Dachau inhaftiert; emigrierte im Mai 1939 nach Großbritannien, 1945 Vorarbeiter in einer Federfabrik.

⁶ Alice Bendix (1894–1943), Erzieherin; von 1933 an stellv. Heimleiterin, von 1935 an Direktorin des Antonienheims; 1942 mit den verbliebenen Kindern und dem Personal in die Heimanlage Milbertshofen, von dort ins Sammellager Berg am Laim gebracht, am 3. 3. 1943 zusammen mit den Kindern nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Jetzt bin ich schon ein Backfisch. – Fr. Rubens, unsere Englisch-Lehrerin, gibt mir viel Englisch zu lesen, dadurch habe ich mir das Romanlesen ganz abgewöhnt. Wie oft wollte mir Günter schon einen anbieten, aber willensfest sage ich immer nein.⁷ Da bin ich nun sehr froh, daß [ich] mir das abgewöhnt habe.

Günter ist zur Zeit mein einziger Liebling. Keinen hab ich so lieb wie ihn. Und wenn mich die andern noch so deswegen verhöhnen, das ist mir ganz egal.

In letzter Zeit habe ich zwei wunderschöne Bücher gelesen: „Abraham“ und „Dienst auf den Höhen“, eins ist schöner wie das andere.⁸ Morgen beginnt die Schule erst [um] 8.50 Uhr. Das ist für den ganzen Winter. Ebenfalls morgen kommen zwei neue Mädels ins Heim. Die „Ruthenburgs“ werden sie bei uns genannt. Ich mag sie sehr gerne, sie waren bei Mirz in der Klasse.

So gute Nacht für heute, liebes Tagebuch.

Den Günter kann ich gar nicht mehr riechen.⁹

DOK. 116

**Hitler spricht am 8. November 1940 in München über den Aufstieg
der NS-Bewegung und den „Kampf gegen das Judentum“¹**

Rede Hitlers bei der Erinnerungsfeier zum Marsch auf die Feldherrnhalle 1923, gehalten im Löwenbräukeller in München am 8. 11. 1940²

Parteigenossen und -genossinnen!

Meine Kameraden!

Wir feiern nun wieder den 9. November. So wie damals am Vortag die Kundgebung. Für uns war das Jahr 1923 ein Höhepunkt des Kampfes um die Macht in Deutschland. Diesen Kampf und damit die Bedeutung des Tages, den wir feiern, begreift nur derjenige, der sich zurückerinnert an die Zeit, in die wir damals gesetzt waren und vor allem derjenige, der sich die Vorgeschichte dieses ganzen gewaltigen Ringens wieder vor Augen führt. Als wir in das politische Leben der Nation eintraten, waren unsere Namen unbekannt. Der größte Teil von uns, ich an der Spitze, gehörte nicht einmal einer Partei an. Die meisten waren Soldaten gewesen, kehrten aus dem großen Krieg zurück, mit Grimm oder mit Verzweiflung im Herzen. Die Lage unseres Volkes, des Deutschen Reiches, schien eine verzweifelte, für viele hoffnungslose zu sein.

Das Deutschland der Zeit vor dem Jahr 1914 ist nicht mehr unser Deutschland. Trotzdem fühlen wir uns auch mit diesem Deutschland verbunden, denn es hat die Einheit eines

⁷ Günter Pollak (1926–1941) lebte 1935–1941 im Münchener Antonienheim. Er wurde am 20. 11. 1941 nach Kaunas deportiert und dort ermordet.

⁸ Ernst Fürstenthal, Abraham, Berlin 1936; Martha Wertheimer, Dienst auf den Höhen, Berlin 1937.

⁹ Satz vermutlich nachträglich eingefügt.

¹ DRA, 2743247. Bearbeiteter Abdruck in: Völkischer Beobachter (Norddt. Ausg.), Nr. 315 vom 10. 11. 1940, S. 3f. Der VB war die Tageszeitung der NSDAP und erschien 1927–1945, zunächst in der Reichsausgabe in München; 1933 kamen eine Berliner und eine Norddeutsche Ausgabe hinzu, 1938 eine Wiener Ausgabe.

² Der Text folgt der Tonaufnahme der Rede; Gesamtdauer: 105 Minuten, 30 Sekunden.

dernden oder im Auftrag der Behörde reisenden Juden wird die Zentralstelle für jüdische Auswanderung eine zusätzliche Bestätigung ausstellen und sie ihnen aushändigen.

10.) Die Kultusgemeinde hat ein Verzeichnis der von ihr unterstützten Juden anzulegen und es sukzessive der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vorzulegen. Für dieses Verzeichnis kommen Juden in Betracht, die die unentgeltliche Verpflegung in Anspruch nehmen und überdies Geldzuschüsse für Miete, Krankenpflege etc. erhalten. Das Verzeichnis ist nach Familien geordnet anzulegen, so zwar,⁸ daß zuerst der Familienerhalter und dann die Frau und Kinder unter Angabe der genauen Anschrift genannt werden.

11.) Die für den Transport bestimmten jüngeren Personen sollen angewiesen werden, den Älteren während des Transportes behilflich zu sein.

12.) Die Angestellten der Kultusgemeinde und deren Anstalter,⁹ deren Dienstleistung benötigt wird, werden von der Einteilung in die Transporte herausgehalten.

13.) Die Umschichtungskurse für Erwachsene und Jugendliche sind sofort aufzulösen. Die nicht benötigten Lehrer der Schule II. Castellezgasse 35 sind zu entlassen, ebenso das Umschulungspersonal.

DOK. 145 ✕

Kurt Mezei hält am 3. Februar 1941 in seinem Tagebuch fest, dass bereits Vorladungen zur Deportation an Wiener Juden verschickt wurden!

Handschriftl. Tagebuch von Kurt Mezei,² Wien, Eintrag vom 3. 2. 1941

Montag, 3. Februar 1941

Ereignisse:

Den ganzen Tag liege [ich] mit geringem Fieber im Bett. Die Polenaktion ist auf dem Höhepunkt angelangt, die ersten Verladungen sind schon ausgeschickt!³

Etwas Furchtbares ist geschehen! Die „Umschulung“ ist – aus welchem Grunde? – ab 7. d. M. gesperrt.⁴ Was werde ich machen? Es ist furchtbar!

Gedanken:

Das mit der Umschulung ist wirklich furchtbar! Andeutungen hörte ich schon am Sonntag, glaubte es jedoch nicht. Heute nun wurde es allgemein offiziell bestätigt.

⁸ Gemeint ist: und zwar so.

⁹ So wurden die Hilfskräfte der Angestellten bezeichnet.

¹ JMW, Inv.Nr. 4465/3, Tagebuch von Kurt Mezei, Heft 1.

² Kurt Mezei (1924–1945), Schüler; besuchte mit seiner Zwillingsschwester Ilse (1924–1945) das Wiener Chajes-Gymnasium bis zu dessen Schließung im Okt. 1938; nahm an Umschulungskursen der IKG teil, 1940/41 als Elektriker und Bote der IKG tätig, wurde am 15. 10. 1941 ins „Zimmer 8“ versetzt, wo er an der administrativen Vorbereitung der Deportationen mitwirken musste; er wurde am 12. 4. 1945 von einer SS-Einheit erschossen. Seine Schwester starb vorher bei einem Bombenangriff.

³ Zu den Deportationen von Wiener Juden in das Generalgouvernement im Frühjahr 1941 siehe Dok. 144 vom 2. 2. 1941, Dok. 150 vom 12. 2. 1941, Dok. 151 vom 15. 2. 1941 und Einleitung, S. 52 f.

⁴ Im Zusammenhang mit den Deportationen wurden die Umschulungskurse eingestellt; siehe Dok. 144 vom 2. 2. 1941.

DOK. 146

Völkischer Beobachter: Artikel vom 4. Februar 1941 über die Ausgrenzung der Juden aus der Wirtschaft!

Entjudung Europas

Nach dem im Ausland mit Staunen und Bewunderung verfolgten glatten Verlauf des Entjudungsvorgangs in Deutschland rollte ein europäisches Land nach dem anderen die Judenfrage auf. Das deutsche Vorbild löste in weiten Gebieten, insbesondere im Südosten, seit langem wirkende latente Kräfte aus, führte zu unmittelbaren Aktionen der Staatsführung oder zwang die Regierung zumindest, sich mit dem Judenproblem näher zu befassen. Zu einer umfassenden Regelung ist es aber bisher in keinem anderen Lande gekommen. Es darf eben nicht verkannt werden, daß es sich bei der Ausschaltung des Judentums um eine *politische Maßnahme* erster Ordnung handelt.

Gewiß trat der jüdische Einfluß besonders sichtbar in der Wirtschaft in Erscheinung, für das völkische Leben nicht weniger bedeutungsvoll war jedoch die dominierende jüdische Stellung in der Presse, dem Theater- und Lichtspielwesen, der Kunst, der Literatur sowie bei den Rechtsanwälten, Ärzten und Apothekern. Die Machtposition des Judentums beruhte ja geradezu auf der raffinierten, vielfach getarnten Besetzung entscheidender Stellungen in der Wirtschaft, der Kultur, im Rechtswesen und auch im Staatsapparat – hier spielten sie meist und lieber die Rollen „grauer Eminenzen“. Isolierte Maßnahmen auf einem der völkischen Lebensgebiete vermögen daher das Kernproblem ebensowenig zu lösen wie Teilregelungen auf mehreren oder allen Gebieten. Eine völlige Klärung und endliche völkische Befreiung kann nur die *Ausscheidung aller Juden* bringen. Daß hierbei die Judenfrage überhaupt nur rassistisch gesehen und gelöst werden kann, erscheint nach unseren Erfahrungen selbstverständlich. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird das Jahr 1941 im Zeichen der restlosen Ausscheidung des Judentums im europäischen Wirtschaftsraum stehen und damit den endgültigen Durchbruch aller völkischen Kräfte bringen. *Drei Beweggründe* führen zu dieser Auffassung:

1. Die Wirtschaft aller europäischen Länder wird sich in immer stärkerem Maße nach den Achsenmächten ausrichten. Deutschland dominiert mit weitem Abstand im Außenhandel aller Länder. Die Folgen dieses Zustandes für die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur anderer Länder in rassistischer Hinsicht liegen auf der Hand. Welchem deutschen Kaufmann und Unternehmer kann noch zugemutet werden, mit Juden zu verhandeln? Es ist daher durchaus folgerichtig, daß die Ausschaltung der Juden aus dem Import- und Exportgeschäft der südosteuropäischen Staaten am weitesten vorgeschritten ist.

2. Darüber hinaus vollzieht sich ein revolutionärer Umbruch im wirtschaftlichen Denken in allen kontinentaleuropäischen Ländern, hier mehr, dort weniger, hier noch zögernd, dort mit ungestüher Urgewalt. Und überall setzen sich zwar die Anhänger und Nutznießer des abklingenden jüdisch-liberalen Systems mit allen Kräften zur Wehr, das Rad der Geschichte vermögen sie jedoch nicht mehr aufzuhalten.

Überall gewinnen die deutschen Wirtschaftsideen an Boden. Sie aber führen automatisch zu einer Eliminierung des Judentums. Denn die nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre ist keine Lehre des Mammonismus und kein Katechismus des Geldverdienens. son-

¹ Völkischer Beobachter (Norddt. Ausg.), Nr. 35 vom 4. 2. 1941, S. 2.

Das deutsche Volk, die deutsche Wehrmacht hat still geschwiegen, als der Geßlerhut⁶ aufgerichtet wurde. Sie werden wissen, Hochwürden, daß in Polen, Litauen etc. es schon lange so ist, daß jeder Jude ein Abzeichen trägt, daß er nicht auf dem Bürgersteig gehen darf, jeden Soldaten grüßen muß, ohne daß dieser den Gruß erwidern darf. Daß man in den Ghettos die Menschen langsam verhungern läßt ... Hochwürden, ich würde nichts sagen, wenn man uns alle an die Wand stellt, erschießen würde, aber diese langsame Marter, die Entwürdigung, *das* ist unmenschlich! Ihnen wird auch das Fortschleppen der Juden aus Stettin bekannt sein, das aus Baden, aus Breslau, das z. Z. im Gange ist.⁷ Ich spreche nicht, weil ich alle Juden für Engel halte. Es gibt sehr schlechte und sehr gute darunter – genau so wie unter den Deutschen. Verzeihen Sie, daß ich Binsenwahrheiten sage. Ich kann nicht die Dinge so geschliffen formulieren wie Sie, Hochwürden, zumal ich im Innersten zerquält und betäubt bin von dem Gedanken, was für neues Elend der 19. September für viele 1000 Menschen bringen wird. Ob uns ein Helfer ersteht? Ich will nur eines hoffen, daß Ihnen dieser Brief keine Unannehmlichkeiten bringt. Sie kennen mich nicht, ich kenne Sie nicht. Nur der aberwitzige Wunsch, die irre Hoffnung, daß uns irgendwo ein Helfer ersteht, treibt mich zu diesem Brief. Gott segne Sie!

DOK. 225 X

**Kurt Mezei notiert am 19. September 1941 in sein Tagebuch,
er trage den gelben Stern mit Stolz!**

Tagebuch von Kurt Mezei, Wien, Eintrag vom 19. 9. 1941

Freitag, 19. September.

Große Premiere der Judensterne. Ich gehe gegen 10 h in die *Kartenstelle*,² wo [ich] bis 1 h [war]. Ich stehe fast die ganze Zeit vor der Kartenstelle, da es mir Freude bereitet, von den Leuten angestarrt zu werden. Habe Schlosseranzug an. Nachher mit Mimi, die [ich] vor der Kartenstelle treffe, zum Kai, von dort fahre [ich] in Pension. Von hier ins Spital, von wo [ich] mit Stadtbahn heimfahre ...

Zu Mittag ist Miry³ kurz da, am *Nachmittag* schreibe [ich] an Papa,⁴ stopfe. Um 6 h im *Tempel* (von heute bis inkl. 10. Oktober beginnt der G'ttesdienst um 6 h), nachdem [ich] vorher für Feldsberg die Zeitung hole – und lese – und bei Mama.⁵ G'ttesdienst heute

⁶ Einrichtung, deren Zweck das Erzwingen untertänigen Verhaltens ist.

⁷ Siehe Dok. 52 vom 12./13. 2. 1940, Dok. 112 vom 29. 10. 1940 und Dok. 113 vom 30. 10. 1940.

¹ JMW, Inv.Nr. 4465/3, Tagebuch von Kurt Mezei, Heft 3.

² In dieser Abt. der IKG wurden seit Nov. 1940 die Lebensmittelkarten für die Wiener Juden ausgeben. Hier wurde die jüdische Bevölkerung vollständig erfasst, da Juden nirgendwo sonst Bezugsmarken bekamen.

³ Vermutlich: Marianne Neuwirth (1924–1942), Schülerin; wurde am 14. 9. 1942 nach Mały Trostinez deportiert und dort ermordet.

⁴ Moritz, auch Maurus Mezei (1886–1944), Journalist, Schriftsteller; bis zu deren Verbot 1934 SPD-Mitglied; floh Ende 1938 nach Ungarn, im Sommer 1939 nach Italien, 1940 im Internierungslager in Urbisaglia, Nov. 1943 im Lager Fossoli inhaftiert, wurde im April 1944 nach Auschwitz deportiert, dort im Sept. ermordet.

⁵ Margarete Mezei (1899–1993), Sekretärin; arbeitete für die IKG Wien. war u. a. Sekretärin Benjamin

ohne Chor. Stehe neben Murrelstein⁶ – Loge. Heim am Abend mit Ilse⁷ & Edith. Letztere trägt seit vergangener Woche Brillen und ist heute besonders mies ...
Der Judenstern stört mich gar nicht, im Gegenteil: Ich trage ihn mit Stolz!⁸

DOK. 226

**Erwin Garvens aus Hamburg empört sich am 21. September 1941
in seinem Tagebuch über die Einführung des gelben Sterns!**

Handschriftl. Tagebuch von Erwin Garvens,² Hamburg, vom 21. 9. 1941

Sonntag, 21. September (1941) vormittags wie die letzten Tage [...] ³ und wir hatten infolgedessen nicht viel von der „Alten Liebe“.⁴ Aber mittags klarte es sich, und wir konnten nach dem Essen mit Oldenburgs noch einen netten Spaziergang am Deich machen. Um 5.16 fuhren wir dann ab; zunächst war es ganz gemütlich, ab Stade wurde es aber unheimlich voll mit Sonntags-Ausflüglern, so daß wir ziemlich gerädert um 9.29 in Hamburg ankamen. Glücklicherweise kriegten wir schnell ein Auto, das uns – schon im Dunkeln – eiligst nach Hause fuhr. Wir konstatierten am Abend, daß wir beide etwa 3 Pfd. zugenommen hatten, und [...] ⁵ an, daß uns diese unsere dritte Reise 1941 von allen am meisten befriedigt und erfrischt hat, obwohl das Wetter ja nicht günstig gewesen war. Es war nur schade, daß das wirklich gute Herbstwetter erst jetzt einsetzte – wieder a tempo mit Beginn der jüdischen Feiertage. Die bescherten den Juden diesmal eine besondere Aufmerksamkeit seitens unserer glorreichen Regierung: seit dem 19. September müssen alle Volljuden, sofern sie nicht arisch versippt sind, einen großen gelben Stern mit der Aufschrift „Jude“ tragen. Von unseren Bekannten sind, wegen der erwähnten Ausnah-

Murrelsteins, überlebte schwer verletzt einen Bombenangriff am 12. 3. 1945; arbeitete nach dem Krieg wieder für die IKG Wien.

⁶ Dr. Benjamin Murrelstein (1905–1989), Rabbiner; von 1938 an in leitender Position in der IKG tätig, u. a. Leiter der Auswanderungsabt.; im Jan. 1943 nach Theresienstadt deportiert, dort 1944/45 Judenältester; 1945–1947 wegen Kollaboration in tschechoslowak. Untersuchungshaft, wanderte danach nach Italien aus.

⁷ Ilse Mezei (1924–1945), Schülerin; die Zwillingsschwester von Kurt Mezei besuchte einen Umschulungskurs der IKG Wien für Musiker, 1940/41 Arbeit in der Telefonzentrale der IKG; kam am 12. 3. 1945 bei einem Bombenangriff auf Wien ums Leben.

⁸ In der Jüdischen Rundschau vom 4. 4. 1933 hatte der Schriftsteller und Journalist Robert Weltsch (1891–1982) als Reaktion auf den Boykott vom 1. 4. 1933 von den deutschen Juden gefordert: „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!"; VEJ 1/25.

¹ StAHH, 622-1/124, 2 Band 14.

² Dr. Erwin Garvens (1883–1969), Jurist, Schriftsteller; von 1926 an Direktor des Rechnungsamts in Hamburg, 1930 Reg.Rat, 1933 mit Wirksamkeit zum 28. 4. 1934 vorzeitig in den Ruhestand versetzt; 1934 Mitglied der Hamburger Patriotischen Gesellschaft, aus der er 1935 ausgeschlossen wurde, da seine Ehefrau als „Halbjüdin“ galt; 1942–1944 als Vertreter eines Notars tätig; 1945/46 kurzzeitig wieder im Rechnungsprüfungsamt tätig.

³ Ein Wort unleserlich.

⁴ „Alte Liebe“: 1732 entstandener Schiffsanleger in Cuxhaven, dient heute als Aussichtsplattform, von der Besucher die Schifffahrt auf der Elbe beobachten können.

⁵ Zwei Wörter unleserlich.

Abends wird überraschenderweise bekannt, daß Hitler 7 Uhr 40 in der Prager Burg eingetroffen sei. Die Führerstandarte auf dem Hradschin. Die Fensterreihen der großen Säle erleuchtet. Er empfängt Generäle, Offiziere, Funktionäre der NS, Minister, wohl nur die Deutschen unter sich.

DOK. 236 X

**Helga Hošková schildert in ihrem Tagebuch den deutschen Einmarsch
in die Tschecho-Slowakei am 15. März 1939¹**

Handschriftl. Tagebuch von Helga Hošková,² Eintrag zum 15. 3. 1939

Es war am 15. März 1939, als das Leben mich zum zweiten Mal mit der Wirklichkeit konfrontierte. Als ich am Morgen aufwachte, sah ich Vati³ und Mutti⁴ mit gesenkten Köpfen am Radio sitzen. Zunächst wusste ich nicht, was passiert war, ich bekam es aber bald mit, denn im Radio meldete sich der Nachrichtensprecher und sagte: „Heute um 6 Uhr 30 überschritt die deutsche Armee die Grenzen der Tschechoslowakei.“ Noch heute kann ich die Stimme klar hören. Ich habe zwar nicht viel vom Inhalt der Worte verstanden, spürte aber, dass sich hinter ihnen etwas Schreckliches verbarg. Der Nachrichtensprecher meldete sich dann noch mehrmals. Er mahnte die Einwohner zu Ruhe und Festigkeit. Ich blieb noch eine Weile liegen. Vati setzte sich zu mir ans Bett. Er sagte kein Wort. Ich nahm seine Hand. Ich fühlte, wie sie zitterte. Vati war ernst, man konnte ihm anmerken, dass er sehr aufgeregt war. Es herrschte Stille, die nur vom leisen Ticken der Uhr unterbrochen wurde. Es lag etwas in der Luft. Niemand wollte das peinliche Schweigen beenden. So verharrten wir mehrere Minuten. Dann zog ich mich an und ging in die Schule. Mutti begleitete mich an jenem Tag. Unterwegs sahen wir bekannte und unbekannte Gesichter. In ihren Augen konnte man Angst und Traurigkeit lesen sowie die Frage: „Wie wird es weitergehen?“

Auch in der Schule ging es damals traurig zu. Das sonst heitere Plappern und sorglose Kinderlachen hatten sich in verschrecktes und verschüchtertes Wispern verwandelt. Im Flur und in den Klassenräumen sah man kleine Gruppen diskutierender Mädchen. Als es klingelte, gingen wir wieder in unsere Klassenräume. An jenem Tag haben wir nicht viel gelernt. Wir waren alle zerstreut und atmeten auf, als es läutete. Wir gingen nach

1 Original in Privatbesitz, Abschrift in Moreshet, D2, 215. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt. Helga Hošková führte seit Sept. 1938 Tagebuch; sie schrieb teilweise in Rückblicken, so auch diesen Eintrag.

2 Helga Hošková, geb. Weiss (*1929), Künstlerin, Illustratorin, Lehrerin; wurde am 7.12.1941 zusammen mit ihren Eltern nach Theresienstadt und im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert, von dort über Freiberg bei Dresden nach Mauthausen, wo sie 1945 von US-Truppen befreit wurde; kehrte im Mai 1945 nach Prag zurück und studierte später Kunst, lebt in Prag.

3 Otto Weiss (1898 – 1944), Angestellter; stammte aus Pardubitz, im Ersten Weltkrieg verwundet, nach 1918 in Prag Angestellter in der Länderbank; er wurde im Dez. 1941 nach Theresienstadt, im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

4 Irena Weiss, geb. Fuchs (1906 – 1990), Schneiderin; wurde zusammen mit ihrer Tochter nach Theresienstadt, Auschwitz und Mauthausen deportiert und dort befreit; kehrte mit ihrer Tochter in ihre Vorkriegswohnung in Prag zurück, arbeitete in einem Staatsbetrieb als Schneiderin.

Hause. Auf viele von uns warteten die Eltern. Auch meine Mutter kam mich abholen. Auf dem Heimweg sahen wir schon viele deutsche Autos und Panzer. Die Soldaten waren schlecht angezogen, und die Autos waren aus dünnem Blech. Obwohl ihre Ausrüstung schlecht war, jagte uns das alles einen Schrecken ein. Das Wetter war an jenem Tag abscheulich. Es fiel Regen und Schnee, der Wind heulte. Als ob die Natur rebelliert hätte. So wurden wir plötzlich vom Deutschen Reich „beschützt“, ohne zu wissen, wie und wovor. Die Slowakei unterlag den Reizen Deutschlands und trennte sich von den böhmischen Ländern im blinden Glauben, damit zu einer unabhängigen, freien Nation zu werden.⁵ Wir bekamen auch einen neuen Namen. Statt Tschechoslowakei nannte man uns jetzt Protektorat Böhmen und Mähren.⁶

Seit dem 15. März gab es keinen einzigen ruhigen Tag mehr.

DOK. 237

**Göring informiert die zuständigen Behörden
am 16. März 1939 über seine Kompetenzen in allen Wirtschaftsfragen
und verbietet „wilde Arisierungsmaßnahmen“¹**

Schnellbrief von Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, gez. Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan (St.M.Bev. Dev. 2560), an a) die Reichsminister, b) den Protektor, c) die Geschäftsgruppen des Vierjahresplans, d) die Generalbevollmächtigten, e) Reichskommissar Bürckel (für Mähren), f) Reichskommissar Henlein (für Böhmen)² vom 16. 3. 1939 (Abschrift)

Die Besonderheiten, die sich bei der Eingliederung des Reichsprotektorats von Böhmen und Mähren in den deutschen Wirtschaftsraum ergeben werden, erfordern mehr noch, als es bei der Eingliederung der Ostmark und des Sudetenlandes nötig gewesen ist, eine einheitliche Lenkung. Ich behalte mir deshalb in allen grundsätzlichen wirtschaftlichen Fragen die Entscheidung vor und bitte, mir sobald wie möglich mitzuteilen, welche Pläne bei Ihnen im einzelnen bestehen. Insbesondere bitte ich, sie bei der Einführung deutscher wirtschafts- oder arbeitsrechtlicher Vorschriften jeweils vorher vorzulegen.

Im einzelnen weise ich zunächst auf folgendes hin:

1. Die tschechoslowakische Industrie ist bekanntlich sehr ausfuhrorientiert. Auf die Erhaltung dieser Ausfuhr muß aus den bekannten Devisengründen ausschlaggebender

5 Nach einem Treffen des von der tschecho-slowak. Regierung abgesetzten Premierministers der Slowakei Jozef Tiso mit Hitler am 13. 3. 1939 stimmte das slowak. Parlament am Tag darauf einstimmig für die Unabhängigkeit der Slowakei.

6 Am 16. 3. 1939 rief Hitler das Protektorat Böhmen und Mähren aus.

1 Kopie: NAP, sbírka filmů, film II 434 b/06075. Abdruck in: Miroslav Kárný/Jaroslava Milotová, Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha, Praha 1987, Dok. 52, S. 129 – 131.

2 Konrad Henlein (1898 – 1945), Lehrer; 1933 Gründer der Sudetendeutschen Heimatfront; 1938 SS-Eintritt; 1938/39 Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete, von 1938 an Gauleiter, seit 1939 Reichsstatthalter im Sudetenland; 1939 NSDAP-Eintritt; CdZ in Böhmen, 1942 – 1945 Reichsverteidigungskommissar im Sudetenland; 1943 SS-Obergruppenführer; nahm sich in US-Internierung das Leben.

DOK. 288

Alžběta Salačová in Prag bekommt am 4. Oktober 1940
einen anonymen antisemitischen Brief¹

Anonymer Brief von Frauen aus Mscheno an Alžběta Salačová,² Prag, vom 4. 10. 1940³

Ihr stinkenden Jüdinnen!

Ihr kommt hierher, um uns Fleisch, Eier, Obst und Geflügel zu klauen. Das lassen wir uns nicht gefallen!⁴ Ihr wohnt im Hotel, wo die Juden nichts zu suchen haben. Solltet ihr noch einmal hierherkommen, werden wir die Gestapo rufen, die euch aus dem arischen Hotel rausschmeißen wird, und wir werden dann die Gestapo in Prag auffordern, bei euch Hausdurchsuchungen durchzuführen.

Wir erteilen euch diese Warnung zum letzten Mal!!

Die armen Frauen aus Mscheno,⁵ die ihr beklaut.

DOK. 289 ✕

Der Jugendliche Jiří Münzer beschreibt am 6. Oktober 1940 in seinem Tagebuch,
wie seine Hinwendung zum Zionismus verlief¹

Handschriftl. Tagebuch von Jiří Münzer,² Eintrag vom 6. 10. 1940

Sonntag, den 6. Oktober 1940.

Nach langer Zeit habe ich mich wieder entschlossen, einige Notizen in mein Tagebuch einzutragen. Ich sage Notizen, denn sollte ich alles aufschreiben, was in letzter Zeit mir persönlich oder allgemein passiert ist, müsste ich ganze Bücher verfassen. Da ich jedoch über keinerlei schriftstellerische Begabung verfüge, weiß ich nicht, wie das aussehen würde. Es geht nämlich vor allem um meinen inneren Wandel.

Von einem gleichgültigen Menschen habe ich mich zum Juden gewandelt – dieses Bewusstsein gibt meinem ganzen Leben eine neue Richtung und wird es auch in Zukunft

1 Kopie: JMP, DP 45d. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

2 Alžběta Salačová (1909 – 1973); heiratete 1936 den „arischen“ Juristen Vladimír Salač in Prag; um Probleme einer „Mischehe“ zu vermeiden, trennten sie sich 1939 offiziell. Nach der Geburt ihres Sohnes Ivan Martin im Juli 1942 ließ Salač das Scheidungsurteil aufheben. Am 25. 1. 1943 wurden Alžběta Salačová und ihr Sohn nach Theresienstadt deportiert, wo sie bis zu ihrer Befreiung im Mai 1945 vom nachgereisten Ehemann mit Kleidung, Lebensmitteln und Zigaretten versorgt wurden.

3 Im tschech. Original zahlreiche Rechtschreibfehler.

4 Die Stadtbevölkerung versuchte sich auf dem Land mit Lebensmitteln zu versorgen; siehe Dok. 263 von Anfang Okt. 1939.

5 Mscheno bei Melnik in Mittelböhmen.

1 JMP, DP 79. Abdruck in: Dospivání nad propastí. Deník Jiřího Münzera 1936 – 1942, Praha 2002, S. 44 – 49. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

2 Jiří Münzer (1923 – 1943), Schüler; wohnte in Hohenbruck, Mitglied der zionistischen Organisation El Al in Königgrätz, Fabrikarbeit; am 21. 12. 1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt deportiert, meldete sich freiwillig für den Transport am 6. 9. 1943 nach Auschwitz, um seine Freundin Ilsa Polláková begleiten zu können, und wurde dort ermordet.

bin. Mein Zionismus ist ein wahrhaftiger, und ich werde ihm immer treu bleiben, davon bin ich fest überzeugt. Ich habe ein stolzes, selbstbewusstes Judentum kennengelernt, ich widme diesem jetzt meine ganze Zeit und will dafür leben und arbeiten. Ich glaube, ich werde mir dieses Tagebuch einmal in meiner Heimat, in Palästina, anschauen.

Bis Februar vergangenen Jahres hatte ich vom Zionismus eigentlich keine Ahnung, meinem Judentum gegenüber war ich völlig gleichgültig, und überhaupt war mir mein nationales Judentum gar nicht bewusst. Meine Mutter war in der WIZO, und auch mein Onkel Milan Kollmann, der nun mit Žanka und Jona in Eretz [Israel], in Kfar Ata ist,³ war schon immer ein Zionist, das hatte aber auf mich keinen Einfluss. Erst dieses Jahr, als mir der Boden unter den Füßen zu wanken begann, lernte ich mein Volk kennen.

An einem Sonntag Ende Februar blieb ich in Königgrätz. Jirka Fränkl⁴ und Míla Frischmannová⁵ meinten zu meinem Vater,⁶ dass sie am Nachmittag zu einer Versammlung gehen würden und ob ich nicht mitkommen wolle. Ich wusste zwar, dass es in Königgrätz die El Al gibt und war auch schon früher mittwochs zu Versammlungen eingeladen worden, es interessierte mich aber kaum. An jenem Sonntag hatte ich allerdings nichts zu tun, und da meine Mutter mich schon mehrmals aufgefordert hatte hinzugehen, bin ich also gegangen. Ich lief zur Synagoge und dort ins Sekretariat, wo ich Ilsa Polláková⁷ und Bibi Peters traf. Nach einer Weile kamen auch die anderen. Es wurde gerade die Woche der Organisation – šavua irdup⁸ – feierlich beendet, und alle trugen weiße Khultzot.⁹ Jirka F.[ränkl] führte die Sichot, und zwar im Necach,¹⁰ wovon ich natürlich wenig hatte. Im El Al waren damals folgende Leute: Jirka Fränkl und Ilsa Polláková als Rosch gdud und Madricha,¹¹ Bibi Peters, Míla Fuchsová, Rutka Fürthová,¹² Jirka Brod¹³ als mehr oder

3 Milan Kollmann (1897 – 1975), Arzt; als Kinderarzt in Königgrätz tätig, emigrierte 1939 mit seiner Frau Žanka, auch Jeanne Kollmann, geb. Klepetářová (gest. 1985), Lehrerin, als Gymnasiallehrerin in Königgrätz tätig, und seinem Sohn Jona (*1929), Grafiker, nach Palästina, wo er in Kfar Ata (Kyriat Atta) als Kinderarzt praktizierte.

4 Jiří (Jirka) Fränkl (1921 – 1994), Lehrer, Schriftsteller; am 21. 12. 1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt und am 18. 12. 1943 nach Auschwitz deportiert, wo er im Kinderblock arbeitete, am 1. 7. 1944 nach Schwarzheide zur Zwangsarbeit verschleppt, auf dem Todesmarsch nach Lübeck von der Roten Armee befreit; nach 1945 als Lehrer tätig; nach 1968 Emigration der Familie nach Großbritannien; verfasste u. a. Erinnerungen an Jiří Münzer und dessen Freundin Ilsa Polláková.

5 Kamila (Míla) Frischmannová (*1925); Lehrerin; aktiv in der zionistischen Bewegung; am 21. 12. 1942 nach Theresienstadt und am 15. 12. 1943 nach Auschwitz deportiert, in Bergen-Belsen befreit; studierte Sprachen und arbeitete als Lehrerin.

6 Dr. Leo Münzer (*1885), Jurist; arbeitete für die tschechoslowak. Staatsbahn; wurde am 21. 12. 1942 zusammen mit seiner Frau Ida Münzerová nach Theresienstadt, am 6. 9. 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

7 Ilsa Polláková, geb. Töpfer (*1917), Studentin; aktiv in der zionistischen Bewegung; am 21. 12. 1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt, am 6. 9. 1943 mit ihrer Mutter weiter nach Auschwitz deportiert und dort ermordet; nach dem Krieg für tot erklärt.

8 Richtig: šavua irdun, tschech. Umschrift für „šavua ha-irdun“, die Woche der Organisation.

9 Hebr.: Hemden.

10 Hebr.: Ewigkeit. Es ist unklar, was die Organisation damit gemeint hat, evtl. Bezeichnung für einen Raum.

11 Rosch gdud (hebr.): Vorsitzender; Madricha (hebr.): Leiterin.

12 Ruth, auch Rutka Fürthová, auch Fuertová (1921 – 1943), Schülerin; wohnte in Stěžery, aktiv in der zionistischen Bewegung; wurde am 21. 12. 1942 nach Theresienstadt, am 20. 1. 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

13 Jiří (Jirka) Brod (1922 – 1943), Schüler; wohnte in Kratonohy; aktiv in der zionistischen Bewegung; zunächst nach Theresienstadt, am 29. 1. 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

wenige aktive Chaverim. Als Gäste kamen eine Zeit lang Herbert Pechs und später auch Hela Kantůrková. Dann kamen Karel Rosenbach¹⁴ und ich.

Nicht alle von ihnen waren damals zum Ausklang der Woche der Organisation erschienen. Die Sichot haben mir zwar gefallen, vor allem der Gesang, und doch beeindruckte mich das Ganze nicht sonderlich. Einige Tage danach brachte mich Jirka dazu, in die Jugendaljah einzutreten. Ich hatte mich also zunächst entschlossen, nach Palästina zu gehen, und erst später kam dann das wahre Bewusstsein, und es setzte eine geistige Verwandlung ein, wie ich sie noch nie zuvor durchgemacht habe. Erst sie machte aus mir einen Menschen.

Seither ging ich regelmäßig zu den Sichot und nahm immer aktiver an all unseren Unternehmungen teil. Die Sichot wurden meistens von Ilsa vorgelesen, einige Male kamen Herr Ing. Nohel und Herr Ing. Lüftschitz¹⁵ als Gastvorleser. Jirka bereitete sich schon aufs Abitur vor und hatte nicht so viel Zeit für die Vereinstätigkeit.

Am 24. März ging ich nach Stěblová zur ersten Pegischa,¹⁶ die auf mich einen starken Eindruck machte, vor allem fand ich Ota Klein aus Prag beeindruckend. Zur Pegischa kamen auch Beda Kraus¹⁷ aus Nachod und Viki Feder mit Jenda Parkus¹⁸ aus Kolin. Wir blieben über Nacht in Stěblová, und wie ich schon sagte, diese Pegischa hat mich sehr beeindruckt. Wir hatten dann noch mehrere Pegischoth in Stěblová, von denen vor allem die letzte vom 24. Juni d.J. sehr gelungen war. Am Sonnabend (dem 23.) gab es bei uns (die Eltern waren auf der Böhmischemährischen Höhe)¹⁹ ein gemeinsames Abendessen. Auch Avi Fischer aus Prag war da.

Am 14. Juli fand wiederum bei uns die Bechinat ha-bagrut²⁰ statt, und an diesem Tag übernahm ich eigentlich schon von Jirka die Funktion des Rosch gdud. Drei Tage später fand in der Turnhalle des Prager Makkabi die veida²¹ statt. Die deutsche Polizei erschien, nahm uns die Ausweise ab und verbot unsere Tätigkeit. Seitdem ist nur noch erlaubt, Iwrith zu lernen. Unsere Arbeit ist daher erheblich eingeschränkt und erschwert, wir werden dennoch durchhalten.

Ich will nicht länger über meinen Zionismus schreiben, der mein Leben erfüllt, und gehe zum Alltag über, der sich seit meinen letzten Einträgen ins Tagebuch so sehr verändert hat. Fast alle Veränderungen haben mit der jetzigen politischen Situation zu tun.

Letztes Mal bin ich bis zur Bildung des Protektorats gekommen. Ende August 1939 schloss Deutschland mit Russland einen Nichtangriffspakt, und am 1. September 1939 brach der

14 Karel Rosenbach (*1923); Schüler; wohnte in Libníkovic; aktiv in der zionistischen Bewegung; wurde zunächst nach Theresienstadt und am 1. 9. 1942 nach Raasiku deportiert, umgekommen.

15 Vermutlich: Edvard Lüftschitz (1884–1944), Ingenieur; Mitarbeiter der Tschechischen Bahn, zog 1921 mit seiner Frau und seiner Tochter aus Prag nach Königgrätz um; wurde zunächst nach Theresienstadt, am 28. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

16 Hebr.: Versammlung (Plur.: Pegischoth).

17 Bedfich (Beda) Kraus (1920–1943), Schüler; wohnte in Nachod, aktiv in der zionistischen Bewegung; arbeitete nach Kriegsbeginn auf verschiedenen Bauernhöfen; wurde am 17. 12. 1942 nach Theresienstadt, am 6. 9. 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

18 Jan (Jenda) Parkus (1921–1942); wohnte in Kolin; aktiv in der zionistischen Bewegung; wurde am 13. 6. 1942 nach Theresienstadt und von dort nach Auschwitz deportiert, wo er ums Leben kam.

19 Landstrich in Ostböhmen.

20 Hebr.: Reifeprüfung.

21 Jahresversammlung der Föderation der zionistischen Jugend, eines Zusammenschlusses von Maccabi Hazair, Haschomer Hazair, Bnei Akiva, Tchelet Lavan und El Al.

Krieg aus; Deutschland stand auf der einen Seite, Polen, Frankreich und England auf der anderen. Polen unterlag nach kurzer Zeit und wurde zwischen Deutschland und Russland aufgeteilt. Danach war es lange verhältnismäßig ruhig, und der Krieg beschränkte sich auf lokale Kämpfe an der Westfront und der Maginot-Linie und auf die Versenkung von Schiffen. In diesem Frühjahr besetzte Deutschland Dänemark und Norwegen, wo man längere Zeit gekämpft hat. Später wurden Belgien, Holland und Luxemburg bezwungen, woraufhin die deutschen Armeen nach Frankreich vorgedrungen sind und bald danach Paris besetzten. Die Maginot-Linie wurde an mehreren Stellen durchbrochen, und Frankreich kapitulierte.

Zuvor trat Italien an der Seite Deutschlands in den Krieg ein. Nach der Kapitulation Frankreichs gibt es in Europa keine Front mehr, nur in Afrika wird an den Grenzen Ägyptens und Abessinien gekämpft. Vor kurzem eroberte Italien Britisch-Somalia. Über Europa wüten Luftkämpfe, und London wird täglich bombardiert. Viele Angriffe richten sich auch gegen Gibraltar. Hierbei kommt es zu paradoxen Erscheinungen, wenn etwa die Franzosen Gibraltar bombardieren.²²

Russland kämpfte im Winter in Finnland und besetzte einen Teil des Landes. Auch Litauen, Lettland und Estland fielen an Russland. Vor einem Monat wurde Rumänien geteilt. Die UdSSR hatte schon früher Bessarabien besetzt, nun bekam Ungarn Siebenbürgen und Bulgarien die südliche Dobrudscha. In Rumänien selbst kam die Eiserne Garde an die Macht, und der ehemalige König Carol floh in die Schweiz.²³

Das ist in groben Zügen die politische Entwicklung in Europa.

Die innere Entwicklung im Protektorat hängt von dieser gesamten Lage ab. Es verschwand alles, was an den [Ersten] Weltkrieg und die Republik erinnerte, alles ist nun zweisprachig. Die wichtigsten Änderungen betreffen allerdings die Juden. Ansonsten herrscht eine große Not, alles ist rationiert und nur gegen Bezugscheine erhältlich.

Die Einschränkungen für Juden nehmen ständig zu. Mein Vater ist natürlich schon längst pensioniert. Wir dürfen keine Gasthäuser, Cafés, Hotels, Kinos, Theater, Parks, Imbisse, Schwimmbäder, Freibäder, Spielplätze usw. betreten, mancherorts darf man nicht mehr in den Wald gehen (hier darf man es noch), unsere Einkaufszeit ist von halb elf bis eins und von drei bis fünf festgelegt, nach acht dürfen wir uns nicht mehr draußen aufhalten, wir dürfen kein Taxi nehmen, in Prag darf man nur im hinteren Wagen der Straßenbahn fahren. Wir dürfen nicht mehr als 1500 K pro Woche abheben (bis jetzt bekam ich meinen Lohn von 36,45 K wöchentlich aufs Bankkonto, weil den Juden kein Bargeld ausgezahlt werden darf), wir bekamen keine Bezugscheine für Bekleidung, und letztes Jahr zu Jom Kippur mussten wir das Radio abgeben. In einigen Städten mussten die Juden aus ihren Wohnungen ausziehen, und auch wir leben ständig in der Unsicherheit, wie lange wir hier wohnen bleiben dürfen und wie lange wir die Rente bekommen. Wir mussten den Schmuck in der Bank abgeben, und es gibt noch viele, viele weitere Einschränkungen, und jede Woche werden neue Verordnungen veröffentlicht. Alle jüdischen Unternehmen werden entweder arisiert oder unter kommissarische Verwaltung gestellt, die Ärzte müssen entweder ihre Praxis schließen oder dürfen nur Juden behandeln. Unsere Stellung wird

22 Dies stand vermutlich im Zusammenhang mit den Planungen des Deutschen Reichs im Aug. 1940, den Stützpunkt Gibraltar zu erobern; siehe Dok. 206 vom 19. 8. 1941, Anm. 9.

23 Am 4. 9. 1940 wurde der rumän. König Carol II. zur Abdankung gezwungen und ging ins Exil. Daraufhin übernahm die faschistische Eiserne Garde die Macht in Rumänien.

immer schlechter. Jüdische Kinder dürfen von keiner Schule angenommen werden, nicht einmal von der Volksschule. (Vor kurzem fand ein Seminar für Lehrer an jüdischen Schulen in Prag statt; von hier nahmen Ilsa und Jirka F.[ränk] daran teil.)²⁴

Nun zur Arbeit. Als ich zum letzten Mal schrieb, besuchte ich noch die Quinta. Danach hatte ich einen Monat Ferien, und am 31. Juli 1939 trat ich bei den Kauders in Hohenbruck eine Lehre als Dekorateur an. Die Arbeit macht mir Spaß, und ich bin nicht ungeschickt. Ich arbeitete²⁵ am Tisch in einer Gruppe, Gruppenleiter war Herr Hampl, Näherin Frau Konečná und Schmiererin Ema Charvátová. Nebenan arbeitet Gruppenleiter Hajn, auf der anderen Seite arbeiten Cás und Barvíř. Ich ging in die erste Klasse einer Fortbildungsschule in Hohenbruck, in die zweite darf ich jetzt allerdings nicht mehr, was mich nicht stört, denn der Unterricht findet samstagnachmittags statt. In diesem Frühjahr kam ein Kommissar in die Fabrik, er verwehrte Kauders den Zutritt und entließ Meister Diamant und seinen Stellvertreter, beide Juden. Herr Hampl wurde zum Meister, und unser Gruppenleiter ist jetzt Pultr. Diese Woche kam ein neuer Kommissar. Die Arbeit halte ich jetzt für eine Nebensache, denn in Palästina werde ich auf dem Feld arbeiten, wenngleich es für einen Chaluz auch gut ist, wenn er ein Handwerk beherrscht.

Ich lerne Iwrith bei Emil Müller, vier Stunden war ich allein, nun werde ich zusammen mit Míla, Zuza und Herrn Verner²⁶ Iwrith lernen. Ich lerne auch Englisch bei Herrn Munk, und auf meine alten Tage habe ich jetzt angefangen, Klavierspielen zu lernen, wofür ich meiner Mutter wiederum Iwrithstunden erteile. Ich habe außerdem gelernt, etwas auf meiner Schreibmaschine zu schreiben, die ich mir letztes Jahr im August gekauft habe. Ich lese jetzt viel, meistens zionistische und jüdische Sachen. Dafür kaum Zeitschriften, obwohl ich Leiter der Jüdischen Lese- und Redehalle in Hohenbruck bin und sie jede Woche in der dortigen Jeschiwa verteile.

Ich mache zurzeit ziemlich selten Ausflüge, da es kein Essen gibt und ich fast nirgendwo wohnen darf. Die letzte große Reise habe ich 1937 mit Mutter nach Paris gemacht; die Aufzeichnungen darüber habe ich woanders. Im Sommer 1938 war ich für vierzehn Tage in Reichenberg, um bei den Königsteins Deutsch zu lernen. In diesem Winter war ich einige Male (immer sonntags) Ski laufen in Tabor bei Lomnitz, in der Regel mit Zbyněk Petřík (der jetzt regelmäßig samstagsabends zu mir kommt) und Jirka Vosmek. Zu Beginn der diesjährigen Ferien machten Bibika und ich einen schönen Fahrradausflug (fünf Tage): zunächst nach Seč und dann nach Swratka auf der Böhmischo-Mährischen Höhe. Wir haben es sehr genossen. Dann war ich noch vier Tage bei den Peters in Prag. Für heute mache ich Schluss und hoffe, dass ich [mein Tagebuch] so bald wie möglich fortsetzen werde.

²⁴ Siehe etwa Dok. 247 vom 21. 6. 1939, Dok. 259 vom 19. 8. 1939, Anm. 5, Dok. 263 von Anfang Okt. 1939 sowie Dok. 286 vom 17. 8. 1940, Anm. 4, 7 und 8.

²⁵ Tempuswechsel wie im Original.

²⁶ Vermutlich: Rudolf Werner (1897–1944), Kaufmann; wohnte in Königgrätz und besaß dort ein Geschäft; wurde zunächst nach Theresienstadt, am 29. 9. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

DOK. 290

Der Schriftsteller Jiří Orten zählt am 27. Oktober 1940 auf, welchen Einschränkungen Juden unterliegen¹

Text von Jiří Orten² vom 27. 10. 1940

Verbote

Ich konnte gestern Nacht nicht einschlafen und dachte nach und reihte mir in Gedanken alle Verbote auf, die mich irgendwie, wenn auch nur ein wenig, betreffen. Und weil Sonntagvormittag ist, es draußen schon den zweiten Tag schneit und ich erst in einigen Stunden nach Košiče³ fahren soll, schreibe ich mir hier alle Verbote auf, die mir einfallen, und wenn ich sie aufschreibe, lasse ich unter ihnen noch sehr viel Platz für diejenigen, die nach dem heutigen Tag dazukommen. Ich habe leider keine Quelle bei der Hand, nach der ich mich richten könnte, und so sind die Zusammenstellung sowie auch die Reihenfolge mehr oder weniger zufällig. Es sind also diese Verbote:

Ich darf nicht nach acht Uhr abends aus dem Haus gehen.⁴

Ich darf keine eigene Wohnung mieten.⁵

Ich darf nirgendwohin übersiedeln außer nach Prag I oder Prag V, und dann nur als Untermieter.⁶

Ich darf keine Weinstuben, Kaffeehäuser, Wirtshäuser, Kinos, Theater und Konzerte besuchen, außer solchen, die für mich reserviert sind.⁷

Ich darf nicht in Parks und Gärten gehen.⁸

Ich darf nicht in die städtischen Wälder gehen.⁹

Ich darf mich nicht aus dem Raum Prag entfernen.

Ich darf also nicht nach Hause fahren, nach Kuttenberg oder anderswohin, außer mit einer besonderen Bewilligung der Gestapo.¹⁰

Ich darf nicht in den Motorwaggons der Straßenbahn fahren, nur im letzten Anhänger, und wenn der einen mittleren Eingang hat, dann nur in der hinteren Hälfte.¹¹

¹ Literární archiv Památníku národního písemnictví, Bestand Jiří Orten, př. č. 30/79, inv. č. 1, Žilhaná kniha, 13. 12. 1939 – 9. 12. 1940. Abdruck in: Denky Jiřího Ortena. Poesie – Myšlenky – Zápisky. hrsg. von Jan Grossman, Praha 1958; Übersetzung in Anlehnung an: Wilma Iggers, Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein historisches Lesebuch, München 1986, S. 353 f.

² Jiří Orten, auch Ohrenstein (1919–1941), Schriftsteller, Literaturkritiker; wichtiger Vertreter der sog. Kriegsgeneration tschechoslowak. Literaten; studierte 1937–1940 am staatl. Konservatorium Schauspiel, 1940 wegen seiner jüdischen Herkunft vom Studium ausgeschlossen, an den Folgen eines Verkehrsunfalls gestorben.

³ Vorort von Prag.

⁴ Siehe Dok. 263 von Anfang Okt. 1939, Anm. 33.

⁵ Jüdisches Nachrichtenblatt (Prager Ausg.), Nr. 37 vom 13. 9. 1940, S. 1.

⁶ Am 25. 10. 1940 verbot das Prager Polizeidirektorium Juden, umzuziehen und sich aus dem Bezirk Groß-Prag zu entfernen, wenn sie dort ihren Wohnsitz hatten. Eine Ausnahmegenehmigung konnte nur die Zentralstelle für jüdische Auswanderung durch die JKG Prag erteilen; Kundmachung des Polizeidirektoriums in Prag, zit. nach: Helena Petrův, Právní postavení židů v Protektorátu Čechy a Morava (1939–1941), Praha 2000, S. 109.

⁷ Siehe Dok. 241 bis Ende März 1939, Anm. 19.

⁸ Siehe Dok. 286 vom 17. 8. 1940, Anm. 4.

⁹ Jüdisches Nachrichtenblatt (Prager Ausg.), Nr. 36 vom 6. 9. 1940, S. 3.

¹⁰ Siehe Anm. 6.

¹¹ Zum Verbot siehe Dok. 286 vom 17. 8. 1940, Anm. 7.

DOK. 314

**Reichsinnenminister Frick erklärt dem Chef der Reichskanzlei
am 14. August 1941, gegen die Kennzeichnung der Juden im Protektorat
bestünden keine Einwände mehr¹**

Schreiben des RMDI² (Ie 163 I-III/41/5012), Berlin, an den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei,³ Berlin, vom 14. 8. 1941 (Abschrift)⁴

Betr.: Kennzeichnung der Juden im Protektorat.

Auf das Schreiben vom 18. Juli 1941 – Rk. 10588 B –.⁵

Zu der Frage der Kennzeichnung der Juden hat der Herr Reichsmarschall in der Gauleiterbesprechung vom 6. 12. 1938 unter Mitteilung der Gründe eine ablehnende Entscheidung des Führers bekanntgegeben.⁶ Wegen der erneuten Prüfung der Frage im Vorjahre darf ich auf mein Schreiben von 24. 7. 1940 – I 1401 VII/VIII/40g – 5012 – verweisen.⁷ Diese Entscheidung des Führers ist für das damalige Reichsgebiet ergangen.

Inzwischen ist eine völlige Änderung der politischen Lage eingetreten. Angesichts der Klärung der außenpolitischen Fronten scheinen mir – vorbehaltlich der wohl von Ihnen eingeforderten Stellungnahme des Auswärtigen Amtes – außenpolitische Rücksichtnahmen nicht mehr geboten zu sein. Insbesondere bestehen ferner im Protektorat Böhmen und Mähren gänzlich andere Verhältnisse als im Altreich. Auch erscheint mir die Tatsache nicht unbeachtlich, daß im Generalgouvernement sowie in kleinen Teilen der eingegliederten Ostgebiete die Kennzeichnung der Juden bereits seit Beendigung des Polenfeldzuges durchgeführt ist.⁸

Ich habe deshalb gegen die Kennzeichnung der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren keine Einwendungen zu erheben, halte es aber für erforderlich, noch zu prüfen, ob etwa infolge der Judenkennezeichnung ein stärkerer Abgang jüdischer Arbeitskräfte aus Wirtschaftsbetrieben im Protektorat zu erwarten ist, der durch andere Arbeitskräfte angesichts des beträchtlichen Arbeitsmangels nicht ausgeglichen werden könnte.⁹

1 NAP, ÜRR, I-3b 5851, Karton 389, Bl. 596f. Abdruck in: Milotová/Kárný, Od Neuratha k Heydrichovi (wie Dok. 313, Anm. 1), Dok. 31, S. 346f.

2 Dr. Wilhelm Frick.

3 Dr. Hans Lammers.

4 Hier weitergeleitet an den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (Eing. 24. 8. 1941). Am Ende des Dokuments: „Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme auf das an Herrn Reichsminister Dr. Lammers gerichtete Fernschreiben L.S.D. L.A. Prag Nr. 1375 vom 16. Juli 1941. In Vertretung gez. Dr. Stuckart. Beglaubigt: Unterschrift unleserlich, Ministerialregistrator.“ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke. Das hier genannte Schreiben von Karl Hermann Frank an Lammers vom 16. 7. 1941 ist abgedruckt in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (wie Dok. 39, Anm. 1), S. 294.

5 Liegt nicht in der Akte.

6 Göring erläuterte am 6. 12. 1938, dass Hitler Einwände gegen eine Kennzeichnung habe. Er lehne sie u. a. wegen außenpolitischer Rücksichtnahmen ab; Götz Aly/Susanne Heim, Staatliche Ordnung und organische Lösung. Die Rede Hermann Görings „über die Judenfrage“ vom 6. Dezember 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 2 (1993), S. 378 – 404.

7 Liegt nicht in der Akte. Zu den Diskussionen um eine Kennzeichnung der Juden im Reich siehe Einleitung, S. 60f.

8 VO über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement vom 23. 11. 1939, VOBl. GG, 1939, Nr. 8 vom 30. 11. 1939, S. 61; siehe auch VEJ 4/49.

9 Die Regelung für das gesamte Deutsche Reich inklusive Protektorat kam einer separaten Regelung zuvor; siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941.

DOK. 315

**Staatssekretär Frank bittet Reichsprotektor von Neurath
am 20. August 1941, ihm telefonisch die Kennzeichnung der
jüdischen Bevölkerung zu genehmigen¹**

Fernschreiben Nr. 952/41 (geheim), gez. Frank, an den Reichsprotektor Freiherr von Neurath, I einfelden über SD-Leitabschnitt Stuttgart, vom 20. 8. 1941 (Abschrift)²

Exzellenz. Ich bitte um Zustimmung, die Juden im Protektorat nunmehr sofort durch Armbinden kennzeichnen zu lassen. Die Frechheit der Juden nimmt täglich zu. Ständige Übertretungen unserer Judenverordnungen sind an der Tagesordnung. Von allen Seiten gehen Meldungen ein, daß die reichsfeindliche Tätigkeit der Juden stündlich wächst. Sie bilden in öffentlichen Lokalen, Restaurants, Kaffeehäusern trotz Eintrittsverbot Cercle, besprechen mit tschechischen Kreisen Feindfunknachrichten und hetzen die Bevölkerung auf. Jüdische Schieber und Schleichhandelsgeschäfte blühen in aller Öffentlichkeit. Oberlandräte, andere Reichsdienststellen, Parteistellen, Gliederungen auch tschechischer Kreise fordern dringendst Judenkennezeichnung. Luxemburg hat Judenkennezeichnung eben eingeführt.³ Besprechung bei U.St.S. und Abteilungsleitern ergab einstimmige Zustimmung.⁴ Wir versprechen uns günstige Auswirkung. Erbitte telefonische Zustimmung.⁵

Heil Hitler!

DOK. 316 ✕

**Jiří Münzer schreibt am 14. September 1941
über die bevorstehende Kennzeichnung und das Verbot,
den Wohnort zu verlassen¹**

Handschriftl. Tagebuch von Jiří Münzer, Eintrag vom 14. 9. 1941

Dies war eine der traurigsten Wochen, die ich je erlebt habe. Es wurde nämlich bekannt gegeben, dass wir mit Sternen gekennzeichnet werden und uns nicht von unserem Aufenthaltsort entfernen dürfen.² Die Abzeichen würde ich gutheißen – warum sollte ich nicht

1 YVA, O7Cz/4. Abdruck in: Milotová/Kárný, Od Neuratha k Heydrichovi (wie Dok. 313, Anm. 1), Dok. 34, S. 350.

2 Im Original handschriftl. Anmerkungen und Bearbeitungsvermerke.

3 Mit der VO betr. Ordnung des jüdischen Lebens in Luxemburg vom 29. 7. 1941 wurde, früher als im Altreich, ein auf der Kleidung zu tragendes gelbes Kennzeichen eingeführt.

4 U.St.S.: Unterstaatssekretär.

5 Neurath stimmte Franks Vorschlag noch am selben Tag telefonisch zu; wie Anm. 1, S. 350f. Die Kennzeichnung wurde im Protektorat zusammen mit der reichsweiten Regelung eingeführt; siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941.

1 JMP, DP 79. Abdruck in: Deník Jiřího Münzera (wie Dok. 289, Anm. 1), S. 87f. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

2 Die Kennzeichnungspflicht war mit VO vom 1. 9. 1941 auch im Protektorat eingeführt worden; siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941. Am 15. 9. 1941 ergänzte der RMDI in einem Schnellbrief die Kennzeichnung um das Verbot, den Wohnort zu verlassen; siehe Dok. 222 vom 15. 9. 1941.

allen zeigen, dass ich ein Jude bin und stolz darauf –, wenn wir nur in Königgrätz bleiben. So bedeutet das aber, dass ich Hohenbruck nicht verlassen darf, und da von dort auch niemand nach Hohenbruck darf, sind wir völlig eingesperrt. Ich denke ständig daran, dies ist das erste Verbot, das mich richtig getroffen hat, und zwar in meinen innersten Gefühlen.

Ich sehe jetzt, wie wenig mir an materiellen Dingen liegt, wenn ich nur mit Menschen zusammen sein kann, die ich mag. Es überfällt mich hilflose Wut, weil ich daran nichts ändern kann und weil das alles kein Ende nimmt.

Ich bin kein neidischer Mensch, dieses Mal aber doch: Den Mahlers³ gönne ich es wirklich aufrichtig, dass sie eine Wohnung gefunden haben, trotzdem beneide ich sie sehr. Sie werden bei Dr. Neu⁴ wohnen, etwa hundert Schritte vom Haus entfernt, in dem Ilsa⁵ wohnt, während ich dreizehn Kilometer von Königgrätz entfernt wohne und nicht hingehen darf.

Es war so schon [schlimm] genug, und als ich mich damit einigermaßen abgefunden und mir gesagt hatte, dass die Woche immer schnell vorbei ist und ich Samstag und Sonntag in Königgrätz sein kann, kam nun dies.

Die Oma fühlt sich auch immer noch nicht gut, und man hilft ihr nicht.

Während der Woche war ich jeden Tag zu Hause, und abends war ich viermal bei Ilsa. Gestern hatten wir die Sichot bei den Frischmanns – Jirka⁶ sprach über die Zeit vor Christus. Es tut mir auch leid, dass ich jetzt nicht mehr zu den Sichot gehen kann, aber mit der Arbeit werde ich nicht aufhören.

Heute hatten wir kein Iwrith, denn Herr Doktor ist schon umgezogen – vormittags war ich bei der Oma im Krankenhaus, es kam auch Onkel Otta,⁷ mit dem wir dann Opa entgegen gingen.

Am Nachmittag war ich kurz bei den Müllers, bei Bertík und dann bis Abend bei Ilsa. In besonders fröhlicher Stimmung waren wir nicht.

Diese Woche wurde außerdem die Konskription der jüdischen Fahrräder und Schreibmaschinen befohlen – meine Schreibmaschine und mein Fahrrad habe ich gemeldet.⁸

Im Krieg nichts Neues.

³ Vermutlich: Maximilian Mahler (1886–1944), Ingenieur; wurde am 21. 12. 1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt deportiert. Otylie Mahlerová, geb. Nohel (1889–1944), Hausfrau; wurde am 21. 12. 1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt, am 16. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

⁴ Vermutlich: Dr. Julius Neu (1887–1943), Jurist, Anwalt; wurde am 21. 12. 1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt deportiert, wo er zweieinhalb Monate später starb.

⁵ Ilsa Polláková.

⁶ Vermutlich Jiří (Jirka) Fränkl oder Jiří (Jirka) Brod.

⁷ Ota Klepetář (*1900), Zahnarzt; wurde am 9. 12. 1942 aus Pardubitz nach Theresienstadt, von dort am 23. 1. 1943 nach Auschwitz deportiert, wo er umkam.

⁸ Nicht ermittelt.

DOK. 317

Staatssekretär Hubert Ripka von der
tschechischen Exil-Regierung in London stellt sich am 18. September 1941
auf die Seite der Juden im Protektorat¹

BBC – Tschechoslowakische Nachrichten

Donnerstag, 18. September 1941, 9.45 Uhr. Von Dr. Hubert Ripka,² Staatssekretär im Außenministerium

Nun hat Hitler auch die Juden in unserem Land dazu gezwungen, in der Öffentlichkeit immer und überall ein spezielles Kennzeichen zu tragen, anhand dessen man sie ganz einfach von allen anderen Menschen unterscheiden kann. Dadurch wird es dem Nazi-Mob wie dem Pöbel der Vlacka³ und den Tuka- und Mach-Anhängern⁴ noch leichter gemacht, sich – wann immer es ihnen passt – auf die bemitleidenswerten und wehrlosen Juden zu stürzen. Diesen Barbaren reichte es offensichtlich nicht, die Juden auf das Gemeinste zu berauben und auszuplündern, sie zu verfolgen und auf sadistische Weise zu foltern. Nein, darüber hinaus werden diese nun tagtäglich, indem man sie öffentlich und sichtbar von der übrigen Bevölkerung unterscheidet, Anfeindungen und brutaler Willkür ausgesetzt.

Die deutsche Nation wird immer mit der schrecklichen Schande leben müssen, dass sie sich von dieser teuflischen Rassenlehre hat verführen lassen und dass ein Großteil der Bevölkerung einem bestialischen Antisemitismus verfallen ist. Dies ist allerdings nur der offensichtlichste Ausdruck ihres Minderwertigkeitsgefühls; denn nur derjenige, der sich seiner selbst nicht sicher ist, nur derjenige, der über zu wenig Selbstvertrauen verfügt, muss sich über alle anderen Menschen stellen, um sich selbst und den anderen etwas zu beweisen.

Der Antisemitismus der Deutschen, den Hitler dazu benutzt hat, niedrigste, oftmals kranke und perverse Instinkte zu schüren, ist ein typischer Ausdruck von Persönlichkeitsstörungen und dem Bemühen, diesen Defiziten mit Prahlucht, aber auch mit roher Gewalt anderen Menschen gegenüber beizukommen. Diese widerliche Schande der Deutschen, für die sie bitter werden büßen müssen, ist übrigens eine Auszeichnung für die Juden.

Denn es gibt nur einen Grund, warum die Nazis die Juden verfolgen, foltern, vertreiben, ausrauben und ermorden sollten: Deren Intelligenz, Klugheit und Begabung machen ihnen Angst.

¹ CZA, Cz/96 – 15. 9. 1941. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt. Es handelt sich um die Aufzeichnung einer Radiosendung.

² Dr. Hubert Ripka (1895–1958), Journalist, Politiker; 1925–1930 Redakteur des Legionärblatts Národní osvobození (Nationale Befreiung), 1930–1938 Redakteur der Zeitung Lidové noviny (Volkszeitung); emigrierte 1940 nach Großbritannien, 1940–1945 StS der tschechoslowak. Exil-Regierung in London; 1945 Rückkehr nach Prag und bis 1948 Außenhandelsminister, dann erneute Emigration nach Großbritannien.

³ Siehe Dok. 254 vom 28. 7. 1939 und Dok. 284 vom 8. 8. 1940.

⁴ Vojtěch Tuka (1880–1946), 1939–1944 Ministerpräsident und ab 1940 Außenminister der Slowakischen Republik, 1946 in der Tschechoslowakei zum Tode verurteilt und hingerichtet. Aleksander (Šaňo) Mach (1902–1980), 1940–1945 Innenminister und stellv. Ministerpräsident der Slowakischen Republik.

Von England kam die Aufforderung, daß die Tschechen jetzt besonders freundlich zu ihren jüdischen Mitbürgern sein sollen und daß sie ihnen diese Erniedrigung möglichst erleichtern sollen.⁸

Viele grüßen Juden auf der Straße, sprechen sie an, gehen absichtlich ein Stück mit ihnen, das ist natürlich eine Provokation gegen die Deutschen.

DOK. 319 ✕
**Jiří Münzer schildert am 21. September 1941,
 wie die Tschechen sich zur Kennzeichnung verhalten¹**

Handschriftl. Tagebuch von Jiří Münzer, Eintrag vom 21. 9. 1941

Heute ist also der letzte Sonntag in unserer Wohnung – danach ist Schluss. Jetzt habe ich mich wieder mit allem einigermaßen abgefunden.

Diese Woche war ich jeden Tag zu Hause und jeden Abend bei Ilsa.²

Gestern haben wir die Sichot bei den Pollaks abgehalten – wir haben nur gelesen und erzählt.

Heute Vormittag war ich bei der Oma – es geht ihr ein wenig besser –, dann bei Ilsa. Den Nachmittag verbrachte ich auch mit Ilsa, und wir waren im Tempel – es war der Vorabend des Neujahrstags.³

Seit Freitag tragen wir die Sterne,⁴ und die Reaktion der tschechischen Seite fiel besser aus als erwartet. Wir beobachten die ganze Zeit das Verhalten der Leute, und man muss sagen, dass sich bis jetzt die tschechische Bürgerschaft, der ständigen Zeitungshetze und den mordbrennerischen Artikeln zum Trotz, vortrefflich benimmt. Selbstverständlich mustern uns alle, und wir ziehen in diesen Tagen die Aufmerksamkeit auf uns, aber ich habe in den drei Tagen noch keine Schmährufe vernommen, ganz im Gegenteil – die Leute zeigen ihre Anteilnahme, und Unbekannte grüßen uns jetzt. Nur heute, als wir aus dem Tempel kamen, riefen ein paar Jungs von der Hitlerjugend⁵ mir und Ilsa etwas hinterher. Das Verbot, den Wohnort zu verlassen, wurde bislang noch nicht veröffentlicht, nur in Pardubitz haben sie es schon [schriftlich].⁶

Wir alle bekamen jeweils nur einen Stern, einen schönen orangefarbenen mit der schwarzen Aufschrift *Jude*.⁷ Er muss auf der linken Mantelseite in Höhe der Brust getragen werden. Wer als Arbeiter tätig ist, bekam zwei, auch ich habe daher zwei.

⁸ Siehe Dok. 317 vom 18. 9. 1941.

¹ JMP, DP 79. Abdruck in: Deník Jiřího Münzera (wie Dok. 289, Anm. 1), S. 88 f. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

² Ilsa Polláková.

³ Im Original wird der hebr. Ausdruck Erev für Vorabend benutzt, der Neujahrstag (Rosch Haschana) dagegen auf Tschechisch geschrieben.

⁴ Siehe Dok. 318 vom 19. 9. 1941, Anm. 2.

⁵ Im Original deutsch.

⁶ Am 15. 9. 1941 sprach das RMDI ein generelles Verbot für Juden aus, den Wohnort zu verlassen; siehe Dok. 222 vom 15. 9. 1941.

⁷ Im Original deutsch.

Juden, die mit Ariern verheiratet sind, müssen keinen Stern tragen, Otta⁸ hat daher keinen.

Am Mittwoch ziehen wir um, aber in die Fabrik⁹ werde ich dann nicht gehen, erst am Donnerstag wieder.

In Russland haben die Deutschen Kiew und Poltawa besetzt.

DOK. 320
**Eva Roubíčková berichtet am 28. September 1941
 von der Ankunft Heydrichs im Protektorat¹**

Handschriftl. Tagebuch von Eva Roubíčková, Eintrag vom 28. 9. 1941

Sonntag, 28. September 1941

Mit Käthe² getroffen, in der Stadt, auf einmal wurde gemeldet: Ausnahmezustand in allen größeren Städten des Protektorats.

Niemand weiß den Grund, es müssen Dinge vorgehen, von denen man nichts erfährt. Sabotage.

Ein neuer Reichsprotektor, Heydrich, ist gekommen, Stellvertreter Himmlers.³ Der wird viel schärfer vorgehen. Das bedeutet, daß nicht alles so klappt, wie die Deutschen behaupten.

Am Friedhof in der Altstadt, im jüdischen Museum, dann Käthe bei uns, dann mit Eva und Benny⁴ bei Peter.

Sehr gut unterhalten.

⁸ Ota Klepetář.

⁹ Münzer arbeitete in der Fabrik von Stanislav Kauder.

¹ Abdruck in: Roubíčková, „Langsam“ (wie Dok. 308, Anm. 1), S. 49.

² Vermutlich: Käthe Fuchs, geb. Neumann (*1921), Beamtin; eine Bekannte aus Wien, die nach Prag emigriert war; war verheiratet und hatte zwei Kinder; sie überlebte und kehrte nach dem Krieg nach Prag zurück.

³ Konstantin von Neurath wurde im Sept. 1941 beurlaubt, da ihm mangelnde Härte vorgeworfen wurde. Seinen formellen Rücktritt reichte er erst im Aug. 1943 ein. Nachfolger wurde als stellv. Reichsprotektor Reinhard Heydrich.

⁴ Eva Glauber und Benny Grünberger.